2787228

30 Jahre nachher...

Bilanz der Freiheit

380 000	Österreicher, die zur Hitler-Wehrmacht eingezogen worden waren, kehrten nicht mehr zurück
2 700	Österreicher wurden als aktive Widerstandskämpfer zum Tode verurteilt und justifiziert
16 493	österreichische Widerstandskämpfer wurden in Konzentrationslagern umgebracht
9 687	Österreicher wurden in den Gefängnissen der Gestapo ermordet
6 420	Österreicher kamen in Zuchthäusern und Gefängnissen in den von der Hitler-Wehrmacht besetzten Ländern ums Leben
65 459	österreichische Juden wurden in Gettos und Konzentrationslagern getötet

Niemals vergessen!

30 JAHRE NACH DER BEFREIUNG ÖSTERREICHS

EINE DOKUMENTATION, HERGESTELLT IM AUFTRAG DES BUNDESVORSTANDES DES BUNDES SOZIALISTISCHER FREIHEITSKÄMPFER UND OPFER DES FASCHISMUS

30 Jahre nach der Befreiung Österreichs

Die Vergangenheit ist nicht tot — sie hat vielmehr tiefe Spuren in der Gegenwart hinterlassen. Und daher ist es dreißig Jahre nach der Befreiung Österreichs von der Barbarei des Hitlerfaschismus notwendig, die Ereignisse zu dokumentieren, die unser Land in den Abgrund geführt haben. Dabei sind Wiederholungen unvermeidlich. Aber es ist besser, die Erfahrungen von damals zu wiederholen als sie zu verdrängen.

Täuschen wir uns nicht: Vieles, was für jene, die das Grauen des Faschismus persönlich erlebt haben, Erinnerung ist, wurde niemals in die Geschichtsbücher der Zweiten Republik aufgenommen. Dieser Sonderdruck unserer Zeitschrift „Der sozialistische Kämpfer" soll daher auch an junge Menschen weitergegeben werden, um es ihnen zu ermöglichen, aus der Geschichte zu lernen.

Zunächst gilt es, der weitverbreiteten Legende entgegenzutreten, die Tragödie Österreichs habe im März 1938 begonnen, als unser Land von Nazideutschland überfallen wurde. Die historische und dokumentarisch klar zu belegende Wahrheit aber lautet:

> Die Demokratie wurde in Österreich im Februar 1934 von der Regierung Dollfuß unter Bruch der Verfassung zerstört. Die Austrofaschisten sind die Wegbereiter des noch viel brutaleren Nazifaschismus gewesen. Es ist eine Verfälschung der geschichtlichen Wahrheit, die Befreiung Österreichs zu feiern — und so zu tun, als hätte es niemals einen 12. Februar 1934 gegeben.

Der Weg aus dem Dunkel des Faschismus ist undenkbar ohne den Heroismus der österreichischen Schutzbündler. Nach der Kapitulation der großen, traditionsreichen deutschen Arbeiterbewegung vor Hitler im Jahre 1933 waren sie die ersten, die mit der Waffe in der Hand dem Faschismus entgegengetreten sind. Ihre Tat wurde — trotz der Niederlage gegen einen militärisch überlegenen Gegner — zum leuchtenden Fanal der internationalen Arbeiterbewegung, des weltweiten Kampfes gegen die faschistische Barbarei.

Die Frage, warum wurde im vom Hitlerfaschismus bedrohten Österreich die Demokratie zerstört — warum ist es nicht gelungen, eine breite Front aller aufrechten Österreicher zur Verteidigung der Unabhängigkeit Österreichs zu schaffen, ist durch die heute vorliegenden zeitgeschichtlichen Dokumente klar beantwortet:

> Es gibt keine „geteilte Schuld", sondern die reaktionären Kräfte des österreichischen Besitzbürgertums, die sich nie mit der Existenz einer demokratischen Republik abfinden wollten, haben den faschistischen Staatsstreich jahrelang vorbereitet. Und sie fanden dabei die Unterstützung des ausländischen Kapitals, das damals entscheidende Bereiche der österreichischen Wirtschaft und vor allem die Schwerindustrie beherrschte.

Ganz systematisch wurde die Demokratie demontiert: Es begann mit Überfällen auf die Menschen und Einrichtungen der Arbeiterbewegung durch faschistische Wehrverbände, die vom in- und ausländischen Kapital finanziert wurden.

Dramatische Höhepunkte dieser Entwicklung waren: die Ausschaltung des Parlaments, die Auflösung des Republikanischen Schutzbundes, die Vorzensur für die „Arbeiter-Zeitung", das Zentralorgan der stärksten Partei des Landes.

Dollfuß hatte nicht den Mut, einen Frontalangriff auf die Demokratie zu wagen. Er zog es vor, die sogenannte „Salamitaktik" anzuwenden: Eine Scheibe nach der anderen wurde von der Demokratie abgeschnitten, um die Arbeiterschaft einzuschüchtern und zu demoralisieren.

Die Frage, ob es richtig war, daß die Sozialdemokratie damals ständig zurückwich, um dem Land die Schrecken eines Bürgerkrieges zu ersparen, ist innerhalb der Arbeiterbewegung leidenschaftlich diskutiert worden. Jene Aktivisten, die später zu Trägern des illegalen Kampfes wurden, haben dieses Zurückweichen kritisiert und für die Zukunft die Lehre gezogen: Es gilt, den Anfängen zu wehren!

Wie immer man zu dieser Kritik stehen mag, eines ist unbestritten: Die Sozialdemokratie und die Freien Gewerkschaften haben niemals den Boden der Verfassung der demokratischen Republik verlassen. Ihr Kampf gegen den Austrofaschismus war ein Kampf für die Verfassung, für die demokratische Republik.

Es ist auch eine Lüge, zu behaupten, der „radikale Austromarxismus" habe die blutige Auseinandersetzung provoziert. — In Wirklichkeit ist Otto Bauer, der bedeutendste Politiker und Theoretiker des Austromarxismus, auch in den eigenen Reihen — vor allem von jungen Sozialisten — heftig angegriffen worden, weil er immer wieder versuchte, die Auseinandersetzung zu vermeiden, die, wie er einmal sagte, „vor den Müttern des Landes" nicht zu verantworten sei.

Käthe Leichter, die später in einem Nazikonzentrationslager ermordet wurde, hat in einem ihrer brillant geschriebenen Artikel die sozialökonomischen Wurzeln des österreichischen Faschismus bloßgelegt:

> Nicht die „radikale Sprache" des Austromarxismus, sondern die sozialen Errungenschaften der Arbeiterbewegung — Achtstundentag, Betriebsrätegesetz, Mieterschutz und vieles andere — haben den Haß des Besitzbürgertums hervorgerufen. Daran hätte auch eine „gemäßigte Sprache" nichts geändert.

Diese sozialen Errungenschaften, als „revolutionärer Schutt" bezeichnet, konnten nicht beseitigt werden, solange es demokratische Freiheitsrechte und eine legale Arbeiterbewegung gab. Unter den Bedingungen der Weltwirtschaftskrise des Kapitalismus wurden daher die faschistischen Kräfte im bürgerlichen Lager immer stärker, die in Österreich eine Diktatur nach dem Vorbild Mussolinis in Italien erstrebten.

Der illegale Kampf

Nach der blutigen Niederwerfung der österreichischen Arbeiterbewegung im Februar 1934 begann der illegale Kampf der Revolutionären Sozialisten, der Freien Gewerkschaften und anderer Arbeiterorganisationen, die im Untergrund arbeiteten. Die Dokumente — und es kann nur eine bescheidene Auswahl sein —, die wir über diese illegale Periode von 1934 bis 1938 veröffentlichen, spiegeln allerdings nur sehr unzulänglich die damals geleistete gewaltige Arbeit im Kampf gegen den Faschismus wider.

Es war möglich, die illegale „Arbeiter-Zeitung", die Publikationen, die Flugblätter der Revolutionären Sozialisten und anderer illegaler Organisationen im

(Fortsetzung auf Seite 15)

Preis im Einzelverkauf:
an Wochentagen
20 Groschen
an Sonn- u. Feiertagen
30 Groschen

Bezugspreis
für die Bundesländer:
Monatlich . . . . S 5·—
für das Ausland:
Deutschland . . . RM 3·—
Tsch.-Slow. Republik Kč 25·—
Polen . . . . . Zl. 7·—
Jugoslawien . . Din. 60·—
Alle sonstigen dem Weltpostverein angehörenden Länder
Herz. Schilling 7·—

Nach der Konfiskation: Zweite Auflage.

Arbeiter-Zeitung

Zentralorgan der Sozialdemokratie Deutschösterreichs

Erscheint täglich um 6 Uhr morgens, Montag um 1 Uhr mittags

Schriftleitung
Verwaltung
Druckerei u. Versand:
V. Rechte Wienzeile 69
Telephon:
B 29-5-10 Serie

Alleinige
Anzeigenannahme:
„Annoncia"
Annoncen-, Reklame- u. Verlags-Gesellschaft
I. Schulerstraße 13
Tel. B 25-5-70 bis 75 und B 26-1-70 bis 71.

Bezugsbedingungen
für Wien:
In allen Verschleißstellen u. V. Zusendung durch die Post:
Monatlich . . . . S 5·—

Nr. 78 | Wien, Sonntag, 19. März 1933 | 46. Jahrgang

So wütete die „Vorzensur" gegen die „Arbeiter-Zeitung" und alle anderen Presseerzeugnisse der Arbeiterschaft.

Die Arbeiter-Zeitung in Deutschland verboten.

Berlin, 18. März. Die Blätter veröffentlichen eine Liste derjenigen ausländischen Zeitungen, deren Verbreitung vom Reichsminister des Innern in Deutschland verboten ist. Unter anderm betrifft das Verbot auch die Wiener Arbeiter-Zeitung, die bis einschließlich 4. September verboten bleibt. Die Verbreitung der sowjetrussischen Zeitungen „Iswestija" und „Prawda" ist bis einschließlich 30. April untersagt.

Wir betrachten dieses Verbot durch die Hitler-Regierung als eine Ehre: es beweist, daß unsere Veröffentlichungen dem deutschen Fascismus unangenehm sind. Wir werden uns dieser Ehre weiterhin würdig erweisen.

Unter Vorzensur

Arbeiter-Zeitung

Zentralorgan der Sozialdemokratie Deutschösterreichs

Erscheint täglich um 6 Uhr morgens, Montag um 1 Uhr mittags

Preis im Einzelverkauf: an Wochentagen 20 Groschen, an Sonn- u. Feiertagen 30 Groschen

Bezugspreis für die Bundesländer: Monatlich . . . . S 5—

für das Ausland: Deutschland . . . RM 3— Tschechosl. Republik Kc 25— Polen . . . . . Zl. 7— Jugoslawien . . Din. 60— Alle sonstigen dem Weltpostverein angehörenden Länder Österr. Schilling 7—

Schriftleitung Verwaltung Druckerei u. Verlag: V. Rechte Wienzeile 97 Telephon: B 29-5-10 Serie

Alleinige Anzeigenannahme „Annoncelia" Annoncen-, Reklame- u. Verlags-Gesellschaft L. Schulerstraße 11 Tel. B 22-5-70 bis 75 und B 20-1-70 bis 71.

Bezugsbedingungen für Wien: In allen Verschleißstellen u. Zusendung durch die Post Monatlich . . . . S 5—

Nr. 110 — Wien, Samstag, 22. April 1933 — 46. Jahrgang

Wieder unter Vorzensur!

Am 15. April ist die dreiwöchige Frist, die Arbeiter-Zeitung unter

Streikverbot!

es auch nicht; wenigstens ist in der Mit- Regierung von so etwas nicht ter und Angestellten ihrer

nehmer das Recht der Aussperrung. fascistischen Ländern haben weder Arbeiter das Streikrecht noch die Unter nehmer das Aussperrungsrecht; der Staat lichtet Lohnstreitigkeiten. Oesterreich fü Sozialität bekommen, die für Verordnung betrof

Unter Vorzensur

Arbeiter-Zeitung

Zentralorgan der Sozialdemokratie Deutschösterreichs

Erscheint täglich um 6 Uhr morgens, Montag um 1 Uhr mittags

Preis im Einzelverkauf: an Wochentagen 20 Groschen, an Sonn- u. Feiertagen 30 Groschen

Bezugspreis für die Bundesländer: Monatlich . . . . S 5—

für das Ausland: Deutschland . . . RM 3— Tschechosl. Republik Kc 25— Polen . . . . . Zl. 7— Jugoslawien . . Din. 60— Alle sonstigen dem Weltpostverein angehörenden Länder Österr. Schilling 7—

Schriftleitung Verwaltung Druckerei u. Verlag: V. Rechte Wienzeile 97 Telephon: B 29-5-10 Serie

Alleinige Anzeigenannahme „Annoncelia" Annoncen-, Reklame- u. Verlags-Gesellschaft L. Schulerstraße 11 Tel. B 22-5-70 bis 75 und B 20-1-70 bis 71.

Bezugsbedingungen für Wien: In allen Verschleißstellen u. Zusendung durch die Post Monatlich . . . . S 5—

Nr. 90 — Wien, Samstag, 1. April 1933 — 46. Jahrgang

Der Schutzbund aufgelöst

Seitz löst Feys Heimwehr auf

Riesige Massendemonstrationen in ganz

Wie wir bereits gestern berichteten, haben die streitenden Antimarxisten der Regierungsparteien auf Kosten des Schutzbundes ihre brüchige Regierungskoalition geleimt.

Was die Heim

Lösung des Schutzbundes zugestimmt, andern Forderungen — haben

Die Form fällt – die Kraft bleibt!

Seitdem es

Unter Vorzensur

Arbeiter-Zeitung

Zentralorgan der Sozialdemokratie Deutschösterreichs

Erscheint täglich um 6 Uhr morgens, Montag um 1 Uhr mittags

Preis im Einzelverkauf: an Wochentagen 20 Groschen, an Sonn- u. Feiertagen 30 Groschen

Bezugspreis für die Bundesländer: Monatlich . . . . S 5—

für das Ausland: Deutschland . . . RM 3— Tschechosl. Republik Kc 25— Polen . . . . . Zl. 7— Jugoslawien . . Din. 60— Alle sonstigen dem Weltpostverein angehörenden Länder Österr. Schilling 7—

Schriftleitung Verwaltung Druckerei u. Verlag: V. Rechte Wienzeile 97 Telephon: B 29-5-10 Serie

Alleinige Anzeigenannahme „Annoncelia" Annoncen-, Reklame- u. Verlags-Gesellschaft L. Schulerstraße 11 Tel. B 22-5-70 bis 75 und B 20-1-70 bis 71.

Bezugsbedingungen für Wien: In allen Verschleißstellen u. Zusendung durch die Post Monatlich . . . . S 5—

Nr. 84 — Wien, Sonntag, 26. März 1933 — 46. Jahrgang

An unsere Leser!

Zum erstenmal seit den Tagen des Krieges und des kaiserlichen Absolutismus erscheint die Arbeiter-Zeitung heute wieder unter Vorzensur.

Für ein sozialdemokratisches Blatt ist es eine Ehre, verfolgt zu werden. Maßregeln, die uns unter ein Ausnahmerecht stellen, entspringen der Angst der herrschenden Gewalten vor der Macht unseres Wortes.

Für unsere Leser bedeutet die über uns verhängte Vorzensur eine unvermeidliche Verzögerung, für die wir sie im voraus um Entschuldigung bitten.

Wir müssen unsere Leser auch darauf aufmerksam machen, daß es unter diesen Umständen nicht nur viel schwieriger ist, die Zeitung rechtzeitig zuzustellen, sondern auch dies schwieriger, sie zu schreiben.

Die älteren unter unseren Lesern haben in der Kriegszeit gelernt, ihre Zeitung auf eine ganz besondere Art zu lesen. Sie wußten, was es bedeutete, wenn sie lasen, daß sich eine mit Lorbeerreisern bedeckte k. u. k. Armee siegreich „umgruppiert" habe. Sie verstanden auch die verstellte Mitt-

Die Arbeiterpresse unter Vorzensur

Ein spontaner Demonstrationsstreik der Zeitungsarbeiter – Wien ohne Zeitungen

Freitag nachmittag wurden der Arbeiter-Zeitung und dem „Kleinen Blatt" Verfügungen des Bundeskanzlers zugestellt, die bestimmten, daß beide Zeitungen „auf Grund" der kriegswirtschaftlichen Pressevorordnung der Regierung unter Vorzensur gestellt werden. Diese Maßnahme bedeutet nicht nur eine schwere Beeinträchtigung der politischen Bewegungsfreiheit der Wiener Arbeiterpresse, sondern auch eine schwere wirtschaftliche Schädigung der Zeitungen und ihrer Personale.

Große Erregung unter den Zeitungsarbeitern.

Die Nachricht, daß über die Arbeiter-Zeitung und das „Kleine Blatt" die Vorzensur verhängt worden sei, verbreitete sich

Die Zeitungsarbeiterschaft lehnt selbstverständlich jede Art von Zeitungszensur aufs entschiedenste ab. Insbesondere aber erregt es den heftigsten Protest der Zeitungsarbeiterschaft, daß die Verfügungen der Vorzensur in einer Weise gehandhabt werden, die das Erscheinen der Zeitungen beinahe unmöglich machen, jedenfalls aber die Verbreitung der Zeitungen außerhalb Wiens schlechthin ausschließen und dadurch nicht nur die Existenz der Zeitungen, sondern auch die Existenz der bei diesen Zeitungen beschäftigten Arbeiter und Angestellten in die allergrößte Gefahr bringen.

Die schwere Gefährdung der Existenz der

Ein Streik für Geistesfreiheit.

Die Regierung hat die Arbeiter-Zeitung und das „Kleine Blatt" für drei Wochen unter Vorzensur gestellt.

In der Kriegszeit standen alle Zeitungen unter Vorzensur. Damals galt für proletarische und für bürgerliche Zeitungen wenigstens das gleiche Recht. Jetzt ist das anders. Alle proletarischen Morgenblätter Wiens sind der Vorzensur unterworfen. Für bürgerliche Zeitungen besteht die Vorzensur nicht.

Die Arbeiter-Zeitung ist nicht eine Zeitung wie die bürgerlichen Geschäftsblätter. Sie ist Eigentum der in der deutschösterreichischen Sozialdemokratie organisierten Arbeiterschaft. Sie ist das verbindende Glied zwischen den sechshunderttausend organisierten Sozialdemokraten in Oesterreich. Sie ist das Organ der deutschösterreichischen Sozialdemokratie, zu der sich bei den letzten Nationalratswahlen 41 Prozent — nicht viel weniger als die Hälfte — des ganzen deutschösterreichischen Volkes bekannt haben. Sie ist vor allem das Organ der Wiener Sozialdemokratie, zu der sich bei allen

An Österreichs Volk!

Der Nationalrat, die gesetzgebende Versammlung der Republik Österreich, ist gelähmt und handlungsunfähig. Wie ist das gekommen? Infolge schwerer Meinungsverschiedenheiten über die Giltigkeit einer Abstimmung am Samstag, den 4. März l. J., legten alle drei Präsidenten ihre Stelle nieder.

Dieser Fall ist in der Verfassung und in der Geschäftsordnung nicht vorgesehen, es besteht daher zur Zeit

eine schwere Krise des Parlaments.

Die Regierung wünscht nicht, daß das Land dauernd einer aktionsfähigen, dem allgemeinen Wohl dienenden Volksvertretung entbehrt. Die Führung eines Staates liegt aber nicht allein bei der Gesetzgebung, sondern ebenso beim Staatsoberhaupt und der Regierung. Die vom Herrn **Bundespräsidenten** ernannte **gesetzmäßige Regierung ist im Amte.** Sie ist von der Parlamentskrise, die ohne ihr Zutun heraufbeschworen wurde, nicht berührt;

es gibt daher keine Staatskrise!

Die Bundesregierung ist fest entschlossen, ihre Pflichten gegenüber Volk und Heimat in jeder Hinsicht zu erfüllen. Die Bundesregierung wird mit durchgreifender Energie dafür Sorge tragen, daß **Ruhe und Ordnung gegenüber jedem Störungsversuch geschützt** werden; sie fordert alle **Volksgenossen** ebenso wie die politischen **Parteien** und die **Zeitungen** auf, die Bundesregierung zu unterstützen und **warnt** vor Umtrieben, die die redlichen Bemühungen der Bundesregierung durchkreuzen sollen.

Um in dieser aufgeregten Zeit die Ruhe und Ordnung zu sichern, hat die Bundesregierung bis auf weiteres

alle Aufmärsche und Versammlungen verboten

und durch eine **Verordnung** auf Grund des Kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes zum **Pressegesetz** die Möglichkeit geschaffen,

staats- und volksschädliche Mißbräuche der Pressefreiheit

sowie Verstöße gegen die öffentliche Sittlichkeit zu verhindern und zu bestrafen.

Volksgenossen! Die Bundesregierung wird alle Kraft daran setzen, um in der **furchtbaren Wirtschaftsnot**

Hilfe und Erleichterung

bringen zu können. Die gleiche Aufmerksamkeit und Hilfsbereitschaft gilt den Arbeitern und Angestellten, insbesondere denen, die ihre Arbeitsstelle verloren haben, den **Beamten,** die mit kargen Bezügen ihr Auslangen finden müssen, den **Gewerbetreibenden, Industriellen** und **Kaufleuten,** die bei dem Rückgang des Geschäftslebens ihre Betriebe nur mit größter Anstrengung in bessere Zeiten retten können und den **Bauern** im Flachlande wie im Gebirge, deren seit jeher geringen Einkünfte durch die Absperrung des Auslandes und durch Preissturz zusammengeschmolzen sind.

Wir sind ein armes, von Hunger und Not bedrohtes Volk geworden, dem es ein geringer Trost ist, daß in vielen Nachbarländern der Jammer noch ärger ist. In schweren Zeiten soll man zusammenhalten. Ein Volk, das in solcher Zeit, statt wie eine gute Familie sich gegenseitig zu unterstützen, sich **in Parteihader und Bürgerkrieg zerfleischt,** kann sich nicht erheben, muß seine **Freiheit und Selbständigkeit** verlieren, ist von Knechtschaft bedroht.

Jetzt ist keine Zeit für politische Hetzereien, Intrigen und Verleumdungen, jetzt gilt es,

gemeinsame Arbeit in gemeinsamer Not zu gemeinsamem Wiederaufstieg!

Mitbürger! Die Bundesregierung führt Euch diesen Weg und wird alle Mittel der gesetzmäßigen Autorität für dieses Ziel einsetzen.

Folgt uns! Helft uns!

Es gilt, Österreichs braves und tüchtiges Volk aus Entbehrungen und höchsten Gefahren zu retten.

Wien, am 7. März 1933.

Die Bundesregierung der Republik Österreich.

Preis im Einzelverkauf:
an Wochentagen
20 Groschen
an Sonn- u. Feiertagen
30 Groschen

Bezugspreis
für die Bundesländer:
Monatlich . . . . S 5·—
für das Ausland:
Deutschland . . . RM 3·—
Tschechosl. Republik Kč 28·—
Polen . . . . . Zl. 7·—
Jugoslawien . . Din. 60·—
Alle sonstigen dem Weltpostverein angehörenden Länder
Österr. Schilling 7·—

Arbeiter-Zeitung

Zentralorgan der Sozialdemokratie Deutschösterreichs

Erscheint täglich um 6 Uhr morgens, Montag um 1 Uhr mittags

Schriftleitung
Verwaltung
Druckerei u. Versand:
V. Rechte Wienzeile 97
Telephon:
B 29-5-10 Serie

Alleinige
Anzeigenannahme:
„Annoncia"
Annoncen-, Reklame- u. Verlags-Gesellschaft
I. Schulerstraße 13
Tel. R 23-5-70 bis 73 und R 20-1-70 bis 71.

Bezugsbedingungen
für Wien:
In allen Verschleißstellen u. Zusendung durch die Post:
Monatlich . . . . S 5·—

Nr. 68 | Wien, Donnerstag, 9. März 1933 | 46. Jahrgang

Abwehr des Verfassungsbruches!

Aufruf der Partei

Erklärung des Präsidenten Renner: Das Parlament ist handlungsfähig

Die Einberufung des Nationalrates steht bevor

Der Bundesrat für Dienstag einberufen

Landeshauptmann Seitz schickt die verfassungswidrige Weisung zurück

Der Wiener Landtag tritt heute zusammen

Die Landtage von Niederösterreich, Kärnten und Salzburg werden auf Verlangen der Sozialdemokraten zusammentreten

Heute 73 Vereinsversammlungen in Wien

Morgen Wiener Vertrauensmännerversammlung

Samstag Versammlung der jugendlichen Arbeiter

Sonntag mehrere hundert Versammlungen in Niederösterreich

Heute Sitzung des Bundesvorstandes der freien Gewerkschaften

Höchste Abwehrbereitschaft der gesamten Arbeiterschaft

Genossen und Genossinnen! Arbeiter und Angestellte! Republikaner!

Die Republik, die Freiheitsrechte des Volkes, die sozialen Errungenschaften der Arbeiter und Angestellten sind in schwerere Gefahr denn je geraten.

Der Fascismus bedroht unsere Rechte.

Die Generaldirektion der Bundesbahnen ist den Eisenbahnern schwer erworbenen Arbeitslohn schuldig geblieben. Die Eisenbahner haben dagegen mit einem zweistündigen Demonstrationsstreik protestiert. Dies hat die Generaldirektion auf Beschluß der Regierung zum Anlaß genommen, Eisenbahner zu maßregeln und zu verfolgen. Eine Ausnahmeverfügung aus der Kriegszeit, nur für die Kriegsdauer erlassen, wurde fünfzehn Jahre nach dem Kriege zu diesem Zwecke ausgegraben! Dagegen haben wir angekämpft. Die sozialdemokratischen Abgeordneten haben im Nationalrat einen Beschluß durchgesetzt, der der Regierung und der Bundesbahnverwaltung jede Maßregelung von Eisenbahnern wegen der zweistündigen Demonstration verbietet.

Die Christlichsozialen und die Hahnenschwänzler wollten sich diesem Beschluß nicht fügen. Um auf den Rachefeldzug gegen die Eisenbahner nicht verzichten zu müssen, haben sie im Nationalrat einen Streit über die Gültigkeit des gefaßten Beschlusses entfesselt. Dieser Streit hat dazu geführt, daß die drei Präsidenten des Nationalrates ihre Stellen niedergelegt haben.

Selbstverständlich wäre es möglich gewesen, binnen vierundzwanzig Stunden ein neues Präsidium des Nationalrates zu wählen. Aber das wollen die Regierungsparteien nicht. Sie wollen die Demission der drei Präsidenten als Vorwand benützen,

um das Parlament überhaupt auszuschalten,

geraume Zeit ohne Volksvertretung diktatorisch zu regieren.

Hinter den Christlichsozialen, den Hahnenschwänzlern und den Landbündlern, auf die sich die Regierung stützt, steht höchstens noch ein Drittel des deutschösterreichischen Volkes. Die Vertreter einer Minderheit des Volkes maßen sich eine schrankenlose unkontrollierte Diktatur über das ganze Volk an.

Schon hat diese Diktatur

die Freiheitsrechte des Volkes angegriffen.

Sie hat alle Versammlungen verboten, die durch die Verfassung dem Volke verbürgte Versammlungsfreiheit mit einem Federstrich vernichtet. Sie hat „auf Grund" des Kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes vom Jahre 1917 die Presse geknebelt. Das alte Konfiskationsrecht aus der Zeit der Monarchie, das die Republik der Willkür der Staatsanwälte entrissen und der Kontrolle der Gerichte unterworfen hat, ist wiederhergestellt! Die Vorzensur über mißliebige Zeitungen, wie sie in der Kriegszeit bestanden hat, ist wieder eingeführt! Wer einen österreichischen Minister oder eine ausländische Regierung — Hitler, Mussolini oder Horthy! — beleidigt, kann nach dieser Knebelungsverordnung mit Arrest bis zu drei Monaten bestraft werden; und das Urteil sollen nicht unabhängige Richter sprechen, sondern die Polizei! Und gegen ihre Urteile soll nicht einmal ein Rekurs möglich sein!

Schluß mit der Redefreiheit! Schluß mit der freien Meinungsäußerung! Schluß mit der freien Kritik an der Regierung! Das ist der Sinn dieser Knebelungsverordnung!

Und diese Verordnung wird erlassen „auf Grund" eines Kriegsgesetzes aus dem Jahre 1917, das die Regierung ermächtigt hat, wirtschaftliche Maßregeln zur Abwehr wirtschaftlicher Gefahren zu treffen!

Wenn das möglich, wenn das zulässig ist, dann könnte die Regierung morgen mit der Berufung auf dasselbe Kriegsgesetz alle andern Freiheiten des Volkes aufheben, alle Arbeiter- und Angestelltenschutzgesetze demolieren, den Mieterschutz und den Pächterschutz abschaffen, die Bezüge und Pensionen der öffentlichen Angestellten herabsetzen, ohne die Zustimmung des Parlaments zu brauchen!

Kein einziges unserer Rechte, keine einzige unserer Errungenschaften ist mehr sicher!

Die Volksvertretung soll ausgeschaltet bleiben. An die Stelle der von der Volksvertretung beschlossenen Gesetze sollen Verordnungen der Regierungen treten.

Was bedeutet das?

Arbeitslose!

Nach den Richtlinien des Sozialministers sollen in den nächsten Wochen abermals tausende Arbeitslose aus der Notstandsaushilfe ausgesteuert werden, Tausenden die Notstandsaushilfe gekürzt werden. Wenn es kein Parlament mehr gibt, dann haben die sozialdemokratischen Abgeordneten keine Möglichkeit mehr, euch zu schützen, keinen Kampfboden mehr, auf dem sie euer Recht auf das Leben verteidigen können.

Eisenbahner!

Ihr braucht den Schutz des Parlaments gegen die drohenden Maßregelungen — das Parlament ist ausgeschaltet! Die Regierung will durch ein zweites Bundesbahnsanierungsgesetz eure Bezüge, eure Pensionen abermals empfindlich herabsetzen, die Rechte eurer Personalvertretung zerstören; es besteht die ernste Gefahr, daß die Regierung all das „auf Grund" des Kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes selbstherrlich verordnet, ohne das Parlament zu fragen!

Arbeiter und Angestellte!

Schon verlangen die Hahnenschwänzler, daß durch eine Verordnung „auf Grund" des Kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes das Koalitionsrecht aufgehoben, jeder Streik mit Strafen bedroht werde, damit ihr ohne jede Möglichkeit der Gegenwehr der Willkür der Unternehmer ausgeliefert werdet!

So sind heute schon alle unsere Freiheiten, alle unsere Rechte bedroht. Wenn wir uns nicht zur Wehr setzen, solange es noch Zeit ist, werden wir in den Fascismus, in die völlige Rechtlosigkeit hineinschlittern, wie es unseren Brüdern in Deutschland ergangen ist!

Unsere Partei will zunächst alle verfassungsmäßigen Mittel anwenden, um die Diktaturgelüste der Regierungsparteien, um die verfassungswidrigen Knebelungsverordnungen abzuwehren.

Solange diese Mittel noch angewendet werden können, fordern wir euch, Genossen und Genossinnen, auf, strengste Disziplin zu halten, nur nach den Parolen der Partei und der freien Gewerkschaften zu handeln, alle Unbesonnenheiten, die dem Gegner den Vorwand zu seinen Unterdrückungsmaßregeln liefern könnten, zu vermeiden!

Sollte es aber nicht gelingen, uns den bedrohten parlamentarischen Kampfboden in kürzester Zeit wiederzugewinnen, dann werden wir nicht mehr im Parlament für euch kämpfen können; dann werdet ihr selbst die Verfassung der Republik verteidigen müssen! Sollte es uns durch Knebelung unseres Wortes unmöglich gemacht werden, euch zu raten und zu führen, dann werdet ihr selbst aus eigener Initiative Recht, Gesetz und Freiheit verteidigen!

Darum zunächst: Wachsamkeit, Besonnenheit, Bereitschaft! Die Stunde der Entscheidung kann euch sehr bald rufen!

Freiheitsliebende Männer und Frauen werden sich keiner Diktatur unterwerfen! Wir sind freie Bürger der Republik; wir wollen und werden keine rechtlosen Untertanen werden!

Freiheit!

Der Parteivorstand der deutschösterreichischen Sozialdemokratie.

Jetzt erst recht! Tragt die Drei Pfeile!

Die Regierung verbietet öffentliche Versammlungen und Demonstrationen.
Nicht verbieten kann sie den trotzigen Kampfeswillen in unseren Herzen!
Genossen! Genossinnen! Bekundet diesen Kampfeswillen, indem Ihr alle von heute ab

das Drei-Pfeil-Abzeichen sichtbar traget.

Werbet bei allen Genossen und Genossinnen, bei den Arbeitskollegen, auf der Stempelstelle, bei den Nachbarn, beim Einkaufen, kurzum überall, dafür, daß das Drei-Pfeil-Abzeichen getragen wird!

Jeder Genosse, der einen Schilling auslegen kann, kauft fünf Drei-Pfeil-Abzeichen, im Bezirkssekretariat, auf dem Sektionsabend bei den Vertrauensmännern, damit er immer überall und jedermann das Drei-Pfeil-Abzeichen verkaufen kann!

Die Regierung und ihre Organe sollen an der überwältigenden Masse der Pfeilträger erkennen, wie gewaltig die Zahl derer ist, die sich gegen den Angriff auf die Freiheitsrechte des Volkes zur Wehr setzen.

Es lebe die Freiheit!

Renner warnt!

Eine Erklärung des Nationalratspräsidenten gegen den Aufruf der Regierung.

Präsident Dr. Renner erläßt folgende Kundgebung:

Zur Wahrung der Rechte der österreichischen Volksvertretung sehe ich als letztgewählter Präsident des Nationalrates mich genötigt, festzustellen, daß die gesetzgebende Versammlung der Republik Oesterreich durch den Zwischenfall der Resignation der Präsidenten des Nationalrates

keineswegs gelähmt und handlungsunfähig

ist. Nach dem Wortlaut und dem Sinne der Geschäftsordnung führen die Präsidenten im Stande der Demission die Geschäfte weiter, bis die neuen Präsidenten gewählt sind. Sie können sich durch die Demission ihrer Rechte keineswegs aber ihrer verfassungsmäßigen Pflichten entschlagen, vor allem nicht der Pflicht, die zur Bestellung ihrer Nachfolger gebotenen Maßnahmen zu ergreifen und also das Haus zur Neuwahl der Präsidenten einzuberufen und diese Neuwahl einzuleiten. Gilt dies unbestreitbar selbst für den Fall der Auflösung, so um so mehr für den Fall einer rein formalen Störung des Geschäftsganges.

Der Versuch, einen solchen Zwischenfall zur Ausschaltung der Volksvertretung zu benützen, der freigewählten Vertretung des gesamten Bundesvolkes das verfassungsmäßige Recht der Gesetzgebung abzuerkennen und auf höchst zweifelhafter Rechtsgrundlage auf die Bundesvollziehung zu übertragen, ist offenkundige Usurpation unter nichtigem Vorwand.

Ich erhebe gegen sie vor allen unseren Bundesbürgern Einspruch und warne die Bundesvollziehung vor einem Vorgehen, das unsere wirtschaftliche Not noch durch politische Wirren über alles erträgliche Maß verschärfen müßte.

*

Renners würdige und eindrucksvolle Worte sind eine ernste Warnung an die Regierung und eine wirksame Antwort auf den Aufruf der Regierung Dollfuß, der gegen den Nationalrat Stimmung zu machen und den Eindruck zu erwecken versucht, daß das Parlament „gelähmt und handlungsunfähig" sei. Demgegenüber stellt Präsident Dr. Renner fest, daß die Präsidenten die Geschäfte weiterführen.

Der dritte Präsident Dr. Straffner hat übrigens gestern auch die Erklärung abgegeben, daß er sich als im Amt befindlich betrachtet.

Bei dieser Sachlage darf man also erwarten, daß die Präsidentenkrise im Nationalrat vor der Lösung steht und daß der Nationalrat demnächst wieder einberufen werden wird.

* * *

Eine Drohung der Regierung.

Die Regierung antwortet auf die Erklärung des Präsidenten Dr. Renner prompt mit folgender Erklärung:

Es gibt derzeit kein Präsidium des Nationalrates. Es gibt auch keinen Punkt in der Verfassung oder Geschäftsordnung, der einen ehemaligen Präsidenten des Nationalrates, der freiwillig auf seine Stellung verzichtet hat, das Recht gibt, sich die Pflichten oder Rechte eines Präsidenten des Nationalrates zuzusprechen oder auszuüben. Mit dieser ausdrücklichen Feststellung wird bemerkt, daß solchen eventuellen Gesetzwidrigkeiten vorkommenden Falles auf das entschiedenste entgegengetreten werden muß.

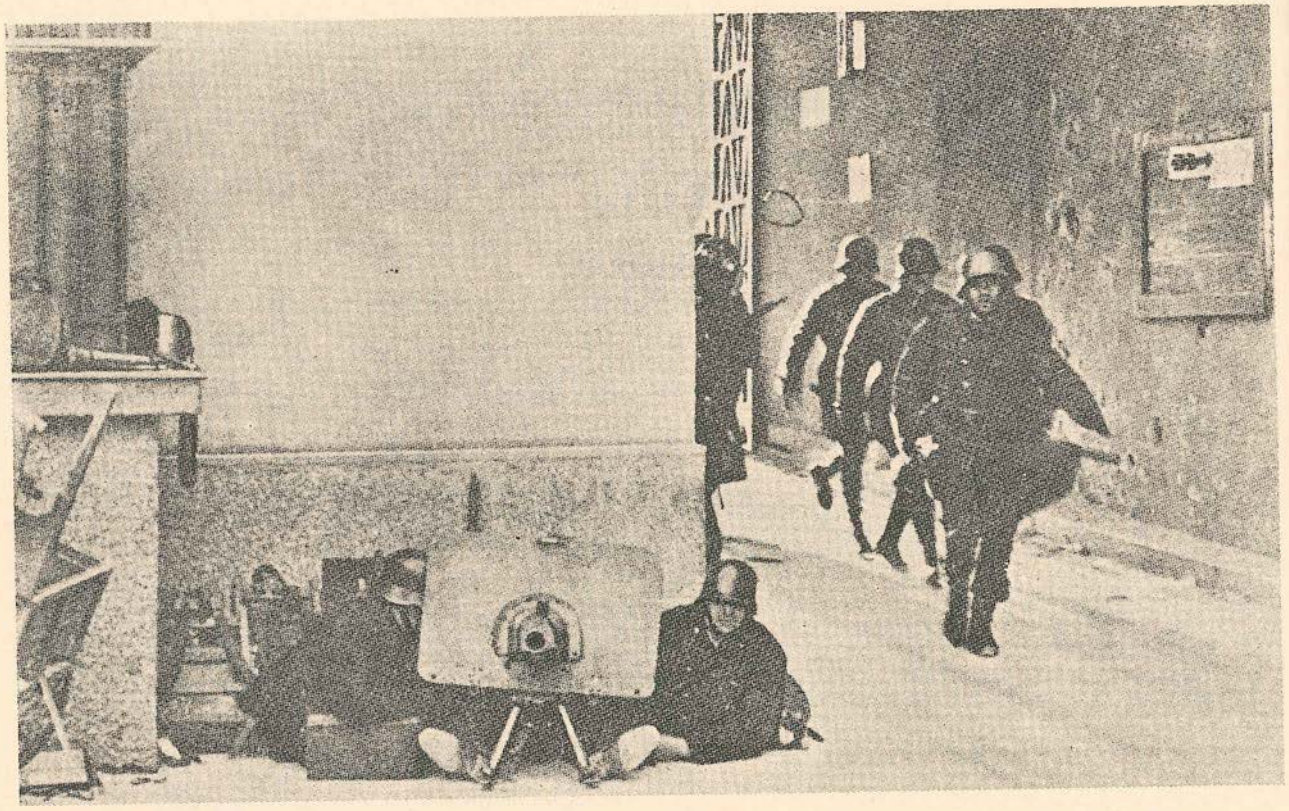
Diese Erklärung, deren Rechtskenntnis auf gleichem Niveau steht wie das Deutsch ihres Verfassers, zeigt eines:

daß die Regierung jeden Versuch, die parlamentarische Arbeit wieder in Gang zu bringen, zu vereiteln, jeden Versuch, den verfassungsmäßigen Zustand wiederherzustellen, zu verhindern entschlossen ist.

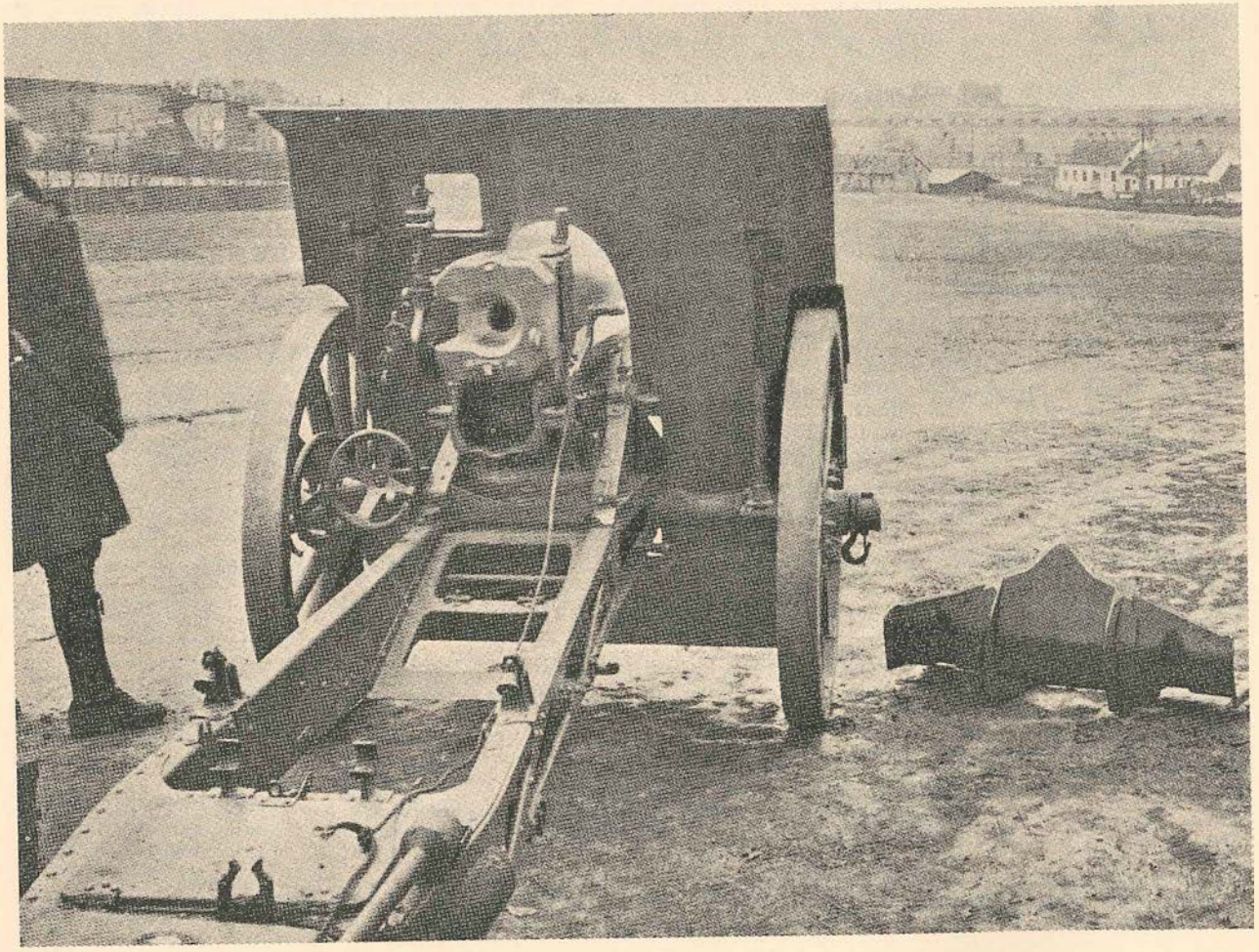
Welche Schlüsse alle verfassungstreuen Republikaner daraus ziehen müßten, wenn die Regierung diese Drohung verwirklichte, den Zusammentritt des Parlaments tatsächlich verhinderte, ist in dem Aufruf unseres Parteivorstandes gesagt und wird heute im Wiener Landtag gesagt werden.

Dienstag Bundesrat.

Wie berichtet, hat die sozialdemokratische Fraktion des Bundesrates die Einberufung einer außerordentlichen Bundesratssitzung zur Erörterung der politischen Lage verlangt. Wie man nun erfährt, wird die Bundesratssitzung Dienstag um 14.30 Uhr stattfinden.



Der „eiserne Besen“ des Herrn Krasser waren schließlich Maschinengewehre und Haubitzen



Mit eisernem Besen gegen !! den Revolutionsschutt !!

Programmatische Erklärungen des Wiener Parteiobmannes Professor Krasser in der Wiener christlich-sozialen Parteikonferenz am Samstag, den 8. April 1933

Nachdem sich das Parlament durch die Schuld der Sozialdemokraten selbst ausgeschaltet hat, ist endlich die Bahn freigemacht für eine vernünftige, den wahren Interessen des Volkes und des Vaterlandes dienende Politik. Diesem Parlamentarismus, wie wir ihn seit dem Umsturz in Österreich erlebt haben, weinen wir keine Träne nach. Er war das Zerrbild einer Demokratie, die jede zielbewußte Aufbauarbeit hemmte und vielfach nur zur Erpressung parteipolitischer Vorurteile diente. Wir wissen den Wert der demokratischen Freiheiten und Rechte, die ein wirkliches Kulturvolk dauernd nicht entbehren kann, voll zu würdigen. Bei uns wurden diese aber gerade ins Gegenteil verkehrt, sie wurden allmählich zum schändlichen Freibrief für alle gewissenlosen Elemente, die völlig ungestraft den Bestand und die Lebensinteressen des Staates schwer schädigen, ja offenen Landesverrat treiben und die Kultur und die Wirtschaft zugrunderichten konnten.

Wahre, echte Demokratie, zu der wir uns unumwunden bekennen, setzt eben mehr als bei jeder anderen Herrschaftsform ein hohes sittliches Niveau und echten Patriotismus des ganzen Volkes voraus, die aber den vielfach volksfremden Führern der Sozialdemokratie ein Greuel sind.

Wenn nun die Regierung Dollfuß mit starker Hand eingreift und entschlossen ist, mit einem eisernen Besen all den Revolutionsschutt der Umsturzjahre hinwegzuräumen und jene verfassungsmäßigen Sicherheiten zu schaffen, die einfach unser Staat, unser Volk und unsere Wirtschaft zum Leben brauchen, dann setzt sie damit das Werk unseres unvergeßlichen Führers Dr. Seipel fort, dann geht sie an die Verwirklichung unseres christlichsozialen Programmes und kann der begeisterten Zustimmung des heimattreuen österreichischen Volkes sicher sein.

Von den unerträglichen Fesseln dieses entnervten Parlamentarismus endlich befreit, hat die Regierung in kurzer Zeit für Staat, Volk und Wirtschaft mehr geleistet als die ganze bisherige Scheindemokratie, in der in Wirklichkeit der jüdische Marxismus eine Diktatur ausübte.

Von den sozialdemokratischen Führern und Zeitungsschreibern abgesehen, fühlt sich durch die Notverordnungen der Regierung kein Mensch in seinen Rechten auch wirklich gekränkt. Die von uns zu leistende Reformarbeit darf sich aber auf wirtschaftliche Maßnahmen allein nicht beschränken. Wollen wir ganze Arbeit leisten, dann dürfen wir nicht vergessen, daß der wirtschaftliche und soziale Aufstieg die geistige und moralische Wiedergesundung unseres Volkes, die Anspannung aller seelischen, schöpferischen Kräfte zur unerläßlichen Voraussetzung hat. Um diese geistige und sittliche Wehrhaftmachung unseres Volkes aber zu ermöglichen, ist eine feste Verankerung des christlichen und vaterländischen Gedankens, vor allem in unserer Jugend notwendig. Und daher

fordert die christlichsoziale Partei von der Regierung energische Maßnahmen und die Aufbietung des gesamten Verwaltungsapparates gegen Schund und Schmutz, gegen die öffentliche Unsittlichkeit, gegen die schlechte Literatur und Presse, die Unterbindung der Gottlosenbewegung, die Erneuerung unseres öffentlichen Schulwesens im christlichen, nationalen und österreichisch-vaterländischen Geiste.

Wir verlangen

eine aktive Kulturpolitik,

entsprechend den Grundsätzen unserer christlichen Weltanschauung.

Den einmal als richtig erkannten Weg werden wir mit leidenschaftsloser Beharrlichkeit und eiserner Konsequenz weitergehen. Der Kampf gilt unserem Erbfeinde, der Sozialdemokratie, die sich als das entscheidende Hindernis jedes staatlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Wiederaufstieges erwiesen hat. Daß die Sozialdemokraten und namentlich ihre Führer beunruhigt und nervös werden, ficht uns nicht an. Wir bleiben fest!

Leider müssen wir auch diesmal das beschämende Schauspiel erleben, daß gerade die Nationalsozialisten, die sich in der Öffentlichkeit als die allein konzessionierten Bekämpfer des Marxismus aufspielen möchten und zu denen sich ja der gesamte nationale Freisinn geflüchtet hat, in eine Front mit den Sozialdemokraten gestellt haben und Arm in Arm mit ihnen gegen die Regierung kämpfen. Wer immer gegen uns ankämpfen will, wir werden den Kurs unverrückbar halten und uns in der konsequenten Verfolgung unseres Parteiprogrammes nicht beirren lassen.

Hiezu möchte ich mir als Parteiobmann folgende grundsätzliche Feststellung erlauben:

1. Als eine alle Stände gleichberechtigt und gleichartig umfassende Volkspartei werden wir uns niemals zur Vertretung einseitiger Klasseninteressen mißbrauchen lassen. Unsere gesamte Staats- und Wirtschaftspolitik ist immer auf das Volksganze gerichtet und fußt auf dem unverrückbaren Grundsatz der sozialen Gerechtigkeit. Ich danke daher dem Herrn Bundeskanzler im Namen unserer Partei, besonders aber im Namen unserer christlichen Arbeiter und Angestellten, für sein wiederholtes, offenes Bekenntnis zu diesem Fundamentalsatz christlicher Sozialpolitik.

2. Die christlichsoziale Partei ist die einzige Partei in Österreich, die seit Jahrzehnten mit voller Hingabe und nie erlahmenden Eifer die vaterländischen und kulturellen Interessen des österreichischen Katholizismus vertreten und sich dabei auch von kirchlicher Seite stets anerkannte Verdienste erworben hat. Was wir im heutigen Österreich an kulturellen Werten noch erhalten haben, ist in erster Linie der Wachsamkeit und standhaften Haltung unserer Partei zu danken. Daß die christlichsoziale Partei gelegentlich bei Abstimmungen auch die Unterstützung anderer kleinerer Parteien gefunden hat, beweist nichts gegen die Tatsache, daß ohne diesen mutigen Anwalt die katholischen Interessen unvertreten geblieben wären. Zur Wahrung dieser höchsten Interessen des österreichischen Katholizismus werden wir auch in Zukunft eine starke und geschlossene katholische Weltanschauungspartei notwendig haben.

Wenn sich nun die österreichischen Nationalsozialisten, deren maßgebende Führerschicht sich durchaus aus den Reihen des nationalen Freisinns und der schönerianischen Los-von-Rom-Bewegung rekrutiert, der erstaunten Öffentlichkeit als die eigentlichen Verteidiger der christlichen und katholischen Weltanschauung anpreisen und durch die Maske einer katholischen Einstellung naive Menschen für sich zu gewinnen suchen, so stellt dies einen unerhörten Mißbrauch der Religion zu politischen Zwecken dar. Vergeblich werden auch alle Versuche bleiben, einen künstlichen Gegensatz zwischen der kirchlichen Autorität und unserer Partei zu schaffen, und wir danken dem hochwürdigsten Herrn Kardinal, daß er diesen Versuchen mit allem Freimut entgegengetreten ist. Unsere katholische Überzeugung ist nicht das Ergebnis parteiegoistischer und propagandistischer Erwägungen, wir folgen auch bei unserer politischen Arbeit nur unserem katholischen Gewissen und unserer „katholischen Nase", die uns schon von weitem die Gefahren ahnen lassen, die jedes schwächliche Paktieren für unsere katholische Zukunft zwangsläufig herbeiführen müßte.

3. Die christlichsoziale Partei fühlt sich als Partei der christlichen Österreicher, zugleich aber auch als durchaus deutsche Partei, wir glauben an ein gemeinsames deutsches Schicksal. Mit dieser vorbehaltlosen Bejahung des gesamtdeutschen Gedankens steht unser österreichischer Patriotismus in keinerlei Widerspruch, wird vielmehr dadurch geradezu bedingt. Unser Bekenntnis zu Österreich, das von nationalsozialistischer Seite in verleumderischer Absicht stets mißdeutet wird, beinhaltet doch nichts anderes als den wohlberechtigten Anspruch auf gerechte Würdigung der österreichischen Geschichte, auf Wahrung unserer besonderen kulturellen und wirtschaftlichen Interessen und auf Sicherstellung seiner Selbständigkeit und Bewegungsfreiheit, die notwendig ist, damit Österreich seinem dem Ursprung und inneren Wesen nach doch durchaus deutschen Ostmarkberuf treu bleiben kann.

Diese

unsere geschichtliche Aufgabe im Donauraume,

die ja einen nicht unwesentlichen Teil der deutschen Sendung in Europa überhaupt darstellt, besteht auch heute noch und alle uns allerdings in unserer nationalen Ehre tief verletzenden Versuche, uns deshalb die nationale Vollwertigkeit abzusprechen, wird uns in dieser Auffassung nicht beirren. Daß wir nach dem Willen und Diktat der internationalen Mächte ein selbständiger deutscher Staat sind, ist eine Tatsache, die man nicht einfach wegdisputieren kann und der auch der Reichskanzler Hitler in seiner letzten Regierungserklärung Rechnung tragen mußte. Mit bewußter Verschweigung des nationalsozialistischen Dogmas des Anschlusses, der ja leider fast immer unter vollkommener Verkennung aller historischen und psychologischen Voraussetzungen als eine einfache Landnahme, als mechanische Aufsaugung Österreichs gewollt und propagiert wird, beschränkt sich Hitler auf staatsmännisch abgeklärte Worte, wie man sie nur von Reichskanzlern der verhaßten Systemparteien oder von einem sogenannten „national geschlechtslosen Österreicher" erwarten hätte dürfen: „Die deutsche Reichsregierung sei sich der Verbundenheit der deutschen Völker voll bewußt."

Wenn Österreich, das nun wieder einmal in den Brennpunkt des europäischen Interesses gestellt ist, im gegenwärtigen Zeitpunkte seine Selbständigkeit mit besonderem Nachdrucke verteidigt, so verteidigt es dadurch deutsches Land vor fremdem Zugriff und handelt damit im gesamtdeutschen Interesse.

Diese Tatsache sollten doch endlich alle nationalen Phrasendrescher in Österreich zur Kenntnis nehmen.

Der Kampf, den wir führen, ist nicht ein Kampf um unsere Partei, es geht nicht bloß um irgendwelche Notverordnungen, letzten Endes auch nicht um Demokratie und Parlament, es geht ums Ganze, um den Bestand und die Freiheit unseres Vaterlandes Österreich. Im Bewußtsein dieser ungeheuren Verantwortung wollen wir einig und geschlossen zueinander stehen.

Weg mit allem faigen Defaitismus! Fort mit aller Nörgelsucht und Kritisiererei. Schluß mit dem unfruchtbaren Streit um die richtige Methode des Handelns, der jede Kampfesfreude ertötet und auf das Handeln selbst vergessen läßt. Jetzt heißt es: An die Arbeit! Werben Sie von Mann zu Mann, tragen Sie hinaus den Glauben an Österreich und kämpfen Sie mit uns um die endliche Befreiung Österreichs!

Preis im Einzelverkauf: an Wochentagen 20 Groschen, an Sonn- u. Feiertagen 30 Groschen

Bezugspreis für die Bundesländer: Monatlich . . . . S 5·—
Für das Ausland: Deutschland . . RM 2·—, Tschechosl. Republik Kč 28·—, Polen . . . . . Zl. 7·—, Jugoslawien . . Din. 60·—, Alle sonstigen dem Weltpostverein angehörenden Länder Österr. Schilling 7·—

Unter Vorzensur

Arbeiter-Zeitung

Zentralorgan der Sozialdemokratie Deutschösterreichs

Erscheint täglich um 6 Uhr morgens, Montag um 1 Uhr mittags

Schriftleitung Verwaltung Druckerei u. Versand: V. Rechte Wienzeile 97 Telephon: 8 29-5-10 Serie

Alleinige Anzeigenannahme: „Austrella", Annoncen-, Reklame- u. Verlags-Gesellschaft L. Schulerstraße 13 Tel. R 23-5-70 bis 78 und R 20-1-70 bis 71.

Bezugsbedingungen für Wien: In allen Verschleißstellen u. Zusendung durch die Post: Monatlich . . . . S 5·—

Nr. 116 | Wien, Freitag, 28. April 1933 | 46. Jahrgang

Aufmarschieren ist verboten – Spazierengehen ist erlaubt!

Der Bundesrat gegen das Streikverbot

Gestern vormittag fand eine Sitzung des Bundesrates statt. Der Vorsitzende Emmerling eröffnete sie um 11.45 Uhr.

Die Christlichsozialen nahmen, getreu ihrem Standpunkt, daß sie nur Diäten beziehen, aber dafür weder eine Arbeit leisten noch ihre verfassungsmäßigen Pflichten erfüllen, an der Sitzung nicht teil.

Vorsitzender Emmerling teilte zunächst mit, daß die sozialdemokratischen Bundesräte Ofenböck, Bukmann und Genossen

verboten anzusehen ist, wird einer Kommission übertragen, vor der es kein öffentliches kontradiktorisches Verfahren gibt und die kein Recht zu Beweiserhebungen hat. An die Entscheidungen einer solchen Kommission sollen Gerichte und Verwaltungsbehörden gebunden sein! Strafen bis zu sechs Monaten Arrest sollen von politischen Behörden verhängt werden können!

Auch über politische Delikte sollen Verwaltungsbehörden entscheiden! Die Grenze

Lustbarkeitsabgabe aufzuheben und sich jeder weiteren rechtswidrigen Maßnahme auf dem Gebiet der Finanzverwaltung und der Abgabenteilung zu enthalten?

Eine nichtssagende Antwort.

Der Vorsitzende Emmerling gab dann bekannt, daß der Finanzminister Weidenhoffer die am 28. März gestellte dringliche Anfrage (über die Kreditanstaltsverhandlungen. Red.) beantwortet hat. Der

stellten und Arbeiter aufheben. In einer Zeit, in der die Kollektivverträge der Bäcker gekündigt wurden, will man die Angestellten der Bäckereien durch ein Streikverbot der Willkür der Unternehmer restlos ausliefern.

Die Vorständekonferenz der freien Gewerkschaften protestiert gegen das einseitige Streikverbot und erklärt, daß die ungesetzliche Notverordnung die Angestellten und Arbeiter nicht hindern kann von ihrem gesetzlich gewährleisteten Recht des Kampfes zur Verhinderung der Verschlechterung des Gehalts- und Lohnrechtes und der Verschlechterung der

„Spaziergang" vor den spanischen Reitern
(Babenbergerstraße, links die Hofstallungen)

Demonstrationen

kann man verbieten,

Spaziergänge

sind erlaubt!

Wir gehen am

1. Mai

zwischen 10 und 11 Uhr

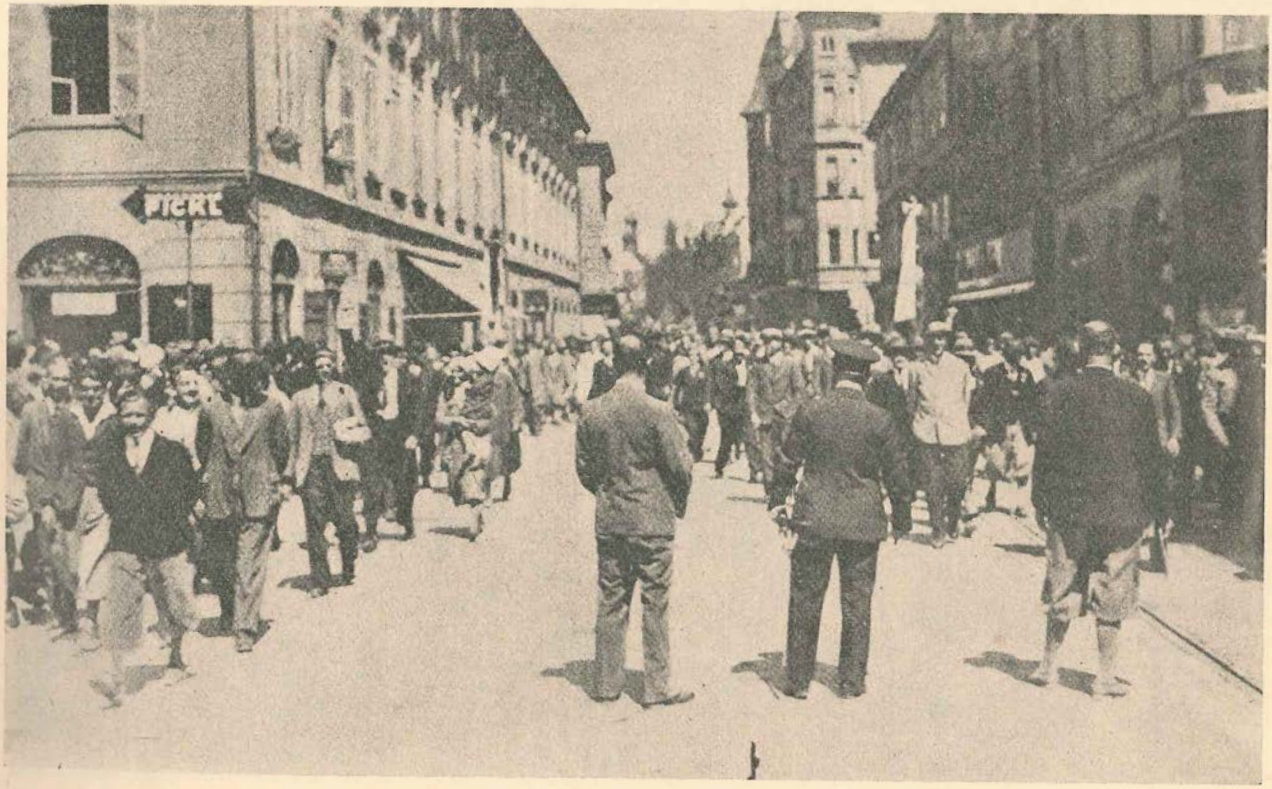
Auf der Ringstraße

spazieren!

Es lebe die Freiheit!

Die Wiener Sozialdemokratie.

Auch in Klagenfurt gab es einen „Spaziergang" am 1. Mai



Kaffeehausidylle
in der Operngasse

Arretierung

(Fortsetzung von Seite 4)
Faksimile abzudrucken. Der Leser erhält so einen Einblick in die Vielfalt der illegalen Literatur, die, wie Otto Bauer in seinem Buch: „Die illegale Partei" festgestellt hat, zu den prägnanten Eigenarten des antifaschistischen Widerstands in Österreich gehörte.

Aber es gibt keine Bilddokumente über die harte, nicht nur persönlichen Mut und Opferbereitschaft, sondern auch Verläßlichkeit, Disziplin, Erfindungsgabe erfordernde Arbeit, die notwendig war, um diese illegale Literatur im Lande selbst herzustellen oder sie über die Grenze zu bringen und zu verbreiten. Die illegalen „Treffs", die Konferenzen oder die Zusammenkünfte konnten aus konspirativen Gründen nicht im Bild festgehalten werden.

Zu den Eigenarten dieses illegalen Kampfes gehörte es, daß er gegen zwei Faschismen zugleich geführt werden mußte: gegen den Austrofaschismus der Februarmörder und gegen den die Unabhängigkeit Österreichs bedrohenden, noch wesentlich brutaleren Nazifaschismus. Die Presse der illegalen Arbeiterbewegung hat daher von 1934 bis 1938 den Standpunkt vertreten:

> Hitler ist der Hauptfeind. Aber um Österreich gegen die braune Barbarei verteidigen zu können, müssen der Arbeiterschaft die ihr im Februar 1934 geraubten Freiheitsrechte zurückgegeben werden. Nur ein freies Volk kann gegen den nazideutschen Aggressor kämpfen.

Die Arbeiter wollten Österreich verteidigen!

Von größter zeitgeschichtlicher Bedeutung sind jene Dokumente, die beweisen, daß nach Schuschniggs Rückkehr aus Berchtesgaden Österreichs Arbeiter — trotz allem, was ihnen von 1934 bis 1938 angetan wurde — bereit waren, gemeinsam mit allen antifaschistischen Österreichern eine Abwehrfront zum Schutz der Heimat vor der drohenden Nazigefahr zu bilden.

Es gab bis zum Einmarsch der Nazitruppen Demonstrationen der Arbeiterbewegung: Für Österreich — gegen Hitler. Und es fanden Verhandlungen einer Delegation aus den Betrieben mit Schuschnigg statt, über die Genosse Friedrich Hillegeist im Floridsdorfer Arbeiterheim berichtete.

Aber Schuschnigg war nicht bereit, auch nur die bescheidenen Forderungen dieser Delegation zu akzeptieren. Er zog die Kapitulation vor Hitler dem gemeinsamen Kampf mit der stärksten Kraft des Antinazismus, mit der österreichischen Arbeiterbewegung, vor: Die Dollfuß-Straße führte in den Abgrund des Dritten Reiches.

Eine Goebbels-Lüge

Es gehört zu den wichtigsten Aufgaben dieser Dokumentation, eine Goebbels-Lüge, die auch dreißig Jahre nach der Befreiung Österreichs noch immer verbreitet wird — sogar von Persönlichkeiten, die im öffentlichen Leben stehen! — zu widerlegen: Im März 1938 seien „alle Österreicher" von Hitler begeistert gewesen, und alle (!) hätten ihm zugejubelt.

Dieser infamen Lüge gilt es, die Wahrheit gegenüberzustellen: Jener Teil der österreichischen Bevölkerung, der Hitler tatsächlich zugejubelt hat, ist von der Nazipropaganda fotografisch festgehalten worden. Die Bilder von den jubelnden „Ostmärkern" wurden in aller Welt verbreitet und haben auch im Ausland zu völlig falschen Schlüssen über die damalige Lage in dem von Nazideutschland annektierten Österreich geführt. Denn die andere Seite blieb im dunkeln:

Die Verhaftungen, die unmittelbar nach der Besetzung Österreichs von der Gestapo vorgenommen wurden, sind von den Goebbels-Propagandisten ebensowenig in Fotos festgehalten worden wie die Transporte in die Konzentrationslager. Das gleiche gilt von jenen Österreichern, die in ihren Wohnungen aus Verzweiflung über den Einmarsch der Nazi-Wehrmacht weinten und für jene, die damals Selbstmord begingen oder sich bemühten, das Land zu verlassen, um im Ausland als Emigranten zu leben. Alles das ist nicht fotografiert worden.

Vor allem aber ist die Goebbels-Lüge, „alle Österreicher" hätten Hitler zugejubelt, eine Schmähung jener 2700 Österreicher, die als aktive Widerstandskämpfer justifiziert wurden, und aller anderen Opfer des Hitlerfaschismus, die in den Zuchthäusern und Konzentrationslagern Grauenhaftes durchgemacht haben und von denen viele die Befreiung nicht mehr erlebten.

Die Dokumente über den Widerstand, der von 1938 bis 1945 unter wesentlich schwierigeren Bedingungen als in der austrofaschistischen Zeit von österreichischen Sozialisten gemeinsam mit Kampfgefährten anderer politischer und weltanschaulicher Richtungen geleistet wurde, sind aus der Geschichte Österreichs nicht wegzudenken.

Franz Jonas, einer der großen sozialistischen Bundespräsidenten der Zweiten Republik, sagte anläßlich der Ausstellung des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstands über Österreichs Freiheitskampf:

> „Die Erinnerung an den österreichischen Freiheitskampf hochzuhalten ist eine Ehrenpflicht. Es gibt kein glaubwürdiges Ja zu der Selbständigkeit unseres Landes ohne ein Bekenntnis zu den Kämpfern für ein freies Österreich."

Der Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus handelt im Sinne dieser Worte von Franz Jonas: Er bekennt sich nicht nur zu den Kämpfern für ein freies Österreich, sondern tritt auch jenen Unbelehrbaren entschieden entgegen, die noch immer den Hitlerkrieg verherrlichen, Naziorden zur Schau tragen und sich rühmen, faschistischen Organisationen angehört zu haben.

Das Fundament des Aufstiegs

Mit Recht werden dreißig Jahre nach der Befreiung Österreichs die großen wirtschaftlichen und sozialen Erfolge hervorgehoben, die in der Zweiten Republik von den Sozialisten erreicht werden konnten. Österreich hat in diesen drei Jahrzehnten seine Lebensfähigkeit überzeugend bewiesen, die großdeutsche Legende von der Notwendigkeit des „Anschlusses an den deutschen Wirtschaftsraum" wurde durch die Realität klar widerlegt.

Aber diese Erfolge dürfen nicht vergessen lassen, wer sie ermöglicht hat: Das Fundament für den Aufstieg Österreichs haben jene Frauen und Männer gelegt, die im Kampf gegen zwei faschistische Diktaturen schwerste Opfer brachten. Das gleiche gilt auch für den Wiederaufbau der Sozialistischen Partei und aller Organisationen der österreichischen Arbeiterbewegung!

Im Jahre 1945 waren es vor allem die ehemaligen Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus, die in einem hungernden, frierenden, von Trümmern bedeckten, vierfach besetzten Land die vom Faschismus zerstörte sozialistische Bewegung wieder aufbauten.

Als Österreich die volle Wiederherstellung seiner Selbständigkeit, den Abschluß des Staatsvertrages von den alliierten Mächten verlangte und dieses Ziel 1955 auch erreichte, da berief es sich nicht auf Nazibonzen und Ritterkreuzträger, sondern betonte den Beitrag, den Österreichs Widerstandskämpfer zur Befreiung des Landes geleistet haben.

Noch ist das sozialistische Ziel nicht erreicht

30 Jahre nach der Befreiung Österreichs vom Hitlerfaschismus ist für Sozialisten der Freiheitskampf nicht zu Ende. Noch gilt es, wachsam zu sein, neofaschistischen Umtrieben rechtzeitig entgegenzutreten.

Das aufwühlende Geschehen in Chile macht uns bewußt, daß es in der Welt von heute noch immer möglich ist, eine rechtmäßige Regierung durch einen faschistischen Staatsstreich zu stürzen und einen freigewählten Präsidenten zu ermorden, wenn dies die Interessen des Monopolkapitals erfordern.

Die Parole, die in der Illegalität auf vielen Wänden zu lesen war: „Wir kommen wieder!" ist vor dreißig Jahren Wirklichkeit geworden. Wir sind wiedergekommen, um das Ziel zu erreichen, zu dem sich unsere Märtyrer auch angesichts des Galgens bekannt haben:

Eine neue, sozialistische Gesellschaft

In den nächsten Tagen wird die nachfolgende Volksadresse an den Bundespräsidenten allen verfassungstreuen Republikanern zur Unterschrift vorgelegt:

Herr Bundespräsident!

Von dem uns nach Artikel 11 des Staatsgrundgesetzes über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger zustehenden Rechte Gebrauch machend, fordern wir Sie, Herr Bundespräsident, auf, im Interesse des Volkes und des Staates für die sofortige Wiedereinberufung des Nationalrates Sorge zu tragen.

An alle Staatsbürger der Republik!

Die österreichische Sozialdemokratie hat beschlossen, alle freiheitsliebenden Bürger und Bürgerinnen der Republik, alle verfassungstreuen Republikaner aufzufordern, **eine Volksadresse an den Herrn Bundespräsidenten zu unterschreiben.**

Wir fordern alle freiheitsliebenden Bürger, alle verfassungstreuen Republikaner, alle, die statt unfruchtbarer Verfassungskämpfe fruchtbare wirtschaftliche Arbeit wollen, auf, unsere Volksadresse an den Herrn Bundespräsidenten zu unterschreiben.

Die Volksadresse soll zu einer **gewaltigen Kundgebung des Volkswillens** werden. An einer **Straßendemonstration** können Zehntausende teilnehmen. Die Unterzeichnung der **Volksadresse** kann Hunderttausende zu gemeinsamer Kundgebung ihres Willens vereinigen. Sie kann daher eine **viel größere Demonstration werden als die größte Straßendemonstration.**

Die Unterschrift unter die Volksadresse ist kein Bekenntnis zur Sozialdemokratischen Partei. **Alle Sozialdemokraten werden sie unterschreiben. Aber auch alle anderen verfassungstreuen Republikaner und freiheitsliebenden Bürger und Bürgerinnen der Republik fordern wir zur Unterzeichnung der Volksadresse auf.**

Sorget dafür, daß die Volksadresse zu einer großen Kundgebung des Volkswillens werde!

Der Parteivorstand der Deutschösterreichischen Sozialdemokratie.

Wer die Freiheit liebt, stärkt die Sozialdemokratie!
Tretet der Sozialdemokratischen Partei als Mitglieder bei!

AN DAS ÖSTERREICHISCHE VOLK!

Der Ruhm des Herrn Göring läßt den Herrn Fey nicht schlafen. Göring hat erdichtet, daß die Kommunisten im Einvernehmen mit den Sozialdemokraten den Reichstag angezündet haben, um

den Vorwand für die Auflösung der beiden Arbeiterparteien zu schaffen.

Ganz ähnlich redet Herr Fey von einem gefährlichen Komplott des Republikan. Schutzbundes gegen die Sicherheit des Staates,

um den Vorwand zu schaffen, für einen Schlag gegen das Wiener Rathaus und gegen die Sozialdemokratische Partei.

Gleichzeitig aber bewaffnet Fey die Heimwehrbanden und inszeniert Putsche gegen die Verfassung der Länder.

Haben die Arbeiter jemals ihre Waffen mißbraucht?

Seit elf Monaten nimmt die Arbeiterschaft geduldig die schamlosesten Provokationen hin, um unser Land vor der Katastrophe des Bürgerkrieges zu bewahren.

Der Herr Fey aber, der die Arbeiterschaft bis aufs Blut reizt, wagt es, von einem „verbrecherischen Anschlag bolschewistisch-marxistischer Elemente gegen die Bevölkerung" zu reden!

Die Wahrheit ist: Die Sozialdemokraten greifen niemand an — weder Bürger noch Bauern.

Wenn sich die Arbeiter zum Kampfe mit der Waffe bereit halten, so nur

für den einen Fall: Wenn Faschisten es wagen sollten, die beschworene Verfassung der Republik vernichten zu wollen.

Denn es ist das gute Recht jedes Volkes, seine Freiheit zu verteidigen. Kein Volk ist der Freiheit wert, das um der Freiheit willen nicht alles einzusetzen bereit ist.

Wenn das Volk nicht entschlossen ist, seine Verfassung, die es sich selbst gegeben hat, die von allen Organen des Staates mit heiligen Eiden beschworen wurde, auch mit der Waffe zu verteidigen, dann kann jeder Abenteurer mit einer Handvoll bewaffneter Banditen, das Volk unterjochen.

Nur für den Kampf zur Verteidigung der geheiligten Volksrechte, der Freiheit, der beschworenen Verfassung hält die Arbeiterschaft ihre Waffen bereit. Aber jedermann in diesem Lande wisse:

Wenn Eid und Verfassung gebrochen werden

und die Freiheit in Gefahr gerät,

dann wird die Arbeiterschaft zu denn Waffen greifen.

Jahrgang 1917.

Reichsgesetzblatt

für die

im Reichsrate vertretenen Königreiche und Länder.

CXXX. Stück. — Ausgegeben und versendet am 27. Juli 1917.

Inhalt: (№ 306—309.) 306. Kundmachung über Ausnahmsbestimmungen für die im Pariser Unionsvertrag zum Schutze des gewerblichen Eigentums festgesetzten Prioritätsfristen zu Gunsten der Angehörigen Dänemarks und Norwegens. — 307. Gesetz, mit welchem die Regierung ermächtigt wird, aus Anlaß der durch den Kriegszustand verursachten außerordentlichen Verhältnisse die notwendigen Verfügungen auf wirtschaftlichem Gebiete zu treffen. — 308. Verordnung, betreffend das Verbot der Vernichtung von Knochen. — 309. Verordnung, betreffend die Verwendung von Getreide und Mahlprodukten zu Futterzwecken.

306.

Kundmachung des Leiters des Ministeriums für öffentliche Arbeiten vom 21. Juli 1917

über Ausnahmsbestimmungen für die im Pariser Unionsvertrag zum Schutze des gewerblichen Eigentums festgesetzten Prioritätsfristen zu Gunsten der Angehörigen Dänemarks und Norwegens.

Auf Grund des § 1, Absatz 3, der Verordnung vom 1. Dezember 1915, R. G. Bl. Nr. 349, über Ausnahmsbestimmungen für die im Pariser Unionsvertrag zum Schutze des gewerblichen Eigentums festgesetzten Prioritätsfristen anläßlich des Kriegszustandes und mit Beziehung auf die Kundmachungen vom 1. Dezember 1915, R. G. Bl. Nr. 350, Punkt 1, vom 24. Dezember 1915, R. G. Bl. Nr. 388, vom 24. Oktober 1916, R. G. Bl. Nr. 373, und vom 31. Jänner 1917, R. G. Bl. Nr. 39, beziehungsweise vom 24. Oktober 1916, R. G. Bl. Nr. 374, Punkt 1, und vom 22. Februar 1917 R. G. Bl. Nr. 82, wird kundgemacht, daß in Österreich die Prioritätsfristen für Patentanmeldungen zu Gunsten der Angehörigen Dänemarks bis zum 1. Jänner 1918 und zu Gunsten der Angehörigen Norwegens bis zum 31. Dezember 1917 weiter verlängert sind.

Homann m. p.

307.

Gesetz vom 24. Juli 1917,

mit welchem die Regierung ermächtigt wird, aus Anlaß der durch den Kriegszustand verursachten außerordentlichen Verhältnisse die notwendigen Verfügungen auf wirtschaftlichem Gebiete zu treffen.

Mit Zustimmung der beiden Häuser des Reichsrates finde Ich anzuordnen, wie folgt:

§ 1.

Die Regierung wird ermächtigt, während der Dauer der durch den Krieg hervorgerufenen außer-

Das war das Kriegswirtschaftliche Ermächtigungsgesetz

Gesetz vom 24. Juli 1917

mit welchem die Regierung ermächtigt wird, aus Anlaß der durch den Kriegszustand verursachten außerordentlichen Verhältnisse die notwendigen Verfügungen auf wirtschaftlichem Gebiet zu treffen.

Mit Zustimmung der beiden Häuser des Reichrates finde Ich anzuordnen wie folgt:

§ 1. Die Regierung wird ermächtigt, während der Dauer der durch den Krieg hervorgerufenen außerordentlichen Verhältnisse durch Verordnung die notwendigen Verfügungen zur Förderung und Wiederaufrichtung des wirtschaftlichen Lebens, zur Abwehr wirtschaftlicher Schädigungen und zur Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln und anderen Bedarfsgegenständen zu treffen.

Zur Mitwirkung bei der Durchführung der auf Grund dieses Gesetzes ergriffenen Maßnahmen können auch Gemeinden herangezogen werden.

§ 2. In den zu erlassenden Verordnungen können für Übertretungen Geldstrafen bis zu 20.000 Kronen, Arreststrafen bis zu sechs Monaten, der Verfall von Gegenständen, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, und der Verlust von Gewerbeberechtigungen festgesetzt werden, und zwar auch derart, daß diese Strafen nebeneinander verhängt werden können. Die Bestrafung steht den politischen Behörden zu.

§ 3. Die Regierung ist verpflichtet, die auf Grund der Kaiserlichen Verordnung vom 10. Oktober 1914, RGBl. Nr. 274, erlassenen Verordnungen dem Reichsrat vorzulegen und über sein Verlangen außer Wirksamkeit zu setzen. Das gleiche gilt für die auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Verordnungen, welche dem Reichsrat, falls er versammelt ist, spätestens am Ende jedes Kalendervierteljahres, sonst bei seinem Zusammentritt, vorzulegen sind.

§ 4. Dieses Gesetz tritt mit dem Tage seiner Kundmachung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Kaiserliche Verordnung vom 10. Oktober 1914, RGBl. Nr. 274, außer Wirksamkeit*.

§ 5. Die auf Grund dieses Gesetzes oder der Kaiserlichen Verordnung vom 10. Oktober 1914, RGBl. Nr. 274, erlassenen Verordnungen bleiben, soweit sie nicht zeitlich begrenzt sind, so lange in Kraft, als sie nicht durch neue, auf Grund dieses Gesetzes oder auf Grund einer anderen gesetzlichen Ermächtigung erlassene Verordnungen oder auf Verlangen des Reichsrates nach § 3 dieses Gesetzes abgeändert oder außer Wirksamkeit gesetzt werden.

Auch sind die auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Verordnungen außer Wirksamkeit zu setzen, wenn sie dem Reichsrat zu dem im § 3 dieses Gesetzes bezeichneten Termin nicht vorgelegt werden.

§ 6. Mit dem Vollzug dieses Gesetzes sind die beteiligten Minister betraut.

Reichenau, am 24. Juli 1917.

Karl m. p.

Seidler m. p., Toggenburg m. p., Mataja m. p., Schauer m. p., Ertl m. p., Czapp m. p., Höfer m. p., Cwiklinski m. p., Banhans m. p., Homann m. p., Wimmer m. p., Twardowski m. p.

---

* Die §-14-Verordnung außer Kraft zu setzen, war der unmittelbare Anlaß für dieses Gesetz.

Ruf der Freiheit

11. Feber 1934 — *Wochenschrift für österreichische Politik* — 10 Groschen

Staatsstreichpläne in Wien und Innsbruck.

Der Bürgerkrieg unmittelbar vor dem Ausbruch.

Ein Schritt des englischen und französischen Gesandten bei Dollfuß.

Oesterreich ist in den letzten Tagen hart an der Katastrophe des Bürgerkrieges vorbeigegangen. Ein Staatsstreich drohte in Wien und in Innsbruck, drohte einer ahnungslosen Bevölkerung, deren Presse unterdrückt, deren Wort geknebelt und die darum unvermögend ist, die Gefahren zu alarmieren.

Wir aber, die wir frei sprechen könnten, wollen die fünf kritischen Tage vom 1. bis 5. Februar darstellen, jene fünf Tage, da jeder Abend voll Ungewißheit war, ob der Morgen nicht das Entsetzen des Bürgerkrieges entfeßle.

Feys Vorbereitung des Staatsstreichs.

Just an dem Tage, da sich in Frankreich der Sturz der Regierung Chautemps ankündigte, am 27. Jänner, alarmierte Fey die Welt mit der Erklärung, daß „die Zeit der Entscheidung wirklich heranrückt". Dieser Alarmruf des Vizekanzlers wurde sofort von den Heimwehrführern aufgenommen, man redete dem Volk ein, daß die Nazi am 30. Jänner einen Putsch unternehmen würden, Oesterreich und die Welt wurden in eine Panikstimmung gehetzt.

Heute weiß man, daß Fey und Dollfuß diese Panikstimmung planmäßig erzeugt hatten, nicht weil ein Putsch der Nazi drohte, sondern weil sie selbst einen Putsch gegen die Verfassung vorhatten und diese Stimmung ihnen nur den Vorwand schaffen sollte, für das Aufgebot der Heimwehr, mit dem sie den Staatsstreich unternehmen wollten. Unter dem Vorwand des Naziputsches also wurden die Heimwehren in allen Städten und Ortschaften zusammengezogen, bewaffnet — Oesterreich glich einem vom Feinde besetzten Land.

Der geplante Staatsstreich gegen Wien.

Der 30. Jänner verlief ruhig — so ruhig es in Oesterreich seit dem Walten der „Autoritätsregierung" eben zugeht.

Aber am 1. Februar wurde bekannt, daß Dollfuß für den 3. Februar die Besetzung des Wiener Rathauses und die Einsetzung eines Regierungskommissärs plant.

Am Tag zuvor, also am 3. Jänner erließ der Bundeskanzler einen Aufruf, in dem er neuerdings auf die Putschgefahr der Nazi hinwies und unter diesem Vorwand die Enthebung der verfassungsmäßigen Sicherheitsorgane der Länder und Gemeinden und ihre Ersetzung durch Organe des Herrn Fey anordnete.

Am nächsten Tag, am 1. Februar, kam es zu jener „Revolte" der Tiroler Heimwehr, die im Wege des Staatsstreiches die Landesverfassung aufheben und den Faschismus von Tirol aus in ganz Oesterreich aufrollen sollte.

Die Etappen des Staatsstreiches.

Der Plan der Herren Dollfuß und Fey war also dieser:

1. Die Bevölkerung in die Panikstimmung versetzen, daß am 30. Jänner die Nazi losschlagen würden.

2. Die Panikstimmung zum Vorwand für die Zusammenziehung und Bewaffnung der Heimwehr auszunützen.

3. Die aufgebotene und bewaffnete Heimwehr zunächst in Tirol „revoltieren", durch sie dort den Staatsstreich unternehmen zu lassen, den Landtag auseinanderzujagen, die verfassungsmäßige Landesregierung abzusetzen und die Macht im Lande in den Händen der Heimwehr zu konzentrieren.

4. Nachdem dieser Staatsstreich in Tirol sich vollzogen, sollte sich diese „Volksbewegung" „unwiderstehlich" von Land zu Land bis nach Wien wälzen.

5. Gleichzeitig sollte aber in Wien der Schlag gegen das Rathaus geführt, das Rathaus besetzt und die verfassungsmäßige Wiener Regierung verjagt werden.

Das jesuitische Manöver gegen Frankreich.

Es erhebt sich die Frage, warum gerade die Zeitspanne vom 27. Jänner bis 5. Februar vom Herrn Dollfuß für den Staatsstreich gewählt wurde.

Dieses Rätsel löste blitzartig ein Telegramm des „Prager Tagblatt" vom 3. Februar. Aus diesem Telegramm erfuhr die staunende Welt, was in Wahrheit den Anstoß zu dem Staatsstreich der Herren Dollfuß und Fey gegeben hat.

Am 26. Jänner wurde bekannt, daß der Sturz der Regierung Chautemps unmittelbar bevorstünde.

An diesem Tage faßten Dollfuß und Fey den Plan, die französische Regierungskrise zum Staatsstreich in Oesterreich auszunützen.

Am nächsten Tag hielt Fey die alarmierende Rede, am Tage darauf erfolgte das Heimwehraufgebot, zwei Tage später kam der Aufruf des Dollfuß' und die Absetzung der autonomen Sicherheitsorgane und am Tag darauf die „Revolte" in Tirol.

Der Herr Dollfuß war, wie man eben aus dem Telegramm des „Prager Tagblatt" erfuhr, gegenüber Paul Boncour, dem Außenminister der Regierung Chautemps, die Verpflichtung eingegangen, „keine ent-

Einzelpreis 10 g

Extraausgabe des

Arbeiterwille

Organ des arbeitenden Volkes für Steiermark und Kärnten

Nummer 41 | Graz, Montag, 12. Februar 1934 | 45. Jahrgang

Alarm! Alles heraus zum Endkampf gegen den Faschismus!

Generalstreik in ganz Oesterreich ausgerufen!

Heute früh sollte im Parteihaus in Linz eine Hausdurchsuchung stattfinden. Die Linzer Arbeiter aber ließen sich nicht wehrlos dem Faschismus ausliefern und verteidigten das Parteiheim mit Waffengewalt. Zum Sturm gegen das Parteiheim wurde Bundesheer eingesetzt, gegen das sich die Linzer Schutzbündler heldenmütig wehrten. In Oberösterreich ist spontan der Generalstreik ausgebrochen, daraufhin haben Partei und Gewerkschaften den Generalstreik in ganz Oesterreich proklamiert.

Arbeiter! Angestellte! Republikaner! Sozialisten!

Nun gilt es den Endkampf gegen Dollfuß und seine Faschisten! Den Endkampf gegen Kapitalismus, Wirtschaftsnot und Bedrückung aufzunehmen und zum Siege zu führen.

Der Kampf wird von der Arbeiterklasse mit allen Mitteln und aller Entschlossenheit geführt! Jeder stelle seinen Mann! Jeder gebe sein Letztes her!

Es lebe der Sozialismus! Es lebe die um ihre Freiheitsrechte kämpfende Arbeiterschaft!

Der Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei Oesterreichs!
Der Bundesvorstand der freien Gewerkschaften!

An das Volk von Österreich!

Eine jeder Verantwortung bare Führung **der sozialdemokratischen Partei** hat den Versuch unternommen, sich mit Waffengewalt gegen die staatlichen Behörden aufzulehnen, außerdem einen Generalstreik anzuzetteln und den verbotenen Republikanischen Schutzbund zu mobilisieren. Dieser verbrecherische Angriff auf die Organe der Staatsautorität hat bereits **Blutopfer** gefordert.

In Wahrung der ihr obliegenden Pflicht ist die Bundesregierung diesem Unternehmen sofort mit voller Energie entgegengetreten. Abgesehen von mehreren schweren Zusammenstößen in vereinzelten Orten **herrscht im Bundesgebiete Ruhe.**

Die Bundesregierung richtet noch einmal an die irregeleiteten Elemente die ernste Aufforderung, von diesem wahnsinnigen Beginnen abzulassen und in Ruhe ihre Arbeit wieder aufzunehmen.

Wer mit Waffen in der Hand gegen die legale Ordnungsgewalt Stellung nimmt, fällt unter die Bestimmungen des auf Aufruhr erweiterten Standrechtes.

Die Bevölkerung Österreichs hat volle Ruhe und Besonnenheit bewahrt. Die Bundesregierung richtet an sie die Bitte, Gerüchten kein Ohr zu leihen. **Die Regierung ist Herrin der Lage und wird mit den von ihr aufgebotenen Machtmitteln des Staates den sozialistisch-kommunistischen Umsturzversuchen ein rasches und radikales Ende bereiten.**

Maßgebende Führer der Bewegung sind bereits verhaftet und alle Vorbereitungen getroffen, um die übrigen Urheber dieses verbrecherischen Attentats zur Rechenschaft zu ziehen.

Um in der **Gemeinde Wien** Ordnung zu machen, hat die Bundesregierung den Bundesminister **Schmitz als Bundeskommissär eingesetzt.**

Österreichs Volk, das in den letzten Jahren schwere Opfer für den **Wiederaufbau** seines Landes gebracht hat, wird dieses erfolgreiche Werk der Bundesregierung **um keinen Preis von staatsfeindlichen Elementen stören lassen.**

Österreicher! Männer und Frauen!

In einer entscheidenden Stunde rufen wir Euch auf. In einer Stunde, in der wir im härtesten Kampfe um die Freiheit unseres Vaterlandes stehen, haben sich sozialistisch-kommunistische Verbrecher gegen die staatliche Autorität erhoben, Blutvergießen verschuldet und mit einem Generalstreik die Wirtschaft bedroht. Die Bundesregierung ist des Erfolges gewiß. Der Erfolg wird um so rascher eintreten, je mehr die vaterländische Bevölkerung durch Ruhe und Beruhigung uns die Erfüllung einer harten Pflicht erleichtert.

Österreich über alles!

Die Bundesregierung.

Mr. Earle, der amerikanische Gesandte in Wien, wird von der demokratischen Partei in Pennsylvanien für die Gouverneurstelle aufgestellt.

Der Abend

Zehn Groschen

Wien 10 Groschen
Außerhalb 12 Groschen
Trafikbezug S. 2.50
Post Inland monatlich S. 2.75
Fernruf: A-23-5-25
Drahtanschrift: Wienerabend
Leitung und Verlag Wien IX/, Universitätsstraße 6–8

Nr. 37 A | Wien, Mittwoch, 14. Februar 1934 | 20. Jahrgang

Durchschlagender Erfolg der Sicherheits-Exekutive

Von maßgebender Regierungsseite wird heute vormittag 10 Uhr folgende Darstellung der Situation mitgeteilt:

Der zähen und unermüdlichen Tätigkeit der Sicherheitsexekutive des Bundesheeres und des Heimatschutzes unter Oberleitung des Vizekanzlers Major Fey ist es gelungen, einen durchschlagenden Erfolg zu erringen.

Die letzten Positionen des Schutzbundes sind gefallen. Es sind überall die weißen Fahnen gehißt.

In Steiermark befindet sich der Schutzbund fluchtartig auf dem Rückzug. Abg. Koloman Wallisch ist verschwunden.

Die Situation in Floridsdorf

Die Amtlichen Nachrichten melden:

Das Floridsdorfer Arbeiterheim wurde nach schwerer Artillerievorbereitung gestürmt, ebenso der Floridsdorfer Nordbahnhof. Die Gartenstadt, die schwer beschossen wurde, hat weiße Fahnen gehißt.

Aus Jedlersdorf sind Abteilungen der Gendarmerie und des Bundesheeres im Anmarsch. Ebenso hat der Heimatschutz, der beim Umspannungswerk in Floridsdorf eine äußerst gefährdete Position innehatte, seinen Vormarsch gegen den Gemeindehäuserkomplex aufgenommen.

Die Lage in Bruck a. d. Mur

Graz, 14. Februar. (Amtl. Nachr.)

Koloman Wallisch hat sich mit vierhundert Mann vom Republikanischen Schutzbund, die mit drei Maschinengewehren und Handgranaten gut ausgerüstet waren, in die Wälder der Umgebung von Bruck a. d. Mur zurückgezogen. Dort ist es unter den Schutzbündlern zu einer Auseinandersetzung gekommen, in deren Verlauf Wallisch erklärte, man habe Bruck verlassen müssen, weil die Situation für den Schutzbund angesichts der eingesetzten Exekutivkräfte unhaltbar geworden sei. Ein Großteil dieser 400 Mann hat daraufhin die Gewehre weggeworfen und Koloman Wallisch verlassen, nur 120 Mann haben bei ihm ausgeharrt, jedoch auch die Gewehre weggeworfen und nur die Revolver behalten. Diese Nachricht stammt von Schutzbündlern, die im Walde gewesen waren.

Nach Wallisch und dem Rest der Schutzbündler wird zur Zeit gesucht.

In verschiedenen Orten Steiermarks sind Schutzbündler aus eigenem Antrieb bei den Gendarmerieposten erschienen und haben ihre Waffen freiwillig abgeliefert.

Aus dem Wolfsegg-Traunthaler Kohlengebiet

Die Amtliche Nachrichtenstelle meldet:

In Oberösterreich beschossen bei Thomasroith im Wolfsegg-Traunthaler Kohlengebiet einige Schutzbündler vier Wehrmänner, die einen schwerverletzten Kameraden bergen wollten, auf offenem Felde, so daß drei von ihnen fielen.

Als eine Militärabteilung in das Arbeiterheim in Thomasroith eindrang, welches eine weiße Fahne gehißt hatte, wurde sie neuerdings beschossen. Durch diese bestialische Kampfesweise auf das höchste erbittert, machten die Exekutive einige Schutzbündler an Ort und Stelle nieder.

Auch in Hinkunft werden die Exekutivorgane gezwungen sein, in derartigen Fällen zu den schärfsten Mitteln zu greifen.

Auflösung von Gemeinden

Salzburg, 14. Februar.

Die Landesregierung hat die Gemeindevertretungen der Stadtgemeinde Hallein, der Marktgemeinden Bischofshofen, Saalfelden am Steinernen Meer und Schwarzach im Pongau, Gnigl am Land, Mazglan und Mühlbach am Hochkönig aufgelöst und mit der Führung der Gemeindegeschäfte Regierungskommissäre betraut.

Volle Arbeit im Gas- und E-Werk

Heute ist die gesamte Belegschaft in den Elektrizitätswerken Simmering und Engerthstraße und in den Unterstationen erschienen.

Alle Wiener Fabriken sind wieder mit Strom versorgt und abends werden in allen Wiener Straßen die Lichter aufflammen.

Bereits gestern war ein Teil der Arbeiter an den Arbeitsplätzen, so daß in den meisten Straßen die Lichter brannten.

Auch im Gaswerk wird gearbeitet

Aehnlich liegt die Situation im Gaswerk. Auch in den Gaswerken wird voll gearbeitet.

Die Teilstreiks, die gestern und vorgestern ausgebrochen waren, sind nunmehr beendet.

Standgerichtsverfahren gegen zehn Angeklagte

Heute, nach 9 Uhr morgens, begann vor dem Straflandesgerichte 2 der erste Standgerichtsprozeß. Unter Vorsitz des OLGR. Dr. Anton Kreuzhuber trat der Senat des Standgerichtes, bestehend aus den OLGR. Karl Hofbauer, Erwin Wildegg und Karl Pollak zusammen, vor dem sich zehn unter der Anklage des Aufruhrs stehende Mitglieder des Sozialdemokratischen Schutzbundes im Sinne des Standrechtsverfahrens zu verantworten haben werden.

Im Laufe der ersten Vormittagsstunden wurden die mit dem für das Standgerichtsverfahren geltenden besonderen militärischen Schutzvorkehrungen im Gerichtshause auf dem Hernalser Gürtel getroffen. Eine Halbkompagnie des Bundesheeres wurde zur Assistenz herangezogen. Die Verhandlung selbst findet im sogenannten Kapellensaal, im Saal F, innerhalb der Sperre statt.

Zu Beginn der Sitzung können zunächst nur acht Angeklagte dem Gericht vorgeführt werden. Es sind dies: Der 23jährige Dreher Erwin Stengl, der 24jährige Wagnergehilfe Franz Kasteiner, der 24jährige Hilfsarbeiter Johann Scheifele, ein Ausländer, der 30jährige Maschinenschlosser Albert Wawra, der 18jährige Kunstschlosser Josef Sinavell, der 23jährige Vergolder Martin Friedl, der 21jährige Färber Franz Mikusch, dann der 18jährige Maschinenschlosser Franz Maurek.

Fast sämtliche Angeklagte sind arbeitslos und erklären, nicht bescholten zu sein.

Als Ankläger fungiert der Chef der Staatsanwaltschaft beim Landesgericht II, Hofrat Dr. Wachsmann. Als Verteidiger fungieren Dr. Phöbus Breier, Dr. Fritz Flandrak und Dr. Hans Anton Kraus.

Der Vorsitzende eröffnet gegen Viertel 10 Uhr die Verhandlung, die Angeklagten werden hereingeführt. Nach Abnahme der Generalien der anwesenden acht Beschuldigten stellt OLGR. Dr. Kreuzhuber fest, daß zwei von den Beschuldigten, Karl Münichreiter und Josef Lanz, die im Inquisitenspital des Landesgerichtes I eingeliefert worden sind, noch nicht überstellt worden sind, so daß der Vorsitzende die Verhandlung bis zur Vorführung dieser Beschuldigten unterbricht.

Das wichtigste Problem

In Wien haben Straßenbahn und Stadtbahn heute früh den Verkehr wieder aufgenommen. Das ist das sichtbare äußere Zeichen dafür, daß die in den letzten Tagen so schwer beunruhigte Stadt dem normalen Leben wiedergegeben ist. Die Regierung ist Herrin der Situation. Auch die Nachrichten, die aus allen Bundesländern vorliegen, zeigen, daß auch dort jede Möglichkeit schwerer Ordnungsstörungen beseitigt ist. Aus allen vorliegenden Berichten geht hervor, daß die letzte Phase des Versuches des Widerstandes gegen die Exekutive vor dem völligen Abschluß steht.

Das liegt nicht nur im Interesse eines geordneten Innenlebens, sondern vor allem im Interesse der großen internationalen außenpolitischen Aktion, welche Bundeskanzler Dollfuß für die Erhaltung eines selbständigen und unabhängigen Oesterreichs seit Monaten führt.

Man kann es nicht genug oft und nicht genug nachdrücklich wiederholen, daß der Kampf für ein selbständiges und unabhängiges Oesterreich allen anderen Problemen vorangehen muß, weil er den Schlußpunkt für die Lösung aller Probleme bildet. Ohne die Unabhängigkeit Oesterreichs gibt es überhaupt keine Möglichkeiten.

An dieser Erkenntnis vorüberzugehen, muß sich an jedem rächen. Kein Staatsbürger, der in einem unabhängigen Land ein würdiges Leben führen will, kann sich dieser Erkenntnis verschließen.

Nur vollständige Ruhe im Innern ist die Grundlage der heute einzig möglichen Außenpolitik für die Erhaltung der Unabhängigkeit unseres Landes, die um so mehr Erfolg verspricht, als dabei ganz Europa hinter uns steht.

Arbeiter!

Am gestrigen Abend erschien beim Staatssekretär für Sicherheitswesen Karwinsky der frühere Führer des aufgelösten Republikanischen Schutzbundes Eduard Korbel und gab folgende

Erklärung

ab:

Ich Endesgefertigter **Eduard Korbel**, bisheriger **Kreisführer** des aufgelösten **republikanischen Schutzbundes**, erkläre, daß ich soeben **meinen Austritt** aus der **Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Österreichs** vollzogen habe, daß ich die Gewaltmethoden der bisherigen Führer der Partei, die **so viel Unheil über die Arbeiterschaft** gebracht haben, und die, nachdem sie uns **zum Kampf aufgerufen hatten**, uns **im Stiche gelassen haben**, auf das Schärfste verurteile.

Ich erkläre die **bedingungslose Übergabe** meines Kreises, welcher die **Gemeindebezirke 6, 7, 13, 14, 15 und 16** umfaßt, und werde an alle ehemaligen Schutzbundangehörigen dieses Kreises den Auftrag geben, **jede Gewalttätigkeit** und jede Stellungnahme **gegen die staatlichen Organe** zu **unterlassen** und die **Waffen** der Sicherheitsbehörde sofort **abzuliefern.**

Ich **bitte um Milde** für meine Leute, die sich im blinden Vertrauen auf die Parteiführer zu den beklagenswerten Ausschreitungen der letzten Tage verleiten ließen.

Eduard Korbel.

Eigentümer: Vaterländische Front, Wien, I., Am Hof 4. — Herausgeber und Verleger: Dr. Otto Kemptner; für den Inhalt verantwortlich: Dr. Ferdinand Krawiec, beide Wien, I., Am Hof 4. — Druck: Paul Gerin, Wien, II., Zirkusgasse 13.

TELEGRAF

10 Groschen-Nachtausgabe

Preis 10 g
Provinz 12 g

Samstag, 17. Februar 1934 Nr. 40 / Jahrgang 3

Entgeltliche Mitteilungen sind durch ein E gekennzeichnet.

Fernsprecher A-23-5-2

Morauf zum Tod verurteilt

Wie wir bereits in der ersten Ausgabe des „Telegraf am Mittag" berichteten, trat heute vormittag im Straflandesgericht 1 unter Vorsitz des OLGR. Dr. Fryda ein Standgerichtssenat gegen den 21jährigen Spenglergehilfen Jakob Morauf zusammen. Dem Senat gehören die Oberlandesgerichtsräte Veprek, Dr. Neumann und LGR. Dr. Brigg an. Der von Amts wegen bestellte Verteidiger ist Dr. Lucian Dauber.

Der Angeklagte bestreitet, sich im Sinne der Anklage schuldig gemacht zu haben. Er gibt zu, daß er sich eine Waffe aushändigen ließ, aber er habe nicht geschossen.

Hierauf wird als Zeuge der Polizeikommissär Dr. Alfons Fellner von der Wirtschaftspolizei, der die Einvernahme durchgeführt hat, verhört. Derselbe gibt an, daß die Angaben, die im Polizeiprotokoll stehen, tatsächlich in dieser Weise von Morauf gemacht worden sind.

Hierauf werden die beiden Handschuhe vorgelegt, die der Angeklagte getragen

Rasiere Dich besser! Nimm

SWING

hatte. Der Vorsitzende untersucht die Handschuhe und sagt hierauf: Ich sehe nur, daß an diesen Handschuhen kein Teer ist, daß sie vielmehr nach Oel riechen. Es ist lächerlich zu behaupten, daß dies Teer sei. Der Angeklagte bleibt jedoch bei seiner Behauptung, daß er die Handschuhe von einem Teerarbeiter erhalten habe.

Als nächster Zeuge wird der Oberwachmann Johann Steinbrecher vernommen, der in der Quellenstraße Dienst gemacht hat. Als er bemerkte, daß in den Gemeindehäusern das eiserne Tor geschlossen wurde, habe er gerufen: **Halt**, die Tore bleiben offen.

Es sei sodann zugleich von zwei Seiten auf die Polizei geschossen worden, die den Rückzug antreten mußte, da auch mit Handgranaten geworfen wurde. Ein 70 Jahre alter Mann habe nach etwa 3 Uhr in das Haus hineingehen wollen, sei jedoch ebenfalls beschossen und getroffen worden.

Der Zeuge berichtet sodann, daß ein Panzerauto der Polizei um die Objekte herumgefahren und beschossen worden sei. Die Uebergabe durch den Kommandanten Spanner sei erst am Mittwoch erfolgt. Bis dahin konnte ein Angriff nicht mehr unternommen werden, da die Schutzbündler jeden, der sich dem Hause näherte, beschossen, und zwar auch mit Maschinengewehren.

Der Vorsitzende und der Staatsanwalt halten dem Angeklagten vor, daß nunmehr durch diese Zeugenaussage einwandfrei festgestellt sei, daß ein Panzerauto in Aktion trat und mit Maschinengewehren beschossen wurde. Seine frühere Aussage, daß er nur unter Zwang bei der Polizei von dem Panzerauto

und seiner Beschießung gesprochen habe, könne also nicht aufrechterhalten werden. Es handle sich also sichtlich um kein Phantasiegebilde, sondern es stelle sich heraus, daß seine Aussage bei der Polizei vollkommen richtig ist.

Staatsanw.: Sie sehen noch immer nicht ein, daß Sie unserer Leichtgläubigkeit schon untragbare Lasten auferlegen?

Das Urteil

Nach Schluß des Beweisverfahrens verurteilte das Standgericht Wien 1 um 14.40 Uhr den Angeklagten Jakob Morauf wegen des Verbrechens des Aufruhrs zum Tode durch den Strang.

Kammersekretär Stanek zum Tod verurteilt

Graz, 17. Februar. (Amtl. Nachr.)

Nach der Anklagerede des Staatsanwalt und den Reden der zwei Verteidiger zog sich der Gerichtshof zurück und erschien um 12.30 Uhr wieder im Saal.

Der Vorsitzende verkündete, daß der Angeklagte Kammersekretär Stanek zum Tode durch den Strang, der zweite Angeklagte Mörth zu fünfzehn Jahren schweren Kerkers verurteilt wurde.

Kaufe Bruchgold
Zahle per Gramm S 3.– bis S 5.–
Goldarbeiter, VIII, Kochgasse 19, Tel. B-40-7-68

Zweites Standgericht in Graz

Graz, 17. Februar. (Amtl. Nachr.)

Beim Grazer Straflandesgericht trat ein zweiter Standgerichtssenat zusammen, um gegen sechs Personen zu verhandeln, die aus der Gruppe des flüchtigen sozialdemokratischen Führers Koloman Wallisch im Raum Laufnitzdorf — Hinter-Laufnitz nordwestlich von Frohnleiten von der Exekutive gefangengenommen wurden. Die Anklage lautet auf Verbrechen des Aufruhrs.

Es sind folgende Personen angeklagt: Der Straßenmeister des Bezirksausschusses Bruck a. d. Mur Franz Hauk, der 18jährige Maurer Viktor Perner aus Bruck, der 27jährige Schmied Franz Silly aus Bricht bei Bruck, der 35jährige Krankenkassenangestellte Ludwig Beck aus Bruck, der 42jährige arbeitslose Hilfsarbeiter Johann Bucher aus Frohnleiten und der 36jährige Hilfsarbeiter Urban Fluch aus Kapfenberg.

Regi
M
tieren
ständi
drittelmel
lich wär
Verabsc
kanzler
Vat
dat

ö
da
ti
N
stä
st

Vor
tritt
Mei
wei

B

Dopp
enger.
wo er
nahm
des
ber,
Brich
aller W
heute
führen.

Wie
einen
kam
gesu
Ehepa

Es
mit
ist,
mir
der
en

Ei
mittelt
wieder
über
werde

Devi
Do

Als d
maligen
Oskar
lizei in
durchsuch na

KUNDMACHUNG

über die

Verhängung

des

Standrechtes

für das ganze Bundesgebiet wegen

Verbrechens nach § 4 des Sprengstoffgesetzes

vom 27. Mai 1885 Nr 134 R.G.Bl. und wegen des

Verbrechens der öffentlichen Gewalttätigkeit durch boshafte Handlungen

oder **Unterlassungen** unter besonders gefährlichen Verhältnissen oder durch

boshafte Beschädigungen oder Störungen am Staatstelegraphen

(§ 87 u. 89 des Strafgesetzes).

Der Bundeskanzler hat im Einvernehmen mit dem mit der Leitung des Bundesministeriums für Justiz betrauten Bundesminister für Unterricht gem. § 430 — Strafprozessordnung — das

Standrechtliche Verfahren

in den Fällen des Verbrechens nach § 4 des Sprengstoffgesetzes vom 27. 5. 1885 Nr. 134 R.G.Bl. und der Verbrechen der öffentlichen Gewalttätigkeit durch boshafte Handlungen oder Unterlassungen unter besonders gefährlichen Verhältnissen oder durch boshafte Beschädigungen oder Störungen am Staatstelegraphen (§ 87 und 89 des Strafgesetzes) für das ganze Bundesgebiet angeordnet.

Dies wird mit dem Beifügen kundgemacht, dass sich jedermann dieser Verbrechen, aller Aufreizung hiezu und aller Teilnahme daran zu enthalten hat, widrigenfalls jeder, der sich nach dieser Kundmachung eines der angeführten Verbrechen schuldig macht, standrechtlich gerichtet und mit dem Tode bestraft würde.

Dies wird hiemit zur allgemeinen Kenntnis gebracht.

Wien, am 26. Mai 1934.

Die Bundesregierung.

Hesse & Oestreicher, Eisenstadt

Zwei erbärmliche Schufte

sind die ehemaligen Funktionäre des Metallarbeiterverbandes

Alois Bauer und Franz Kogler

sie sollen fortan in einer Reihe gezählt werden mit den Korbel und Zeinitzer und der Handvoll anderer Schurken, die in den Tagen der Not die Arbeiter an ihre Feinde verraten haben.

Der Metallarbeiterverband hat wie die anderen Gewerkschaften, als die faschistische Welle immer höher anschwoll, einen Teil des Gewerkschaftsvermögens ins Ausland gebracht, um es dem Zugriff der faschistischen Räuber zu entziehen. Die Wut der Banditen, als sie bei dem Einbruch die leeren Kassen fanden, war ungeheuer, denn wichtiger noch als die Rache an den tausenden Genossen, die sie in die Kerker warfen, war ihnen das Geld. Sie setzten auch alles in Bewegung, um des Vermögens wieder habhaft zu werden, aber ihre Bemühungen waren vergeblich in allen Fällen, in denen die Vertrauensmänner, die über die in Sicherheit gebrachten Gelder zu verfügen haben, gegenüber allen Drohungen und Verlockungen fest blieben.

Alois Bauer und Franz Kogler aber fielen um und so kann die Einbrecherregierung jetzt triumphierend berichten, daß es ihr gelungen ist, rund fünf Millionen Schilling Vermögen des Metallarbeiterverbandes aus der Schweiz nach Österreich zurückzubringen.

Der von den Banditen genannte Betrag ist wohl übertrieben, aber im Wesen ist ihre Behauptung richtig; den Räubern ist der fette Fischzug geglückt und verholfen haben ihnen dazu Bauer und Kogler.

Die beiden Judasse fuhren in Begleitung von Kiewerern in die Schweiz, hoben bei der Bank in Zürich das Geld ab und fuhren damit nach Österreich zurück, um es den Räubern auszuliefern. Keine Gewalt hätte sie dazu zwingen können, sie wären in dem Augenblick, als sie Schweizer Boden betraten, frei gewesen und hätten den Kiewerern eine Nase drehen können, — aber freiwillig brachten sie die Diebsbeute nach Wien.

Die Banditenregierung hat sich dafür ihren Diebshelfern erkenntlich gezeigt und das gegen sie laufende Strafverfahren niedergeschlagen. Und es ist wohl selbstverständlich, daß die beiden Schurken ihren Judaslohn in klingender Münze erhalten haben.

Auch wir werden ihnen ihre Schurkerei heimzahlen!

Sie werden nicht wagen dürfen, jemals wieder einem ehrlichen Arbeiter vor die Augen zu treten, ohne daß er sie anspuckt. Die zwei fetten Bonzen haben nur eine Gesinnung gehabt, als es sich davon gut leben ließ, aber sie erwiesen sich als niederträchtig feig und gewissenlos in der Stunde der Not. Um ihr armseliges Spießerdasein zu sichern, scheuten sie vor dem erbärmlichsten Verrat nicht zurück.

Sie werden der Strafe nicht entgehen! Sie sind verachtet und geächtet. Und wenn wir wiederkommen als Rächer und Sieger — auch für die Verräter vom Schlage der Alois Bauer und Franz Kogler gibt es keinen Pardon!

Zentralkomitee der revolutionären Sozialisten.

Bundesleitung der V. F.
D.-O.-Org.-Leitung.

Bundesbefehl Nr. 11.

Wien, am 11. Juni 1934.

Der Regierung Dr. Dollfuß und damit der ganzen vaterlandstreuen Bevölkerung Österreichs ist ein von auswärts geuährter Kampf aufgezwungen worden. Er hat Formeu angenommen, die nicht nur Ruhe und Ordnung ernstlich bedrohen, sondern auch den wirtschaftlichen Bestand unseres Landes auf das Schwerste gefährden. In allerletzter Zeit scheuen verblendete Vaterlandsverräter vor keinem Anschlag, vor keinem Verbrechen zurück, in der offenbaren Absicht, den wirtschaftlichen Zusammenbruch Österreichs herbeizuführen.

Angesichts dieses Kampfes um Sein oder Nichtsein hat die Regierung außerordentliche Maßnahmen in Vollzug gesetzt. Die Ausrottung des Verbrechertums mit den schärfsten Mitteln ist im Gange.

Mitglieder der V. F.! Öffentliche Angestellte!

Die Stunde ist ernst. Jetzt heißt es voll und ganz für Freiheit und Unabhängigkeit unseres Vaterlandes einzutreten und sich rückhaltlos zum Staate zu bekennen. Die Abwehrfront muß geschlossen werden.

Um den Willen, die Stärke und Entschlossenheit der V. F. öffentlich znm Ausdruck zu bringen, ordne ich an:

Das Abzeichen der V. F. — rot-weiß-rot — ist bei allen Gelegenheiten zu tragen.

Für die öffentlichen Angestellten aller Kategorien wird das Tragen des Abzeichens — in und außer Dienst — zur Pflicht gemacht. Wer diese verletzt, muß der daraus entstehenden Folgen gewärtig sein.

Die Landesleitungen der V. F. sind mit der Überwachung und Durchführung dieses Befehles betraut.

Die Bundesfachleitungen (Fachgruppenleitungen) und Landesfachleitungen werden angewiesen, diesen Befehl allen unterstehenden Dienststellen innerhalb 3 Tage zur Verlautbarung und znm Anschlag zuzustellen.

Die Landesleitungen siud verhalten, den Befehl den Bezirksleitungen zur Verlautbarung zu übermitteln.

Erhalten alle Landesleitungeu der V. F., die Bundes- und Landesfachleitnngen in sovielen Ausfertigungen, daß die unterstehenden Stellen beteilt werden können.

Der Bundesleiter:
Dr. Stepan, e. h.

Eigentümer, Herausgeber und Verleger: Vaterländische Front; für den Inhalt verantwortlich: Dr. Ferdinand Krawice; beide Wien, I., Am Hof 4. — Druck Paul Gerin, Wien, II., Zirkusgasse 13.

Die Revolution

Kampfblatt der Revolutionären Sozialisten

Herausgegeben vom Zentralkomitee

Nr. 1 **Mitte Juni 1934** **15 g**

Genossen und Genossinnen!

Noch war in den Straßen der Lärm der Kanonen, noch waren die Schreie der Totgetroffenen, die Klage der in den Polizeigefängnissen Gemarterten nicht verhallt, noch zitterte Stadt und Land unter der Drohung der faschistischen Rache, als schon die ersten mutigen Genossen sich wieder sammelten die zerstörten Verbindungen herzustellen, die zerschlagenen Organisationen der Arbeiterbewegung neu aufzubauen. Es war ein gefährliches Beginnen und Hunderte der tapferen Kämpfer dieser Avantgarde sind seither bei ihrer Arbeit Opfer des Polizeiterrors geworden. Aber das Beginnen ist geglückt: die revolutionäre Organisation des österreichischen Proletariates ist wieder gefestigt. Es mögen sich Aengstliche zurückgezogen haben, ein paar gesinnungsschwache Renegaten abgefallen sein, es wird vielleicht noch zersprengte Gruppen geben, die ihr Eigenleben führen — aber:

die großen Massen der Arbeiter sind neu gesammelt und stehen treu zum Sozialismus. Es ist dem faschistischen Sieger nicht gelungen, die Klassenfront des österreichischen Proletariats zu durchbrechen.

Die mühevolle Arbeit des Neuaufbaues der Organisation hat uns in den ersten Wochen und Monaten vollauf beschäftigt. Millionen Stück illegaler Zeitungen, Millionen aufklärender Flugblätter haben wir verteilt, von Haus zu Haus, von Betrieb zu Betrieb sind wir gegangen, um die revolutionäre Sammlung zu vollenden. Je weiter nun aber die Festigung der Organisation fortschreitet, um so lauter wird in uns allen die Frage nach ihrem Wesen und nach ihrem Inhalt, nach dem Weg und dem Ziel! Unsere erste Reflexbewegung nach der Niederlage war, daß wir uns wieder sammeln müssen, unser erste Gedanke war Rache. Nun müssen wir aber weiter denken, müssen wir Klarheit gewinnen über die Frage: Was tun?

Schon bei unseren ersten Sammlungsversuchen im Februar ist spontan an Stelle des alten Namens „Sozialdemokratische Partei" die neue Bezeichnung „Revolutionäre Sozialisten" aufgetaucht. Das war kein Bruch mit der alten revolutionären Partei der Arbeiterklasse in Oesterreich, kein Verleugnen ihrer großen Vergangenheit und erst recht kein Abrücken von der tapferen Tat des Februar.

Mit dieser Bezeichnung sollte ausgedrückt werden, daß sich die Partei freigemacht hat von allen reformistischen und demokratischen Illusionen, sollte ein eindeutiges Bekenntnis zur Erneuerung der Arbeiterbewegung zum kompromißlosen revolutionären Kampf für den Sozialismus abgelegt werden.

Wir stehen zur alten Fahne, unter der wir im Februar gekämpft, für die Wallisch und Weisel geblutet haben, wir sind stolz auf die Friedenswerke des roten Wien, aber um vorwärts zu kommen, müssen wir strenge Kritik an der Vergangenheit üben: das neue Beginnen verlangt neue Wege.

Unser Weg.

Wie können wir in der faschistischen Diktatur den Kampf führen? Unsere stärkste Waffe kann zunächst nur in der absoluten Verneinung des Zwangsstaates bestehen. Das ist ja die Schwäche des österreichischen Faschismus im Gegensatz zu den anderen faschistischen Ländern, daß er nur eine verschwindende Minderheit des Volkes für sich hat. Darum seine angestrengte Versuche, die Arbeiterschaft zu ködern.

Der faschistische Gegner hofft, die Arbeiter in den gestohlenen Vereinen, deren Namen ihnen wohlvertraut sind, zu sam-

meln und so für sich zu gewinnen. In den gestohlenen Arbeiterblättern wird mit Hilfe von erbärmlichen Renegaten Seelenfang betrieben, täglich kann man die Arbeitermörder in Versammlungen mit verlockenden Worten um die Arbeiter werben hören.

Unsere Aufgabe ist, durch unermüdliche Aufklärung, durch Widerlegung aller Propagandalügen, durch die tägliche Entlarvung der Taten des Faschismus den Versuch zu vereiteln. Wir müssen um jeden Mann ringen, dürfen keinen dem Faschismus überlassen.

Wir lassen in der Einheitsgewerkschaft die Gelben unter sich! Wir meiden die gestohlenen Arbeiterbüchereien, wir gehen nicht in die gestohlenen Arbeiter-Kulturvereine, wir lesen nicht die gestohlenen Arbeiterblätter. Wer mit dem Faschismus paktiert, ist ein Verräter, mit dem wir nichts mehr gemein haben. Es gibt keine Versöhnung, kein Kompromiß mit den Arbeitermördern. Neun Galgen, hunderte Gräber stehen für immer zwischen uns und ihnen, eine Mauer unüberwindlichen Hasses trennt uns.

Der Boykott ist eine wirksame Waffe auch für ein entrechtetes Volk. Wird er mit genügend Entschiedenheit gegen die Monopole und Steuern des faschistischen Staates und der Gemeinden angewendet, so bedeutet das eine Schwächung der Finanzen dieser Körperschaften, trifft also den Zwangsstaat in den Lebensnerv. Auch gegen kapitalistische Unternehmungen, die die politische Reaktion zu feindseligen Handlungen gegen die Arbeiter ausnützen, ist der Boykott zu verhängen.

Ein entscheidender Teil des Kampfes ist in den Betrieben zu führen. Bald wird der frömmste gelbe Arbeiter erkennen, daß das „ständische" Experiment des Faschismus die Widersprüche der kapitalistischen Wirtschaft nicht zu lösen vermag. Für die Entlarvung des ständischen Schwindels werden schon die Unternehmer sorgen, die sich nicht genug beeilen können, den teuer erkauften Sieg ihrer Söldner zu ausgiebigen Lohnkürzungen und sonstigen Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen auszunützen. Wir werden die ernannten „Betriebsräte" zwingen, sich unserer Interessen anzunehmen. Versagen sie, dann werden wir auch in den Betrieben Mittel und Wege finden, unseren Willen durchzusetzen. Stetige Unruhe in den Betrieben wird die Folge sein und bald wird die Empörung der Arbeiter so groß sein, daß sie gegen alle faschistischen Drohungen wieder zu ihrer alten erprobten Waffe greifen: zum Streik.

Das wirtschaftliche Versagen des Faschismus muß zur Folge haben, daß sich die Zahl der Arbeitslosen weiter vermehrt. Dies umsomehr, als das Regime auf die Dauer finanziell es nicht aushalten kann, seine bewaffneten Banden zu erhalten. Heute macht der Faschismus den Arbeitslosen große Versprechungen, um so größer wird morgen die Erbitterung sein, wenn sie nicht eingehalten werden. Von entscheidender Wichtigkeit wird es daher sein, daß die revolutionäre Propaganda die Arbeitslosen erfaßt.

Kleinbürger, Kleinbauern und Intellektuelle sind heute so verschüchtert, daß sie sich widerstandslos unter das faschistische Joch beugen, vielleicht erhoffen sich manche von ihnen auch eine Verbesserung ihrer Lage durch das neue Regime. Umso größer wird ihre Enttäuschung sein, wenn sie die Auswirkungen der Herrschaft der Kapitalisten und Großgrundbesitzer zu spüren bekommen. Schließlich muß auch in diesen Schichten der Ekel vor der Pfaffenwirtschaft, vor der unverhüllten kulturellen Reaktion und der schamlosen Korruption der faschistischen Diktatur stärker wirken als ihre Verschüchterung.

Der Faschismus hat sich aus unzufriedenen Kleinbürgern, verarmten Bauern und entwurzelten Proletariern eine Söldnerarmee geschaffen. Ihre Begeisterung und ihre militärische Moral war nie groß, sie wird immer geringer werden, je knapper der Sold und je geringer die Aussicht wird, daß das Regime Posten und Pfründen geben kann. Heute schon sind in den Heimwehrkasernen und in den Arbeitsdienstlagern Meutereien an der Tagesordnung. Auch da muß unsere revolutionäre Arbeit einsetzen.

Über den Kampf gegen den uns unmittelbar gegenüberstehenden Gegner dürfen wir nicht vergessen, daß die andere Spielart des Faschismus, der Nationalsozialismus, und ebenso der Monarchismus unsere unversöhnlichen Feinde sind. Wenn manchmal in unseren Reihen die Vorstellung sich einschleicht, man könnte wenn auch nur vorübergehend und zu bestimmten Anlässen mit den Nazi gemeinsam operieren oder wenn vereinzelt der Gedanke auftaucht, eine Monarchie bedeutete gegenüber dem jetzigen Henkerregime eine Verbesserung, so muß man solchen Irrtümern scharf gegenüberstehen. Man kann den Teufel nicht mit Beelzebub austreiben: Nazi oder Monarchisten sind die gleichen brutalen Arbeiterfeinde wie das jetzt herrschende Regime.

Der Endkampf

Der Faschismus in Österreich stützt sich nur auf Kanonen und Bajonette. Er hat bloß eine verschwindende Minderheit des Volkes für sich und da er seine Herrschaft nur zugunsten einer noch schmäleren Oberschicht ausübt, muß seine Basis immer geringer werden. Das Mißtrauen und die Enttäuschung werden steigen, die Konfliktstoffe müssen immer zahlreicher werden. Die wenigen Wochen faschistischer Herrschaft über Wien mit ihren krassen antisozialen Handlungen, ihren Steuerermäßigungen für die Kapitalisten, ihren Geschenken für die Besitzenden und den unerhörten Steuererhöhungen für die breiten Schichten des arbeitenden Volkes zeigen das jetzt schon deutlich.

Unsere Aufgabe muß es sein, die Widersprüche des faschistischen Systems täglich aufzuzeigen, seine Volksfeindlichkeit zu entlarven, die Unzufriedenheit und die Enttäuschung der Massen zu revolutionären Protest zu steigern. Durch stetige Beunruhigung muß das Regime erschüttert und ausgehöhlt werden. Kann heute dieser Protest des Volkes nur durch ein grollendes Abseitsstehen und eine absolute Ablehnung des faschistischen Staates Ausdruck finden, so wird morgen die wachsende Empörung die Massen wieder auf die Straßen treiben. Die Arbeiterfeindlichkeit des unter dem Unternehmerdiktat stehenden faschistischen Zwangsstaates wird die Volksmassen mobilisieren, daß es gelingen muß, mit Massendemonstrationen wieder die Straßen zu erobern.

Aber da die Macht des Faschismus auf seinen Kanonen und Bajonetten beruht, können sie weder Proteste noch Demonstrationen brechen. Die faschistische Gewalt kann nur durch die Gewalt des Proletariats gestürzt werden. Darum ist es eine entscheidende Aufgabe, durch revolutionäre Rüstung die Wehrhaftigkeit des Proletariats wieder herzustellen und zu höchster Schlagkraft zu steigern. Technisch vollkommen ausgebildete Wehrorganisationen werden die Kader einer Weltrevolution bilden.

Das Ziel

Das Ziel des Kampfes ist der Sturz des Faschismus durch die Erhebung des Volkes. Voraussetzung ist, daß die planmäßig herbeigeführte revolutionäre Situation im Lande ausgereift und die internationale Lage günstig ist.

Mit dem Sturz des Faschismus muß die Eroberung der Staatsmacht verbunden sein. Der faschistischen Diktatur kann nur die Diktatur des Proletariats folgen, die die politischen und ökonomischen Grundlagen der kapitalistischen Gesellschaft zerstören muß, um die klassenlose, sozialistische Gesellschaft verwirklichen zu können.

Zu den ersten Aufgaben der Herrschaft des Proletariats wird die Einsetzung eines Revolutionsgerichtes gehören, das die faschistischen Verbrecher und die Verräter an der Arbeiterklasse abzuurteilen haben wird.

Unsere Organisationsform

Um den illegalen Kampf gegen die faschistische Diktatur erfolgreich führen zu können, ist eine völlige Umgestaltung der Gliederung der Organisation notwendig. Wir müssen uns von allen historischen, bisher gewohnten Formen der Organisation völlig trennen und auch da neue Wege suchen. Vorbild kann nur die bolschewikische Organisation des zaristischen Rußland und die illegale Arbeit im faschistischen Deutschland sein.

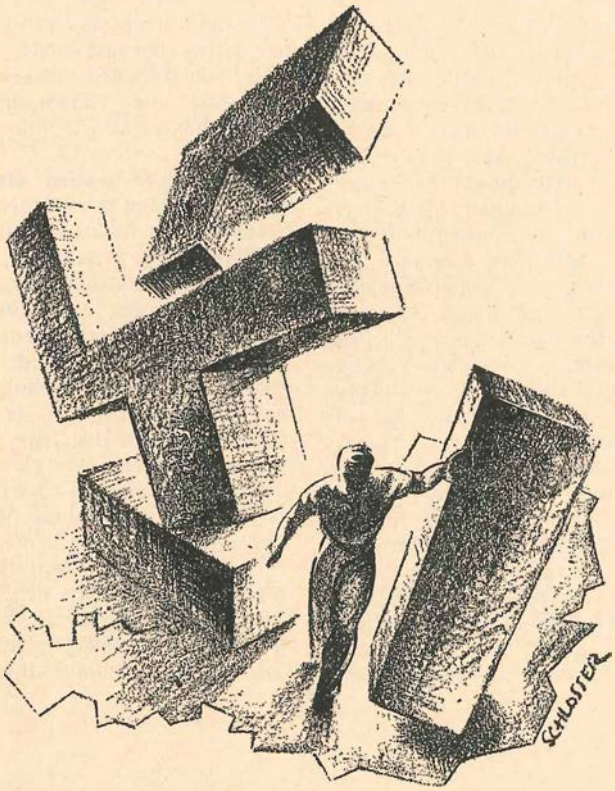
In erster Linie wird der Kampf zunächst ein revolutionärer Kern des Proletariats zu führen haben, Kämpfer, deren Mut, Verschwiegenheit und Verläßlichkeit erprobt sind. Sie werden die Vortruppe der sozialistischen Revolution sein, um die sich dann die gesamte proletarische Klasse zum Kampf scharen wird.

*

Wir setzen diese Erklärung, die als Grundlage für die politische Diskussion in unseren Reihen dienen soll, an die Spitze unseres neuen Blattes, das wir als Kampforgan gegen die Feinde der Arbeiterklasse geschaffen haben.

Zur organisatorischen Klärung stellen wir fest, daß sich die gegenwärtige Führung nur als eine provisorische betrachtet. Sie wird, sobald sich die Möglichkeit einer Konferenz ergibt, abtreten und einer gewählten Vertretung Platz machen. Diese Konferenz wird dann auch endgültig über Weg und Ziel, so wie über den Namen der Partei zu entscheiden haben.

Zentralkomitee der Revolutionären Sozialisten.



AUSTRIA WILL BE FREE

Published by "YOUNG AUSTRIA" in Great Britain 126, Westbourne Terrace, W.2.

Unsere Stellung zur Internationale.

Leidenschaftlich wird immer wieder in unseren Reihen die Frage der Zugehörigkeit zur Internationale erörtert. Zur Verständigung in unseren Reihen wollen wir an folgende Tatsachen erinnern:

Als die Gefahr des Faschismus für Oesterreich immer größer wurde, hat die sozialistische Arbeiter-Internationale praktische Hilfe geleistet und die österreichische Sozialdemokratie in ihrem Abwehrkampf tatkräftigst unterstützt. Schon beim Kongreß in Wien und zuletzt in Paris hat die SAI. zum Ausdruck gebracht, daß in allen vom Faschismus bedrohten Ländern der Kampf mit allen Mitteln zu führen sei und daß die faschistische Gewalt nur durch die Gewalt des Proletariats gebrochen werden könne.

Unmittelbar nach der blutigen Niederwerfung der Februarerhebung hat ein großzügiges Hilfswerk der international organisierten Arbeiter für die österreichischen Kämpfer eingesetzt. Ist auch die menschenfreundliche Absicht, die Kinder der Opfer aus der Katastrophe zu retten und sie in eine freiere und glücklichere Umwelt zu bringen, an der Bosheit der Henkerregierung gescheitert, so hat doch die vom I.G.B. organisierte Unterstützungsaktion durch die mehr als eine Million Schilling nach Oesterreich gekommen sind, tausenden Müttern, Frauen und Kindern der Getöteten, Verwundeten und Inhaftierten geholfen. Es wurde gesorgt, daß die verhafteten Kämpfer mit Rechtshilfe versehen werden; die Genossen, die vor den faschistischen Verfolgern aus Oesterreich flüchten mußten, fanden gastliche Aufnahme bei den Bruderparteien der benachbarten Länder. Sozialistische Abgeordnete und Anwälte aus den westlichen Ländern kamen unmittelbar nach der Katastrophe nach Oesterreich und ihrem Eintreten ist es zu danken, daß die Bestialität des Faschismus sich nicht noch mehr entfaltet hat. Die sozialistische Presse in allen Ländern hat mutig immer wieder die Wahrheit über die faschistische Barbarei gesagt und das Gewissen der Welt aufgerufen.

Andererseits muß festgestellt werden: So groß unsere Bewunderung für Sowjetrußland ist und so sehr wir mit der russischen Politik der 3. Internationale einverstanden sind, so sehr halten wir die auswärtige Politik der Komintern für verfehlt. Ein schwerer Schlag für den internationalen Sozialismus war es, als Rußland Beziehungen zum italienischen Faschismus anknüpfte und seine Vertreter den Mördern Matteottis freundschaftlich die Hände schüttelten, was ein Vandervelde mutig abgelehnt hatte. Mit Abschluß des Rapollovertrages wurden die Hamburger Barikadenkämpfe und der Kampf an der Ruhr abkommandiert. Mit den faschistischen Stahlhelm vereinigten sich die deutschen Kommunisten zum Volksbegehren gegen die sozialdemokratische Regierung in Preußen; als aber diese Regierung gestürzt wurde riefen sie erfolglos zum Generalstreik auf. Das Beschämendste aber war, daß in dem Augenblick, da Torgler, Thälmann und viele andere Tausende kommunisten und sozialistische Arbeiter von den Hitlerbestien gefoltert und gemordet wurden, Sowjetrußland als erster Staat mit dem deutschen Faschismuß einen Freundschaftsvertrag schloß.

Und das Entscheidende.

Die österreichische Sozialdemokratie, eine Partei der SAI., kämpfte im Februar gegen den Faschismus, die deutsche kommunistische Partei hingegen gab sich kampflos geschlagen. Selbst im Ruhrgebiet, in Hamburg und anderen Gebieten, wo die KP. stärker war als die SPD., rührte sich keine Hand.

Wir wissen, daß die Politik etlicher der SAI. angeschlossenen Parteien zu strenger Kritik herausfordert. Wollten wir uns aber von der SAI. trennen, bedeutete das nur eine neue Spaltung und eine neue Schwächung des Sozialismus in der ganzen Welt.

Wir aber wollen eine Stärkung und darum treten wir für eine Einigung zwischen den beiden Internationalen ein. Gleichzeitig treten wir für eine engere Zusammenarbeit mit revolutionären Arbeiterparteien jener Länder ein, die faschistisch regiert werden oder vom Faschismus bedroht sind.

Wir haben der Exekutive der SAI. eine Erklärung übermittelt, in der wir ihr die tiefe Sehnsucht der österreichischen Arbeiter nach einer internationalen Einigung der Arbeiterklasse zu Gehör gebracht haben. Wir haben gesagt, daß im Kampfe gegen die faschistische Diktatur die sozialistischen Arbeiter nichts von ihren kommunistisch organisierten Klassengenossen unterscheidet; sie haben dieselben Verfolgungen und Leiden zu ertragen und wie sie schon immer dasselbe Ziel erstrebt

haben, so gibt es auch in der faschistischen Diktatur keine Gegensätze in der Taktik des Kampfes.

Wir haben angeregt, daß zunächst von der SAI. an die dritte Internationale ein Antrag auf Abschluß eines ehrlichen Nichtangriffpaktes gestellt werde, der zumindest für die faschistischen Länder gelten soll. Darüber hinaus haben wir verlangt daß alle Bemühungen fortgesetzt werden sollen, die bestehenden Hemmungen und Nichtverständnisse, die bis jetzt eine Einigung aufgehalten haben, zu beseitigen.

Wenn auf beiden Seiten der gute Wille vorhanden ist, dann muß eine Einigung zustande kommen. Wir haben den guten Willen!

Wien unter der faschistischen Zwangsherrschaft.

Am 14. Mai wurde auf dem Freudenauer Rennplatz zum erstenmal wieder nach fünfzehnjähriger Pause ein Rennen um den Preis der Stadt Wien veranstaltet. Außer dem Bundespräsidenten war bei dem gesellschaftlichen Ereignis auch der Mann anwesend, der sich den Rang eines Bürgermeisters von Wien anmaßt, mit ihm auch der Vizebürgermeister Lahr, der als früherer Sekretär des Rennstallbesitzerverbandes seinen Freunden das Geschäft zugeschanzt hat. „Bürgermeister" Schmitz überreichte dem Besitzer des Siegers, Kommerzialrat Samuel Schönguf, den von der Gemeinde gestifteten kostbaren Pokal.

*

Am 15. Mai wurde an Stelle der gewählten Gemeindevertretung die „Bürgerschaft", die nun Wien beherrschen soll, ernannt. Von den 64 „Räten" sind fünf Vertreter der pfäffischen Gesellschaften, vier Professoren, vier hohe öffentliche Beamte, zwei Frauen, neunzehn Industriepräsidenten, Generaldirektoren und Kommerzialräte, zwei Bankdirektoren, drei Offiziere, vier Vertreter der akademischen Berufe, fünf gelbe Gewerkschaftsbeamte, drei gewerbliche Meister, sechs Angestellte und — sieben Arbeiter.

*

Am 17. Mai wurde in der ersten Sitzung der Bürgerschaft das Wirtschaftsprogramm der faschistischen Zwangsherrschaft bekanntgegeben.

Die Wohnbausteuer für Großwohnungen wird stark ermäßigt.

Die Fürsorgeabgabe, die von den Unternehmern zu leisten ist, wird mit einem geringeren Betrag pauschaliert.

Die Inseraienabgabe der Zeitungen wird herabgesetzt.

Die Nahrungs- und Genußmittelabgabe für Luxuslokale, die Hauspersonalabgabe und die Steuer auf Rennpferde wird nicht mehr eingehoben.

Dagegen wird der Mietzins in den Gemeindehäusern auf das Doppelte erhöht.

Bis jetzt hat jeder Wiener täglich kostenlos 35 Liter Wasser verbrauchen dürfen, von nun an muß eine Menge von mehr als zwanzig Liter bezahlt werden. Vom Jänner 1935 an, wird die Freiwassermenge auf 15 Liter reduziert.

Für die Abfuhr des Hauskehrichts wird von nun an eine Gebühr eingehoben.

*

Diese Tatsachen, nackt aneinandergereiht wirken aufreizender als der radikalste Aufruf. Das ist die faschistische Gemeindepolitik.

Die Luxussteuern auf große Wohnungen, auf Nachtlokale, auf Rennpferde, die Abgabe die reiche Leute zahlen sollen, die sich ein Dutzend Bediente leisten können, werden aufgehoben, dagegen werden Steuern für die breiten Massen neu erfunden.

Und was wird die Gemeinde dafür leisten? Hat sie ein großzügiges neues Wohnbauprogramm ausgearbeitet, wird sie die Industrie beschäftigen, soll die Fürsorge ausgebaut werden? Nein, alles das nicht, ihre einzige Leistung wird der Bau einer neuen Autostraße sein, damit die Leute die es haben, vom Kahlenberg zum Kobenzl spazieren fahren können.

Der Faschismus regiert! Die Kapitalisten können lachen, die Proleten zahlen die Zeche!

Lesen und weitergeben!

Mit uns die kämpfende Jugend!

Wir Jungen von heute haben in dieser Welt ein aussichtsloses Leben vor uns. Die Arbeitslosigkeit, bestenfalls ein elend bezahlter Beruf, macht es freudlos und grau. Hunderttausende haben nicht Zeit ihre Jugend zu genießen, weil der Kampf um ein Stückchen Brot, um ein Dach über dem Kopf und die Angst vor dem Morgen ihr Leben überschattet.

Der Vierzehnjährige, aus der Schule entlassen, kann keine Lehrstelle finden und bleibt berufslos. Nur 2000 von 6000 Lehrlingen erhalten eine Lehrstelle. Jahrzehntelange Erwerbslosigkeit der übrigen ist die Folge. Dann bleiben sie von den Eltern abhängig, die selbst kaum genug zum Leben verdienen oder selber arbeitslos sind.

Du Lehrling, der du zu den wenigen gehörst, die eine Lehrstelle erhalten haben, du lernst deinen Beruf, in dem du viele Jahre um einen ganz geringen Lohn, zuerst einen Hilfsarbeiter und später einen vollwertigen Arbeiter ersetzest. Dann wirst du doch endlich frei, Gehilfe, vollentlohnter Arbeiter... und hinausgeworfen.

Du junger Arbeiter, der du doch Arbeit gefunden hast, bedenke, daß du zu dem Viertel gehörst, das noch arbeitet, während dreimal soviel arbeitslos sein müssen. Diese Arbeitslosigkeit spürst du an deinem niedrigen Lohn, der kaum zum Leben reicht und immer weiter sinkt. Denn ist das Angebot an Arbeitskräften groß, dann sinkt der Lohn. Und überdies kannst du jeden Tag entlassen werden, ohne Aussicht, jemals wieder Arbeit zu finden.

Und du, junger Student! Nach zwei Jahrzehnten Büffeln kannst du häufig ebenso müßig gehen wie der junge Arbeiter. Unmöglich, an die Gründung einer Familie zu denken, ein schönes, sinnvolles Leben zu führen.

Der Kreis ist geschlossen: Berufsloser, Lehrling, junger Arbeiter, Student. **Ein** Schicksal der **gesamten** Jugend: **Elend, Hunger** und **Hoffnungslosigkeit.**

Und dennoch gibt es genug Lebensmittel, um alle Bedürfnisse der Menschen zu befriedigen. Zwei Drittel der Baumwollernte verfault auf den Feldern, damit der Preis nicht zu sehr fällt. Getreide wird zu tausenden Tonnen ins Meer geschüttet. Erdöl versickert im Sande der Wüste, Kaffee wird verbrannt.

Wer ist schuld an diesem Widersinn?

Schuld ist der **Kapitalismus,** seine Regierungen, hier in **Österreich** diese **Regierung** der Faschisten und Pfaffen, die die Arbeiter, die um gerechte Verteilung der Güter dieser Welt, also um **Sozialismus** kämpfen, **blutig** niederwerfen ließ.

Wie kämpfte die Arbeiterschaft früher?

Vor dem Feber hatten sich die Arbeiter große sozialistische Organisationen geschaffen, die durch die Partei im Parlament und durch die Gewerkschaft in den Betrieben für die Rechte der Arbeiter und für den Sozialismus gekämpft haben. Die legale Kampfmöglichkeit hat in vielen Arbeitern die Illusion geweckt, als könne man durch eine Erweiterung der Arbeiterrechte, durch Erhöhung der Löhne und Vermehrung der Stimmen im Parlament den Kapitalismus abschaffen und so friedlich in den Sozialismus hineinwachsen. Diese Ansicht war **trügerisch.** Als die Arbeiter der bürgerlich-kapitalistischen Mehrheit im Parlament zu stark wurden, **löste die Regierung die Arbeiterorganisationen auf und warf die Arbeiter, die sich das nicht gefallen lassen wollten, blutig nieder.**

Österreich von heute

Seither gibt es **Faschismus in Österreich,** sind **Dutzende Sozialisten hingerichtet** worden, gibt es **keine freien Arbeiterorganisationen** mehr, die gegen Knechtschaft und für die Rechte der Jugend kämpfen.

Hunderte junge Menschen sind im Kampf erschossen worden, sind **eingekerkert,** Österreich **ist ein großes Zuchthaus. Blut klebt an den Fingern dieser Regierung.**

Die neue Arbeiterbewegung

Die neue Arbeiterbewegung, mit ihr die **RSJ** (Revolutionäre Sozialistische Jugend), ist nach dem Feber entstanden. Sie hat die Lehren aus den Ereignissen des Febers gezogen. Sie ist keine Massenorganisation mehr. Sie hat wohl tausende junge revolutionäre Sozialisten in ihrer Organisation, aber nur **die Besten aus der Masse** sind es, die Februarkämpfer und alle jene, die bereit sind, jeden Einsatz zu wagen. Sie bilden den Kader, den Kern, der **überall, wo junge Menschen zusammenkommen, arbeitet,** für die Rechte der Jugend kämpft und die sozialistische Revolution vorbereitet.

Josef Gerl war einer von ihnen. Von dem Richter gefragt, ob er nicht bedacht hätte, daß seine Tat ihm den Kopf kosten könne, antwortete er einfach: **Meine Idee steht mir höher als mein Leben.** Gerl ist standrechtlich **am Galgen ermordet worden.** Tausende junge revolutionäre Sozialisten **leben in seinem Geiste** und sind bereit, ebenso mutig wie er, der großen Sache zu dienen. In seinem Geiste wird auch Klarheit über die Wege der RSJ geschaffen.

Wie arbeiten wir für den Sozialismus?

Die RSJ ist eine **Führungsorganisation.** Sie schult ihre Mitglieder und bereitet sie so für die sozialistische Gesellschaft vor, deren **Träger und Wecker** sie werden sollen.

Überall, wo junge Menschen zusammenkommen, ist auch unser Platz. Mit den Massen werden wir **siegen.** Ihnen im Kampfe um ihre wirtschaftlichen und politischen Tagesforderungen voran zu gehen, **dabei aber immer erkennbar zu machen, daß letzte, endgültige Befreiung nur durch die sozialistische Revolution der Proletariermassen zu erreichen ist, ist unsere erste und wichtigste Aufgabe.**

Prangert jedes Unrecht an! Zeigt auf Lehrlingsschinderei und -ausbeutung! Der Kampf um jedes eurer Rechte wird von uns geführt werden.

Unser Kampf geht um Verbesserung der Lebenshaltung im FAD, um höhere Entlohnung und um besseres Essen. **Sein Ziel ist: allen Arbeit für vollen Lohn!**

In den Sportorganisationen sollen ein paar schöne Stunden Vergessen bringen von Elend und Hunger. Militärischer Zwang soll euch zu Kanonenfutter machen. Darum Kampf um **freie** Sportorganisationen ohne militärischen Drill!

In den Kasernen werden junge Arbeiter wieder zu Schießautomaten erzogen. Die für Freiheit kämpfen, sollen von ihren Arbeitsbrüdern im Soldatenrock niedergeknallt werden.

Kämpft als Soldaten der Freiheit mit uns für den Sozialismus! Soldaten, helft mit, eine schönere Zukunft dem ganzen Volk zu gestalten!

Die Mittelschulen sind wieder Lehrgefängnisse geworden. Nicht weniger als 1200 Mittelschüler wurden im vergangenen Jahr aus politischen Gründen relegiert. Kriecher und rückgratlose Menschen sind das neue Erziehungsideal des Ständestaates. Durch Geschichtsfälschung sollt ihr geistig, durch schulmilitärische Erziehung und Geländeübungen faktisch bereit gemacht werden, **Kanonenfutter** zu sein.

In den Betrieben wird der Kampf um **freigewählte Vertrauensmänner** geführt werden. Dort sind die Betriebszellen der RSJ tätig. Dort führen die jungen Betriebsarbeiter **im Verein mit den alten** den Kampf um ihre Rechte. Nur wenn alle mittun, ist ein Erfolg zu erreichen. Darum **alle Arbeiter in die illegalen Freien Gewerkschaften!** In ihnen ist die RSJ der zielbewußte vorwärtstreibende Teil.

Auf den Arbeitslosenämtern: Kampf gegen Aussteuerungen, gegen willkürliche Bemessung der Arbeitslosenunterstützung.

> **Nur der ist Revolutionärer Sozialistischer Jugendlicher, der weiß, daß er nichts, die Idee alles ist, daß er nur einer von Millionen ist, daß er Brüder in der ganzen Welt hat, in Paris und in Schanghai, in Amsterdam und in Kapstadt, in Moskau und in New York, daß überall um die gleiche Idee gekämpft wird. Der ist Revolutionärer Sozialistischer Jugendlicher, der mit den Massen der Jugend verbunden ist, ein Teil von ihnen, der sich nur auszeichnet durch tiefere Einsicht und dadurch ihr natürlicher Führer im Kampfe ist.**

Unsere Internationale

In allen Ländern wird die Jugend ausgebeutet und überall hat sie sich ihre sozialistischen Jugendorganisationen geschaffen. Die Revolutionäre Sozialistische Jugend kämpft in den Ländern der bürgerlichen Demokratie legal, in den faschistischen Ländern illegal. Alle legalen wie illegalen Jugendorganisationen sind in der **Sozialistischen Jugendinternationale (SJI)** zusammengefaßt, um in internationaler Zusammenarbeit aller Länder für die Befreiung der Jugend, also für den Sozialismus zu kämpfen. In vielen legalen Jugendorganisationen ist die Illusion lebendig, man könne schon heute durch sozialistische Erziehung und sozialistische Kultur wesentliche Voraussetzungen für den Sozialismus schaffen, auch ohne die ganze Macht zu besitzen. Die RSJ sieht ihre Aufgabe in der SJI darin, für den **revolutionären gemeinsamen Kampf aller sozialistischen Jugendverbände** zu arbeiten.

Unsere Gegner

Die Bourgeoisie **fürchtet** die Revolution. Sie hat daher überall, wo ihre Herrschaft bedroht war, faschistische Organisationen geschaffen. Die Angst vor dem Volke, an dessen Not sie schuld ist, war für sie der Anlaß, viel Geld für den Aufbau faschistischer Organisationen zu spenden.

In **Deutschland** ist die NSDAP die Partei der Schwerindustrie, der Kapitalisten. Sie hat wohl mit scheinrevolutionären Lügen viel Jugend gewonnen, nannte sie sich doch auch sozialistisch und Arbeiterpartei und versprach den „Umbruch" dieser kapitalistischen Welt, mit dem Ziel, eure Zukunft sicherzustellen. Aber vergleicht doch die Worte mit den Taten! Fragt die Jungarbeiter im Reiche, ob es den Kapitalisten jemals so gut gegangen ist, wie eben unter der Herrschaft der NSDAP.

> **Der Unternehmer ist in Deutschland Führer im Betriebe, die Arbeiter Gefolgschaft. Nicht eine von den Versprechungen Hitlers ist eingelöst worden. Seht nach Deutschland! Wo ist da Sozialismus? Wo ist der Abbau der Arbeitslosigkeit? Nirgends herrschen die Kapitalisten so unumschränkt wie in Deutschland. Sie reden von Rasse, Blut und Nation, von der Verbundenheit aller Deutschen. Was ist's mit dem deutschen Volksgenossen-Unternehmer, beutet er etwa seine Volksgenossen-Arbeiter weniger aus als in anderen kapitalistischen Ländern?**

Mit den grausamsten und blutigsten Methoden wird die klassenbewußte Arbeiterschaft in Deutschland niedergehalten. Und in **Österreich** umwerben euch **dieselben Nazi,** locken euch, um euch dann, wenn sie zur Herrschaft gelangen, mit **Fallbeil, Konzentrationslager oder sadistischen Quälereien zu regalieren.**

In Österreich regiert **der heuchlerische, feige Klerikofaschismus, der alle Niedertracht und Gemeinheit vom Nazifaschismus übernommen hat.** Spürt ihr nicht täglich seine Feindschaft gegen eure Freiheit, euren Fortschritt, euer Wohlergehen? Soll sein „Lied der Jugend" den Hunger und das Elend der Jugend übertönen?

Seine Jugendideale sind der **Kadavergehorsam** und die Ehrfurcht vor alter, morscher, finsterer Reaktion, sind **Kriegsgeschrei und Arbeitermord.** Ausbeutung der Werktätigen, Reichtum dem Adel, Fraß und Völlerei den Pfaffen. Die „Frontkämpfergeneration", wie Dollfuß und Schuschnigg ihre reaktionäre, monarchistische Offiziersclique nannten, wird abgelöst werden von uns, der **Jugend der „Revolutionsgeneration".** Ihrer Verherrlichung blutigen Kriegshandwerks setzen wir die **revolutionäre Tat** der Befreiung der Menschheit, den **Kampf um den Sozialismus** entgegen.

Wir aber kämpfen um den Sozialismus

Im Sozialismus sind Fabriken und Verkehrsmittel nicht Eigentum einiger weniger, sondern gehören der Gesamtheit aller Menschen. Niemandem wird es mehr möglich sein, andere für sich arbeiten zu lassen und auszubeuten. Es wird nicht mehr erzeugt werden, um Profit zu raffen, sondern um den Bedarf und die Wünsche jedes einzelnen zu befriedigen. Ein genauer Plan legt fest, was und wieviel jeder Mensch braucht und jeder erhält den auf ihn entfallenden Anteil aus dem gesamten Reichtum des ganzen Volkes. Je mehr Arbeitskräfte und je modernere Maschinen die Gemeinschaft haben wird, desto besser wird es den Menschen gehen, nicht wie heute, wo der Überschuß an Arbeitskräften Arbeitslosigkeit und Elend erzeugt.

Für eine bessere und schönere Zukunft der Menschheit

kämpft die Revolutionäre Sozialistische Jugend, dafür werden die zahllosen Opfer gebracht, deshalb führen wir den schärfsten und unerbittlichsten Kampf gegen die herrschende Klasse und ihre Regierungen.

Ein Sechstel der Erde beherrschen und verwalten heute schon Sozialisten. In Rußland bauen Arbeiter und Bauern unter großen Opfern den Sozialismus auf.

In Österreich sind die Voraussetzungen zur Revolution **andere als in Rußland.** Vor allem die **Einigkeit des Proletariats** ist die Voraussetzung für das Gelingen des Kampfes. Darum hat sich die RSJ zur **Vorkämpferin für den Zusammenschluß aller proletarischen Jugendorganisationen** gemacht.

Immer war die Jugend **die Avantgarde der Revolution.** Überall dort, wo der Kampf am heißesten tobte, war ihr Platz.

Die „RSJ" will die Avantgarde der österreichischen Revolution sein.

DOLLFUSS IST WEG - SEIN REGIME MUSS IHM FOLGEN !

Arbeiter ! Genossen !

Der Putschversuch der Nazi hat aufs Neue die Schwäche des österreichischen Faschismus enthüllt.

Dienstag hat Dollfuss unseren Genossen GERL hinrichten lassen. Tags daruaf ist der Massenmörder selber dem Mord erlegen, ohne die Tröstungen der Religion die er geschändet hat ist er hinüber gegangen. Der Fluch unserer Witwen und Waisen, die Verwünschungen eines ganzen Volkes folgen ihm nach.

Aber dieser Fluch gilt erst recht den Überlebenden, seinen Henkerkumpanen und Helfershelfern, dem Fey und Schuschnigg!

Dollfuss ist weg - Das verbleibende Dollfussregime muss weggefegt werden.

Was in Österreich geschehen ist, gleicht im Wesen den Ereignissen des 30. Juni in Deutschland. Faschisten haben Faschisten ermordet. Hier wie dort bedeutet es den Anfang vom Ende der fschistischen Herrschaft.

Sein Sturz kann niemals im Bunde mit den Nazi, die selber faschistische Henker sind, erreicht werden. Deshalb hat die Arbeiterklasse ruhig zu gesehen, wie sich die Faschisten untereinander abschlachten. Unsere Stunde kommt !

Unsere Forderungen bleiben:

Sturz der Henkerregierung !

Befreiung der gefangenen Klassenkämpfer !

Zertrümmerung des faschistischen Joches.

Unsere Parolen bleiben: Einigkeit der Arbeiter in diesen entscheidenden Tagen.

Höchste Aktionsbereitschaft !

Rücksichtsloser Kampf gegen jede Form des Faschismus.

In Österreich ist die Revolution in Permanenz. Und die Ereignisse der letzten Tage zeigen wie rasch die Entwicklung für uns arbeitet. Sie zeigen, dass jeden Tag neue entscheidende Wendungen eintreten können.

S E I D B E R E I T !

Zentralkomitee der revolutionären Sozialisten.

Die Revolution geht weiter

Die Brünner „Arbeiter-Zeitung" schrieb in der Nummer 23 vom 29. Juli 1934 — (das ist das Erscheinungsdatum) — schon einen Tag nach dem, wie sie es nannte, „blutigen Operettenputsch am Ballhausplatz", einen Leitartikel, dem die folgenden Zeilen entnommen sind.

So also sieht das „autoritäre Regierungssystem", so die „Regierung der starken Hand", so die „Stärkung der Staatsautorität" in Österreich aus! Man hat alle Volksrechte zerstört, das österreichische Volk in den Zustand völliger Rechtlosigkeit geworfen, um das Land von den Parteikämpfen zu befreien, um „Ruhe und Ordnung" unter „autoritärer Führung" zu sichern! Das Resultat ist ein Zustand der Revolution in Permanenz — tägliche Sprengstoffattentate, tägliche Morde und Hinrichtungen und als Krönung von alldem die blutige Posse vom 25. Juli!

Am hellichten Tage konnten sich 160 Hakenkreuzler in einer Schule versammeln, in Offiziers-, Soldaten- und Heimwehruniformen einkleiden und bewaffnen — die „beste Polizei der Welt" hat nichts davon bemerkt! Sie war gerade mit Massenverhaftungen von Sozialisten beschäftigt! Am hellichten Tage konnten die Putschisten in das Bundeskanzleramt eindringen, die Minister verhaften, den Bundeskanzler killen — die Militärwache, von einem Offizier kommandiert, die ständig im Bundeskanzleramt hat nicht den geringsten Versuch eines Wid des unternommen!

Der Hauptschuldige an dem Zustand, in heute Österreich lebt, Engelbert Dollfuss, hat Taten mit dem Leben bezahlt. In vermes Übermut hat sich Dollfuss unterfangen, das reichische Volk seiner Gewaltherrschaft zu werfen, die von links und von rechts, von der heuren Mehrheit des Volkes mit wildem Haß lehnt wurde. In vermessenem Übermut hat glaubt, er könne sich alles, alles erlauben, nu er über ein paar Batterien verfügte. Er ist, u nur an der Herrschaft zu erhalten, in Ströme Blut gewatet. Er hat alle Eide gebrochen, alles zerstört, alle Menschenwürde mit Füßen ge Zehntausender Lebensmöglichkeit und Leben zerstört, Zehntausende vor die Wahl gestell Gesinnung zu verleugnen oder ihr Brot zu ver Er hat unsere Besten morden, hängen, eink lassen. Seine letzte Regierungstat war, daß er Gerl, unseren jungen Helden, zum Galgen ge hat. Nun hat ihn die Rache erreicht. Nur geheu Tränen fließen an dieser Bahre.

Kundmachung

der Revolutionären Sozialistischen Jugend Österreichs.

Allgemeine Wehrpflicht

fordern die Faschisten nun auch

in Österreich.

Arbeiterjugend, weißt Du, was das heißt?

Du sollst wieder Tag und Nacht in der **Kaserne** verkümmern, ohne Recht Dich dagegen zur Wehr setzen zu dürfen, von aristokratischen **Offizieren** Dich malträtieren lassen.

Du sollst wieder zur **Waffe** greifen, um die **Kriege** der Kapitalisten untereinander für die Vergrößerung ihres Profits, für ihre Kriegsgewinne zu führen.

Du sollst Blut vergießen, morden, sengen und brennen, Du sollst Deine Haut zu Markte tragen, Dein Leben opfern, um den **Habsburgern** wieder zur Hausmacht, zu reichem Einkommen aus den Steuergeldern des arbeitenden Volkes zu verhelfen.

Krieg dem imperialistischen **Krieg!**

Statt Militarismus - Arbeitsbeschaffung!
Gegen Nationalismus - Internationalismus!
Statt Krieg - die Revolution!
Nie wieder HABSBURG!

Für alle Zukunft den Sozialismus!

DIE REVOLUTION

Organ der Revolutionären Sozialisten Österreichs.

Nr. 2. **Ende Februar 1935.** **Preis 15 g.**

Unsere Februaraktion.

Einen harten Monat haben wir hinter uns. Eine ernste Probe für unsere Bewegung ist es gewesen. Es galt die Gedenktage des blutigen Februar 1934 zu begehen, sich würdig zu zeigen des Erbes unserer Helden und Märtyrer. Es galt gerade in dieser kritischen Zeit zu beweisen,

daß wir da sind

und was wir in einem Jahre Faschismus gelernt haben. Nun, mit freudiger Genugtuung können wir sagen, daß trotz größter Schwierigkeiten, trotzdem wieder einmal der gesamte Staatsapparat gegen uns mobilisiert war, unsere Partei

die Probe bestanden hat.

In ganz Österreich haben die Februaraktionen einen solchen Umfang erreicht, daß die Regierungsfaschisten erstaunt und nervös waren: sie haben uns nicht für so lebendig gehalten! In ganz Österreich hat sich gezeigt, daß nach einem Jahr faschistischer Unterdrückung

die Arbeiterklasse ungebrochen ist.

Es ist natürlich nur ihr aktiver Kern, der heute den Mut zu politischem Handeln findet, aber von diesem in der Partei organisierten Kern strahlt die Treue, die Disziplin, der Wille zum Sozialismus auf die Massen des arbeitenden Volkes aus.

Gewiß, dieser Erfolg hat Opfer gekostet. Massenverhaftungen hat es gegeben und die Regierung wollte glauben machen, daß es ihr gelungen sei, unsere Organisation zu bespitzeln und lahmzulegen. Zu diesem Zweck hat die Wiener »Reichspost« Spitzelberichte über unsere Reichskonferenz und angebliche Weisungen für die Februaraktionen veröffentlicht, die auch von der Presse in den Bundesländern nachgedruckt wurden. In Wahrheit handelt es sich dabei um

freche Fälschungen und plumpe Lügen saudummer Spitzel.

Wie sehr die Regierungsfaschisten und ihre Naderer danebengegriffen haben, zeigt sich schon darin, daß trotz ihrer angeblichen »Informationen« und ihrer wütenden Verfolgungsmaßnahmen

unsere Organisation während der ganzen kritischen Zeit vollkommen funktioniert hat

und ungestört weiterarbeitet: unsere Zeitungen erscheinen regelmäßig, unsere Februarkundgebungen, unsere Millionen Flugzettel haben den Herrschaften unsere Existenz und unsere Aktionsfähigkeit deutlicher bewiesen, als ihnen lieb war!

Gewiß werden auch wir aus den Erfahrungen dieser letzten Wochen manches zu lernen und die notwendigen Schlüsse über eine Verbesserung unserer Arbeitsmethoden zu ziehen haben. Der Kampf gegen den Faschismus wird im zweiten Jahr nicht leichter werden, als er im ersten war. Aber wir können mit stolzer Gewißheit sagen, daß auch wir es

unseren Gegnern nicht leicht machen werden.

Der Herr Schmitz, von der Kanonen Gnaden »Bürgermeister« von Wien und Veranstalter des feinen Balles zum Gedenken der Galgen, hat einem ausländischen Journalisten erklärt, in Österreich sei »der Marxismus nur mehr eine Angelegenheit der Polizei«. Wenn das so ist, dann beweist ihr Aufgebot an Polizei, an Spitzeln und Strafen, an Verhaftungen und Verfolgungen nur,

welche Angst sie vor dem Marxismus haben!

Und dieser Beweis, vor den Augen der ganzen Welt erbracht, ist der eindrucksvollste Erfolg unserer Februaraktion!

Wir kämpfen weiter!

Die Regierung und ihre Trabanten haben die Gedenktage des blutigen Februar auf ihre Art gefeiert:

Der Bundeskanzler Schuschnigg hat heuchlerische Reden gehalten.

Die »Reichspost« hat angebliche »Brünner Parolen« und Weisungen veröffentlicht, die in Wahrheit frech gefälscht waren.

Die Sozialfaschisten vom Schlage Dr. Winters haben Versammlungen gegen die »Illegale« veranstaltet.

Die Überläufer vom Schlage der Othmar Popp und Preußler haben sich der Regierung angebiedert und gegen »Brünn« polemisiert.

Zu gleicher Zeit aber hat die Polizei viele hundert Menschen verhaftet und ihre Familien — da sie die Arbeitslosenunterstützung verlieren — dem nackten Hunger preisgegeben. Ein ungeheurer Machtapparat wurde gegen die Arbeiterschaft aufgeboten.

Das beweist, welch schlotternde Angst sie vor uns haben!

Sie haben die Partei verboten, alles Arbeitereigentum gestohlen und den Sozialismus »ausgerottet«.

Sie sperren tausende Menschen ein und bedrohen die Verbreitung eines Flugblattes mit strenger Kerkerstrafe.

Wir sind trotzdem da! Der Sozialismus lebt!

Die Februartage haben es ihnen bewiesen! Demonstrationen in den Betrieben, zahlreiche Kundgebungen, Millionen Flugblätter und Streuzettel in Stadt und Land haben es gezeigt:

Die österreichische Arbeiterschaft ist ungebrochen!

In Paris, London, Brüssel, Bern, Moskau, New York haben am 12. Februar gewaltige Kundgebungen der Arbeiterschaft zum Gedenken der Wiener Februarkämpfe stattgefunden. In der ganzen Welt hat in diesen Tagen das Proletariat unsere Helden und Märtyrer gefeiert.

Schuschnigg hat nicht in Paris auszusteigen gewagt, weil die Pariser Arbeiter den Bahnhof besetzt hatten, um ihn »würdig« zu empfangen; er mußte in einer kleinen Station aussteigen und sich in Paris einschleichen.

Der Empfang, den die französischen und englischen Arbeiter dem Herrn Schuschnigg auf seiner Reise bereitet haben, der Haß und die Verachtung, der diesem ungebetenen Gast in den Ländern der Volksfreiheit entgegenschlug, hat es vor aller Welt bewiesen:

Die Arbeiterschaft der ganzen Welt ist mit uns!

Freilich, weder die erbärmliche Wut unserer Gegner, noch die erfreuliche Solidarität unserer Genossen dürfen uns blind machen für die Schwere der Aufgaben, die die österreichische Arbeiterschaft zu bewältigen hat. Aber gestärkt durch die Erfahrungen dieser Tage sagen wir den Herrschenden:

Redet nicht von »Brünn« — ihr habt es nicht mit Emigranten, die die Arbeiter von draußen verhetzen, ihre habt es mit der österreichischen Arbeiterschaft selbst zu tun, die im Lande lebt und gegen eure Herrschaft über dieses unglückliche Land kämpft!

Euren Lakaien, den Popp, Preußler und anderen, wird es nichts helfen, daß sie auf »Brünn« schimpfen — sie haben sich vor den österreichischen Arbeitern zu verantworten, die diese Verräter vor ihr Gericht ziehen werden!

Euch, Genossen, danken wir für die während der Februartage bewiesene Treue, Opferbereitschaft und Disziplin.

Den Gegnern rufen wir zu:

Wir sind da und bleiben da! Wir kämpfen weiter!

Zentralkomitee der Revolutionären Sozialisten.

Vorsichtig weitergeben!

DER NEUE AUFSTIEG

Organ der revolutionären freigewerkschaftlichen Textil-, Bekleidungs-, Schuh-, Hutarbeiter und Friseure Österreichs.

Nr. 5 | Wien, September 1935 | II. Jahrgang

Erste Arbeiterforderung: Erst unsere Freiheit!

Wir trotzen der Gewalt!

September 1934. In den gestohlenen Gewerkschaftsbüros gähnende Leere. Dort diskutieren zwei Renegaten, was zu tun sei, um die widerspenstige Arbeiterschaft doch zu der neuen »Gewerkschaft« zu zwingen, da wieder räkeln sich zwei neue Herren, die kein Arbeiter kennt, die aber jetzt durch Regierungsernennung plötzlich »Führer« wurden, gelangweilt in ihren Sesseln. Plötzlich Aufregung. Irgendjemand hat die erste Nummer des »Neuen Aufstieg« gebracht. Eine Bombe hätte keine ärgere Verwirrung anstiften können. Alle fühlen: Das ist der erste Beweis der gelungenen Sammlung, die erste, gemeinsame Kampfansage der Arbeiterschaft gegen das Schwindelgebilde des Faschismus, das sich fälschlich »Gewerkschaft« nennt, gegen die Verleugner und Verräter der Reinheit der Gewerkschaftsidee!

September 1934. Durch die Arbeiterschaft unserer Branchen geht ein geheimes Raunen, das sich rasch von Mund zu Mund fortpflanzt: Der »Neue Aufstieg« ist da! Freudige Erregtheit überall, ob Mann oder Frau, Jung oder Alt. Der »Neue Aufstieg« ist das stolze Final, die Unbesiegbarkeit unserer Idee kündend, das Symbol der Reinheit und Grundsatztreue, der Sammlung aller Anständigen und Aufrechten zum unaufhaltsamen Wiederaufstieg!

Ein Kampfjahr ist seither vergangen. Die Sammlung geht weiter. Still, von Mann zu Mann, von Betrieb zu Betrieb, von Branche zu Branche, in Stadt und Land, bis in den letzten Provinzort, überall, wo Arbeiter arbeiten, stempeln gehen oder wohnen. **Keine Gefahr, kein Konzentrationslager, kein Kerker und auch kein nationalsozialistischer Irreführungsversuch kann die Sammlung der freigewerkschaftlichen Arbeiterschaft aufhalten.**

Unsere Kollegenschaft versteht nicht nur die Notwendigkeit persönlicher Opferbereitschaft, sie versteht auch die Notwendigkeit zu finanziellen Opfern. Wir wissen, um wieviel bedenkenloser, schamloser sich der Faschismus gegen die Arbeiterschaft austoben würde, müßte er nicht überall unseren illegal organisierten Widerstand fürchten. Und darum verstehen immer mehr den Ruf des »Neuen Aufstieg«: Für unseren Befreiungskampf unaufgefordert, regelmäßig wöchentlich und unauffällig den Vorposten unseres Kampfes den illegalen Gewerkschaftsbeitrag von 30 Groschen! Darüber hinaus ohne Aufforderung selbst im engsten Bekanntenkreis kassieren! So helfen wir unseren Opfern, finanzieren wir den »Neuen Aufstieg« und sichern unseren Kampf! So beweisen wir jeder einzelne für die Zukunft, daß wir auch in Notzeiten nicht gescheut haben, unserer Idee zu dienen und zu opfern!

Der Kampf geht weiter! Solange wir uns gegen den Beitritt zur Einheitsgewerkschaft wehren, solange wir die Beitragsleistung sabotieren können, werden wir's tun! Die Einheitsgewerkschaft ist keine Interessenvertretung der Arbeiterschaft. Sie hat vom herrschenden berufsständischen Faschismus nur eine Aufgabe übernommen: die Hirne der Arbeiterschaft zu vernebeln und die Wehrenergien der Arbeiterklasse in ihrem ökonomischen Kampf zu unterdrücken, um leichter die Vormachtstellung des Kapitals — politisch und wirtschaftlich — ungehemmt fester verankern und verewigen zu können. Die Einheitsgewerkschaft hat die Aufgabe, in der Arbeiterschaft die ideologische Illusion der Klassenversöhnung zu verbreiten, um dem Unternehmertum unter der Maske einer Werks- und Volksgemeinschaft leichtere Ausbeutungsmöglichkeiten, größere Profite, eine gefügige und wehrlose Arbeiterschaft zu bieten. Wir aber wissen, daß im heutigen ökonomischen Aufbau unserer Gesellschaft Klassen existieren, daß sie durch eine »berufsständische Ordnung« nicht aufgehoben werden, daß eine Klassenversöhnung im Kapitalismus unmöglich ist und daß deshalb die Arbeiterklasse Illusionen

Die Gewerkschaft.

Organ des Bundes der Freien Gewerkschaften Österreichs.

Nr. 1. **Jänner 1937.**

Zum Geleite.

»Die Gewerkschaft«, die bis Ende 1935 als Organ der Bundesleitung der Freien Gewerkschaften erschienen ist, erscheint nun wieder in neuer Form: als offizielles Organ der Bundesleitung und zugleich als gemeinsames Blatt der ihr angeschlossenen Industriegruppen. Gemeinsam ist nur der allgemeine Teil, während die Fachbeilagen von den Industriegruppen selbständig herausgegeben werden und — als Ausdruck des Eigenlebens der Organisationen — dem Kampfe der Arbeiter und Angestellten dieser Industriegruppen dienen sollen.

Die Aufgaben der Freien Gewerkschaften.

Die Freien Gewerkschaften haben als Richtlinie für ihre Tätigkeit folgenden Beschluß gefaßt:

Unsere Stellung zur berufsständischen Ordnung.

Das autoritäre Regime, das die liberal-kapitalistische Wirtschaftsordnung und ihre Auswirkungen auf die soziale und wirtschaftliche Lage der arbeitenden Bevölkerung durch die berufsständische Wirtschaft zu überwinden vorgibt, läßt in Wirklichkeit alle Elemente des kapitalistischen Ausbeutungssystems unangetastet. Die privatkapitalistische Produktionsweise, die mit wirtschaftlicher Anarchie und mit der Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft untrennbar verbunden ist, bleibt uneingeschränkt weiterbestehen.

Die berufsständische Ordnung hebt die bestehenden Klassengegensätze nicht auf. Sie versucht jedoch einseitig, die Arbeiterklasse an der Austragung der aus diesen Gegensätzen resultierenden Klassenkämpfe zu hindern. Sie vermag auch darum die dringenden wirtschaftlichen und sozialen Probleme nicht zu lösen. Das Ziel dieser neuen Ordnung ist nicht eine auf die Vermeidung der kapitalistischen Wirtschaftskrisen abzielende organisierte Planwirtschaft, sie führt nicht zu einer Entproletarisierung des Proletariats durch Aufhebung der Trennung von Kapital und Arbeit, sondern bedeutet den Versuch einer Festigung der wankenden bürgerlich-kapitalistischen Herrschaft und ihrer ökonomischen Grundlagen.

Um diese Ordnung aufrecht zu erhalten, müssen die herrschenden Klassen zu den Mitteln der gewaltsamen Niederhaltung der Arbeiterklasse und der Unterdrückung aller den kapitalistischen Wirtschaftsmechanismus störenden Forderungen greifen. Die berufsständische Ordnung kann daher auch in keinerlei Hinsicht den wirtschaftlichen und sozialen Erfordernissen der Arbeiter und Angestellten Rechnung tragen.

Die Beseitigung jeder organisatorischen Selbstbestimmung und Selbstverwaltung, die Ausschaltung aller Andersdenkenden von politischer Mitbestimmung, das Verbot der Anwendung wirtschaftlicher Kampfmittel liefert die Arbeiterschaft der Klassenherrschaft des Unternehmertums, vor allem des Finanzkapitals, hilflos aus. Die

Beilage: „DER FABRIKARBEITER“.

Der Polizeipräsident.

Wien, Datum des Poststempels.
I. Schottenring 11.

Betr.: Mitwirkung der Bevölkerung bei Stellungmachung von Kriminalverbrechern.

Z.: 35.334/II-35 Präs.

Allen Anfeindungen zum Trotz hat die Wiener Polizei bei der raschen Aufklärung des Raubmordes an der Trafikinhaberin von Hofer bewiesen, dass die Wiener Polizei trotz der starken Inanspruchnahme durch den Kampf gegen die Regierungsgegner kriminalistisch auf der Höhe ist.

Ich weise mit Entschiedenheit die von der Flüsterpropaganda kolportierten Vorwürfe zurück, dass der Mord an Karl Repold, der am 8. September 1935 erdrosselt in einem Hotel aufgefunden wurde, und der Doppelraubmord an dem Schneiderehepaar Karl und Anna Bartak in der Darwingasse unaufgeklärt geblieben sind.

Es ist auch unverantwortlich zu behaupten, dass die Wiener Polizei anlässlich des im Schnellzug in der Nähe von Admont am 29. September erfolgten Raubmordes an der rumänischen Oberstensgattin Farcasanu die ganze europäische Polizei irregeführt hat, indem sie mit grosser Bestimmtheit den rumänischen Studenten Theodorescu als den Mörder bezeichnete, während der wirkliche Mörder in der Person des Ungars Karl Strasser von der Züricher Kantonspolizei verhaftet wurde.

Im Zusammenhang damit wird immer wieder eine interne, durch die Indiskretion eines Beamten in die Oeffentlichkeit gedrungene Statistik erwähnt, nach der die Zahl der von der Polizei aufgeklärten Diebstähle und Einbrüche von 79.8% im Jahre 1930 auf 52.3% im Jahre 1934 gesunken ist. Ich gebe die Richtigkeit dieser Statistik zu, aber ich frage die Wiener Bevölkerung: Hatte die Wiener Polizei 1934 nicht Wichtigeres zu tun? Jeder vaterlandstreue Oesterreicher wird es begrüssen, dass die Polizei 1934 die Staatsfeinde niedergerungen hat, selbst um den Preis, dass ein paar Diebe und Einbrecher noch frei herumlaufen.

Im Kampf gegen das Verbrechertum muss die Bevölkerung selbst mehr Initiative entfalten, um so mehr, als der Kampf gegen die Gegner der Regierung den grössten Teil des Polizeiapparates vollauf in Anspruch nimmt. Der gesunde Grundsatz, der insbesondere der Geschäftswelt einleuchten wird, muss sich auch bei uns durchsetzen: die Polizei fängt die politischen Verbrecher, die kriminellen Verbrecher muss die Bevölkerung selbst finden!

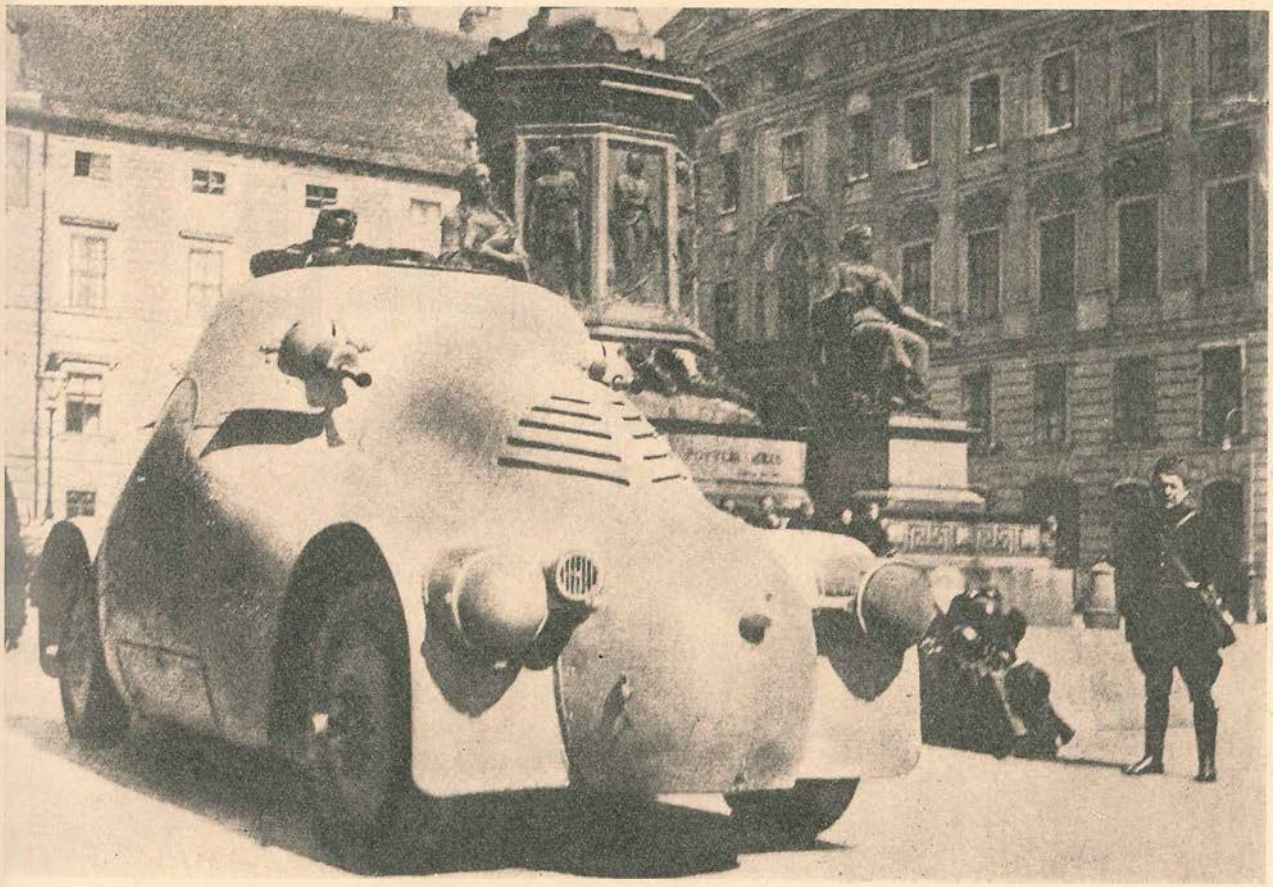
Im Kampf gegen das infolge der Wirtschaftsnot um sich greifende Verbrechertum, im Kampf gegen die trotz der Wiedereinführung der Todesstrafe sich häufenden Blutdelikte wird auch die Polizei initiativ vorgehen. So werde ich schon in den nächsten Tagen an die hohe Bundesregierung den Antrag stellen, gegen die kriminellen Verbrecher ebenso scharfe Bestimmungen in Kraft zu setzen wie das mit Recht gegen die politischen Regierungsgegner verfügt wurde. Mir schwebt unter anderem ein Verbrecherkonzentrationslager nach dem Muster des Wöllersdorfer Anhaltelagers und ein eigenes polizeiliches Strafrecht neben den gerichtlichen Strafen – ganz wie bei den Regierungsgegnern – vor.

Notwendig ist auch die Herstellung engerer gefühlsmässiger Bindungen der vaterlandstreuen Bevölkerung an die Polizei. Zu diesem Zweck habe ich verfügt, dass für die vaterlandstreue Bevölkerung an jedem Sonntag nach dem vormittägigen Kirchenbesuch Führungen in der

Marokkanerkaserne stattfinden. Bei diesen Führungen, die von den zuständigen Bezirksleitungen und Dienststellenorganisationen der Vaterländischen Front veranstaltet werden werden, soll das gegen den inneren Feind bereitgestellte Arsenal von schweren und leichten Tanks, schweren und leichten Maschinengewehren, Maschinenpistolen, Infanteriegeschützen, Minenwerfern, Tränen- und Giftgasen besichtigt werden. Jeder Oesterreicher soll sehen, dass die Steigerung der Ausgaben für die Polizei von 60.4 Millionen Schilling im Jahre 1933 auf 74 Millionen im Jahre 1934 und das Festhalten an den höheren Ausgaben für die Polizei im Jahre 1936 voll und ganz berechtigt ist.

Ich verspreche mir von der engeren Verbundenheit von vaterlandstreuem Volk und vaterlandstreuer Polizei die Beseitigung der gegenwärtig weit verbreiteten Sabotage gegen die Arbeit der Polizei. Ich erwarte davon auch eine Verstärkung im Kampf gegen das politische Verbrechertum. Schon sind die Nationalsozialisten völlig gelähmt. Der Marxismus, insbesondere die Partei der Revolutionären Sozialisten, entfaltet aber noch eine immer stärkere unterirdische Tätigkeit. Auch ihrer wird die Wiener Polizei, die unter meiner Führung die beste Polizei der Welt geblieben ist, Herr werden. Ich bin mit der erdrückenden Mehrheit der vaterlandstreuen Bevölkerung einer Meinung, wenn ich meiner treuen Polizei zurufe: In deinem Lager ist Oesterreich!

Der Polizeipräsident:



An das österreichische Volk!

Der ungeheuerlichste Korruptionsskandal, den Österreich je erlebt hat, ist aufgeflogen.

In der Prämienreserve der größten österreichischen Versicherungsgesellschaft, des **»Phönix«, fehlen 250 Millionen Schilling.** Der Generaldirektor Berliner hat diesen phantastisch hohen Betrag in gesetzwidrigen Börsenspekulationen vertan. Wie konnte er das tun? Den Versicherungsgesellschaften sind ja Börsenspekulationen verboten. Er konnte das Geld der Versicherten verspekulieren, weil die Regierung, die von seinen Spekulationen gewußt hat, zu allem die Augen zugedrückt hat.

Berliner hat nämlich alle Mächtigen und Großen des faschistischen Regierungssystems bezahlt und bestochen, damit sie zu seinen gesetzwidrigen Spekulationen schweigen.

So oft die **Regierungen Dollfuß und Schuschnigg** in Geldverlegenheiten waren, hat Berliner ihnen aus dem Geld des »Phönix« kurzfristige Darlehen gewährt; schon durch diese wiederholten Gefälligkeiten für die Regierung hat sich Berliner das Schweigen der Regierung zu seinen Spekulationen gesichert!

Als Dollfuß die **»Vaterländische Front«** gegründet hat, hat Berliner aus den Geldern des »Phönix« das Gründungskapital beigestellt. Hohe Funktionäre der Vaterländischen Front wurden vom »Phönix« regelmäßig bezahlt. So hat der Wiener Landesleiter Oberstleutnant Seifert vom »Phönix« monatlich 1000 Schilling bekommen.

Die **Heimwehr** hat von Berliner fünf Millionen Schilling bekommen. Das Geld für die Heimwehr ging durch den Wirtschaftsreferenten der Bundesführung und Bundeswirtschaftsrat Dr. Guido Celle, der vor ein paar Jahren noch ganz arm war, seit dem Februar 1934 aber im Hotel Krantz in Wien auf großem Fuß lebt und einen eigenen Adjutanten, Oberleutnant Dönhoff, hat. Außerdem ging

Geld des »Phönix« zu persönlicher Verfügung Starhembergs im Gesamtbetrage von einer Million Schilling durch den Adjutanten Starhembergs Prinzen Franz Josef Windischgrätz.

Auch die **katholische Kirche** hat von Berliner Geld bekommen und genommen. Die Kosten des Katholikentags im September 1933 wurden vom »Phönix« bezahlt; der Finanzreferent des Katholikentagsbüros Hößlinger war Verwaltungsrat des »Phönix«. Verschiedene Caritasunternehmungen wurden vom »Phönix« subventioniert; so hat Frau Herma von Schuschnigg von dem Juden Berliner 28.000 Schilling für eine Romwallfahrt der katholischen Frauenaktion bekommen.

Besonders schwer kompromittiert ist der **»General« Vaugoin.** Er ist nicht nur Präsident der Bundesbahnen, sondern auch Vizepräsident des »Phönix« und als solcher für die verbrecherischen Spekulationen Berliners voll mitverantwortlich! Vom »Phönix« bezog Vaugoin 4000 Schilling monatlich, außerdem ein Autopauschale von 1200 Schilling und Wohnungszuschuß 400 Schilling monatlich. Daneben hat Vaugoin aber auch noch Riesenbezüge von der Hirtenberger Patronenfabrik und von dem Chemietrust Skoda-Wetzler, in denen beiden er auch Verwaltungsrat ist! Vaugoins Frau ist überdies Miteigentümerin der Glasfabriken der Firma Stölzle. Beim »Phönix« wurde

ein Wechsel Vaugoins auf den Betrag von einer Million Schilling

gefunden. Das ist der Mann, der den blutigen Terror über roten Soldaten und später über die roten Eisenbahner ausgeübt hat — ein Mitschuldiger der Spekulationen Berliners, der sich von Berliner ein Rieseneinkommen und Riesenkredite gesichert hat!

Zu den ärgsten Korruptionisten gehört der **Generaldirektor Eberhard Reininghaus.** Die Regierung Schuschnigg hat ihn nach dem Tode Berliners zum Generaldirektor des »Phönix« gemacht. Die vaterländische Presse rühmt, er habe die Sauwirtschaft Berliners aufgedeckt. In Wirklichkeit war er ein Nutznießer dieser Sauwirtschaft. Er hat sich vom »Phönix« Riesenbeträge ausgeborgt und sich 250.000 Schilling »Schuldennachlaß« gewähren lassen!

Selbstverständlich fehlt auch der **Strafella** nicht. Der Mann, der in der Zeit der Republik vom Gericht als »unsauber und unkorrekt« gebrandmarkt wurde, ist unter dem Faschismus wieder zu einem der höchsten Staatswürdenträger geworden. Er hat sich vom »Phönix« 500.000 Schilling »borgen« lassen und dafür wertlose Wertpapiere als Pfand gegeben!

Der Herausgeber des Regierungsblattes »Reichspost«, Dr. Funder, ist seit dem 3. April im Besitz einer Liste der vom »Phönix« beschenkten Personen; er hat sie noch immer nicht veröffentlicht. Aber es ist bekannt geworden, daß auf dieser Liste folgende Namen vorkommen: Der Finanzminister Dr. Draxler, der intime Freund Starhembergs; der Handelsminister Stockinger; der frühere Vizekanzler Fey; der Journalist und Verfasser antimarxistischer Broschüren Ely; die Journalisten Kleebinder (»Sonn- und Montagszeitung«) und Schreier (»Der Morgen«); das »Neue Wiener Journal«; der »Telegraf«; der Sektionschef Ochsner, der von der Regierung mit der Aufsicht über den »Phönix« betraut war, mit 100.000 Schilling; Herr Dunan, Presseattaché der französischen Gesandtschaft in Wien, Baron Egon Sarkotič, der Sohn des bekannten monarchistischen Generals, der in Wien für die Losreißung Kroatiens von Jugoslawien wirbt! Überdies hat der »Phönix« auch in anderer Weise den Großen und Mächtigen Gefälligkeiten erwiesen. So hat Fey noch knapp vor seinem Rücktritt als Minister seinem Adjutanten Hauptmann Stahl durch Berliner einen bezahlten Verwaltungsratsposten mit 1000 Schilling monatlich verschafft!

Auf diese Weise hat sich Berliner die Großen und Mächtigen gekauft. Unter ihrem Schutze konnte er das Geld der Versicherten verspekulieren. Deshalb werden jetzt die armen Versicherungsangestellten ihrer erworbenen Rechte beraubt, den Versicherten die Prämien erhöht, den Witwen und Waisen der Versicherten ihre Ansprüche gekürzt. Arme Menschen bezahlen, was eine verbrecherische Korruption gesündigt hat!

Übrigens hat sich der »Phönix« nicht nur die Machthaber von heute zu sichern gesucht. Er hat auch mit der Möglichkeit gerechnet, daß **die Nazi** in Österreich zur Macht kommen könnten, und hat auch die gekauft und bestochen. Als die Nazi in Österreich noch eine erlaubte Partei waren, hat die »Versicherungsanstalt der österreichischen Bundesländer«, die zum Konzern des »Phönix« gehört, mit Zustimmung der jüdischen »Phönix«-Direktoren den Nazi 80.000 Schilling zum Ankauf ihres »Braunen Hauses« in Linz geborgt; dafür unterschrieben die Naziführer Habicht und Proksch einen Vertrag, in dem sie die Verpflichtung übernahmen, daß sich die Mitglieder der österreichischen Nazipartei im Wege der »Versicherungsanstalt der österreichischen Bundesländer« ausschließlich beim »Phönix« versichern werden!

Während das ganze Volk über diese Korruptionswirtschaft entrüstet ist, wagt es die Regierung noch, dem Volk neue unerhörte Lasten aufzubürden! Gerade in dem Augenblick, in dem dieser unerhörte Korruptionsskandal auffliegt, erdreistet sich die Regierung,

die allgemeine Wehrpflicht einzuführen.

Seit dem April ist eine neue Massenaussteuerung von Arbeitslosen im Gang. Der Staat hat kein Geld für arbeitslose Familienväter. Aber für die Aufstellung eines neuen großen Heeres hat er Geld genug!

Das Volk hat nichts zu reden. Alle Freiheitsrechte sind aufgehoben. Es gibt kein Parlament, keine Preßfreiheit, keine Kontrolle der Wirtschaft der Regierung mehr — jede öffentliche Kritik, die die Korruption eindämmen könnte, ist beseitigt. So herrscht die Korruption schamloser denn je.

Diesen korrupten Usurpatoren, die sich mit verfassungswidriger Gewalt des Staats bemächtigt haben, sollen jetzt auch noch alle Söhne des Volkes mit der Waffe in der Hand dienen!

Die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht soll dem italienischen Imperialismus österreichische Hilfstruppen zur Verfügung stellen. Sie soll die geplante Wiedereinsetzung der Habsburger gegen die Nachbarvölker schützen. Dazu sollen unsere Söhne einrücken und jahrelang dienen müssen!

Ein freies Österreich würde das österreichische Volk verteidigen. Aber wo keine Freiheit ist, ist kein Vaterland, das zu verteidigen sich lohnt! Wehrpflicht des Volks ohne Selbstbestimmungsrecht des Volkes ist Sklaverei!

Ermannt und erhebet euch, Österreicher!

Lasset euch nicht von einer Bande von Korruptionisten plündern!

Lasset euch nicht von der korrupten Gesellschaft, die euch beherrscht, neue schwere Opfer auferlegen!

Befreit euch von der korrupten faschistischen Diktatur!

Kämpfet mit den Revolutionären Sozialisten für die Wiederherstellung der Freiheit und Selbstbestimmung des Volkes!

Freiheit!

371.160/36 40280/81 u. 82

Der Sicherheitsdirektor für Niederösterreich

S.D.III-4/92

Wien, am 23. November 1936.

Verbreitung rev. soz. Flugschriften in Berndorf.

An

das Bundeskanzleramt, Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit, St.B.

in

Wien.

In der Anlage werden je 3 Exemplare zweier rev. soz. Flugzettel, die am 19. November 1936, dem Tage vor den Vertrauensmännerwahlen in der Berndorfer Metallwarenfabrik, von unbekannten Tätern in Berndorf, politischer Bezirk Baden, verbreitet wurden, behufs Kenntnisnahme vorgelegt.

Der Sicherheitsdirektor:

Geschäftszeichen 2.1. Gen.

Grundzahl 319/715

Bundeskanzleramt Gen. Dion. f. d. öff. Sicherheit Eingel. 24. NOV. 1936 Nr. 371266-St.B./36. Blg.

Vor Hinterlegung:

1.) B.Min.f.soz.Verwaltung (z.H.d.H.S.Ch.Dr.Wlcek).

Je ein Exemplar des zuliegenden Flugblattes wurde dem Gen.Sekretariat der V.F. und dem B.Kost.f.Heimatdienst i.k.W. übermittelt.

Einlegen

27. November 1936.

2.) St.B.

2/12

p.m. zum Sammelakt "Vertrauensmännerwahlen".

Stp. B.

dieser offiziellen Affiche der „Vaterländischen t" werden die Mitglieder aufgefordert, „... Leute, das Flugblatt weitergeben oder verteilen, sofort lten zu lassen". Denn bei dem Flugblatt, das die de gebrauchte: „Christliches Volk von Öster- h! Arbeiter und Angestellte!" handelte es sich einen Aufruf der Revolutionären Sozialisten!

Arbeiter und Angestellte!!

In den nächsten Tagen findet in euren Betrieben nach der Schwindelwahlordnung des Dr. Resch die Wahl eurer Vertrauensmänner statt. Eine grosse Anzahl der besten Vertrauensmänner der Arbeiterschaft können nicht gewählt werden und auch nicht wählen; weil sie von der Kandidaten- und Wählerliste von der EG. und Unternehmer gestrichen worden sind. (DAS HEIST, wie es in der amtlichen Verlautbarung hiess,) das keine vaterlands-regierungsfeindliche Elemente zu Vertrauesmänner gewählt werden. Es stehen daher nur Faschisten, Überläufer und Verräter auf der Kandidatenliste.

Arbeiter und Angestellte!!

Wir wählen keine Faschisten....
Wir wählen keinen Überläufer...
Wir wählen keinen Verräter am Sozialismus.....

Wir werden über den ganzen Stimmzetel einen dicken Strich machen. Das soll der Protest gegen die schwindelwahlen und gegen die Entrechtung des Proletariats sein.

Gewerkschaftler! Das Entscheidende muss nach wie vor der Kampf um freie Wahlen sein.

Die Arbeiter müssen zeigen, dass sie in unversöhnlicher Feindschaft gegen den Austrofaschismus und Nationasozialismus stehen. Arbeiter und Bauer müssen sich über alle bestehenden Gegensätze hinweg die Hand reichen und zusammen vom Kampf um die freie Wahl unserer Vertreter den Weg zueinander finden zum gemeinsamen Kampf unter der Parole!!!

Nieder mit Schuschnig denSchritmacher der Nazi und Werkzeug faschistischer Kriegspolitik!!!!

Die revolutionären

Sozialisten
Österreich

Arbeiter! Werktätige!

Der zweite Jahrestag unserer Erhebung naht. Zwei Jahre faschistische Terrorherrherrschaft, zwei Jahre wachsenden Massenelends, zwei Jahre Diebstahl und Korruption, zwei Jahre Krieg gegen das eigene Volk und Kriegsvorbereitung gegen fremde Völker trennen uns bereits vom Februar 1934, der in Österreichs Geschichte zum Begriff des revolutionären Befreiungskampfes der Arbeiterklasse wurde.

Unzerrreißbar ist das Band zwischen den Kämpfern von heute und den Kämpfern des Februar 1934. Das Vermächtnis der heldenhaften Schutzbündler ist in gute Hände gelegt. In Verehrung und Treue gedenken wir aller Opfer unserer Kämpfe, aller Blutopfer des Faschismus, gedenken an Wallisch, Weissel, Münichreiter, Swoboda, Rauchenberger, Hois, Bulgari, Stanek und Gerl, denen der Galgen des Faschismus zum Tode wurde.

Der zeitweilige Sieg des Faschismus raubte dem werktätigen Volke seine Freiheit, zerstörte aber zugleich jene Illusionen des Reformismus, die in ihrer verhängnisvollen Wirkung die Arbeiterklasse schwächen.

Heute steht das österreichische Proletariat in revolutionärer Entschlossenheit unversöhnlich dem Faschismus gegenüber. In ihrer Feindschaft gegen das Regime bildet die Arbeiterklasse Österreichs eine feste und unerschütterliche Einheit. Diese Einheit zu zerstören, ist das oberste Ziel der in der letzten Zeit betonten Bereitschaft der Machthaber Österreichs zur »Liquidierung« des Februar.

Unserer Unversöhnlichkeit setzen sie ihre Demagogie gegenüber, halten Friedensreden, täuschen Anbiederungsversuche vor — und drohen zugleich mit dem im Jahre 1936 einsetzenden scharfen Terror gegen die »Staatsfeinde«. Die Amnestie der Schutzbündler erzwang unser Kampf, vor allem der lebendige Massenprotest in den Betrieben. Einige Dutzend Verhaftete gehen bedingt frei, **neue Hunderte Kämpfer für die Freiheit der Arbeiterklasse wandern zugleich in die Kerker.**

Ist das die Liquidierung des Februar?

Was ist die faschistische Februarpolitik?

Sie ist die Zerstörung der freien Arbeiterorganisationen, der Gewerkschaften, der Genossenschaften, Bildungs- und Sportorganisationen, und ihre Unterstellung unter eine gleichgeschaltete korrupte Kommissärwirtschaft.

Sie ist die Zerstörung der politischen Rechte der Arbeiterschaft durch Verbot der politischen Parteien, Aufhebung der Rede-, Presse-, Koalitions- und Versammlungsfreiheit.

Sie ist die Zerstörung der persönlichen Rechte durch ein Willkürregiment, das infamste Klassenjustiz, Dutzende Monate Polizeihaft, Anhaltelager, Verfolgungen und Folterungen aller Art brachte.

Sie ist die Zerstörung der sozialen Rechte der Arbeiterklasse durch unerhörten Lohndruck, Aussteuerungspraxis, katastrophale Verschlechterung der Sozialversicherung.

Sie ist die nackte, brutalste Form der Herrschaft des Finanzkapitals, dem sie alle Interessen der werktätigen Bevölkerung, der Kleingewerbetreibenden und der Kleinbauern ausliefert, aber maßlose Gewinne durch Rüstungsaufträge zuschiebt.

Sie ist die Politik, die Österreich in der Gefolgschaft des räuberischen italienischen Faschismus, unter Umständen aber auch im Bündnis mit dem Dritten Reich in den Krieg treibt.

Das ist die Februarpolitik! Davon ist bislang nichts liquidiert worden!

Wir begrüßen unsere Genossen, die durch unseren Kampf ihre Freiheit wiedergewonnen haben; wir kämpfen mit aller Kraft weiter für die Befreiung aller antifaschistischen politischen Gefangenen, der Kämpfer für die im Februar

verschüttete Freiheit der Arbeiterschaft. Mit aller Kraft erstreben wir den Zusammenschluß aller proletarischen antifaschistischen Kräfte, die einheitlich geschlossene Front der Arbeiterklasse als Unterpfand des kommenden Sieges.

Wir fordern:

Wiederherstellung aller Freiheitsrechte im Betrieb, der Organisationsfreiheit und der Garantien der persönlichen Freiheit! Freie Wahl der Vertrauensmänner in den Betrieben, freie Wahl der Funktionäre in der Gewerkschaft, Arbeiterkammer, Sozialversicherung. Schluß mit den Kommissären! Unabhängigkeit aller Arbeiterorganisationen vom Staatsapparat. Wiederherstellung der Arbeiter- und Arbeitslosenversicherung im selben Ausmaß wie vor dem faschistischen Anschlag auf die Lebenshaltung der Arbeiterklasse! Freiheit des Kampfes für einen ausreichenden Lohn, für menschenwürdige Kollektivverträge!

Unser Kampf gilt dem faschistischen System, uns schreckt kein Terror, uns betrügt keine Versprechung!

Der Faschismus hat im Jahre 1935 keine Fortschritte mehr gemacht. Seine Schwierigkeiten wachsen im internationalen Maßstab. Lebensmittelnot im Dritten Reich, Kriegsnot in Italien kennzeichnen die Lage der wichtigsten faschistischen Länder. Mussolinis Kriegsabenteuer rüttelt nicht nur das italienische Volk auf, drückt nicht nur Italiens Arbeitern und Bauern die Waffen ihrer Befreiung in die Hände; es rüttelt zugleich mit mächtigen Stößen die unabsehbaren Massen der Werktätigen, der Kleinbürger, Bauern und Intellektuellen in der ganzen Welt auf, die den imperialistischen Krieg und seinen Erzeuger, den Faschismus, hassen. Der Krieg des Faschismus gebiert die antifaschistische Front.

Dagegen erstarkt und festigt sich die Macht der Sowjetunion, des einzigen Staates der Arbeiter und Bauern, der den Sieg des Sozialismus verwirklicht. Die konsequenten Friedensbemühungen der Sowjetunion haben alle am Frieden interessierten Mächte, vor allem die kleinen Staaten Europas, zu einer Politik mobilisiert, die in ihrer Wirkung gleichfalls den Faschismus schwächt.

Den österreichischen Faschismus schwächen seine inneren Kämpfe unausgesetzt. Es schwächt ihn der Massenwiderstand der Arbeiterklasse und die Verschärfung der Klassenkämpfe, die die Sozialdemagogie der Versöhnler einerseits, die aktive, offensive Politik der Arbeiterschaft andererseits mit sich bringen. Es schwächen ihn seine eigenen antisozialen Maßnahmen, die wachsenden Steuern, der Finanzbankrott, die Erbitterung der arbeitenden Volksschichten. Es schwächt ihn sein Drang zum Krieg, der seine Friedensphrasen entlarvt und ihn in starken Gegensatz zu den Interessen der erdrückenden Mehrheit des Volkes bringt.

So vollzieht sich die Wiederkehr der Februartage in einem Augenblick, der uns die weltgeschichtliche Wendung näher zeigt als jemals seit Hitlers Sieg in Deutschland. **Der Stern des Faschismus verblaßt.** Die Herrschaft des Faschismus zu stürzen, die Herrschaft des arbeitenden Volkes zu verwirklichen, die Wende aus eigener Kraft zu vollziehen, eingedenk der Toten, die für uns fielen, der Eingekerkerten, die für uns leiden, der Millionen, deren Lebensglück in unsere Hand gegeben ist: Das ist unsere Aufgabe, zu der sich Österreichs revolutionäre Arbeiterklasse zum zweiten Jahrestag der Februarkämpfe bekennt!

Für die sofortige Freilassung aller antifaschistischen politischen Gefangenen!
Für die freie Entfaltung der Arbeiterrechte!
Für Freiheit, Frieden und Brot!
Für den Sturz des Faschismus!
Für die Herrschaft des arbeitenden Volkes.

Zentralkomitee der Revolutionären Sozialisten Österreichs.

Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Österreichs.

Bundesvorstand der Freien Gewerkschaften Österreichs.

Der „Deutsche Friede" – Oesterreichs Untergang!

Arbeiter, Genossen!
Männer und Frauen in Oesterreich!

Durch die Kapitulation Schuschniggs vor dem Berchtesgadner Diktat Hitlers ist in Oesterreich eine Lage entstanden, über deren Ernst sich das ganze Volk klar sein muss.

Oesterreich steht an einem Abgrund, in den es der nächste Stoss Hitlers stürzen muss. Die Fortsetzung der bisherigen Katastrophenpolitik des autoritären Regimes bedeutet, dass Oesterreich binnen kürzester Frist eine Beute Hitlers sein wird.

Das ist die wahre Lage; schöne Reden und vaterländische Schwüre können die folgenden Tatsachen nicht aus der Welt schaffen:

Wer bedroht die Unabhängigkeit Oesterreichs? — Die Nazi!

Gegen wen muss sich daher ein wahrer Kampf um die Unabhängigkeit Oesterreichs richten? — Gegen die Nazi!

Mit wem schliesst jedoch Schuschnigg Frieden? — Mit den Nazi!

Wem gibt er politische Gesinnungs- und Bewegungsfreiheit? — Den Nazi!

Und wem gibt er die staatlichen Machtmittel — Verwaltung, Polizei und Gendarmerie in der Stunde der größten Gefahr in die Hand? — Den Nazi!

Das sind die Ergebnisse von Berchtesgaden, dahin haben uns vier Jahre autoritärer Herrschaft gebracht, zu diesem politischen Zustand hat die **Dollfussstrasse** geführt.

Auf die Anklagen, die den selbst zu Tode erschrockenen Vaterländischen von allen Schichten des Volkes vorgehalten werden, hören wir, dass Schuschnigg **keine andere Wahl hatte,** als am **12. Februar** die von Hitler gestellten Bedingungen anzunehmen; dass er dieses neue, verhängnisvolle Abkommen schliessen **musste.**

Der 12. Februar 1938 hat eine lange Vorgeschichte. **Musste** Oesterreich vier Jahre lang eine reaktionäre, faschistische Aussenpolitik machen, statt die Unabhängigkeit des Landes durch **Bündnisse mit den demokratischen Mächten** zu sichern? **Musste** Oesterreich sich jahrelang auf Gedeih und Verderb dem italienischen Faschismus verschreiben, der nun — wie wir es immer vorausgesagt haben — andere Sorgen hat, als Oesterreich vor Hitler zu schützen? **Musste** Schuschnigg den verbrecherischen „Frieden" mit den Nazi und Hitler am 11. Juli 1936 schliessen?

Aber vor allem:

Musste Oesterreich seine eigene Widerstandskraft gegen den braunen Faschismus untergraben durch die **Vernichtung der Arbeiterbewegung,** die Zerschlagung der Demokratie, durch die Unterdrückung der freiheitlichen Kräfte im eigenen Volk? **Musste es selbst ein faschistisches Land werden?**

Nein! Diese Politik war nicht im Interesse Oesterreichs, nicht im Interesse des österreichischen Volkes, seiner Freiheit und Unabhängigkeit. Sie ist die verbrecherische Politik der Kapitalisten, Reaktionäre, Aristokraten, der machtgierigen Kirche und Bourgeoisie; wie in Italien und Deutschland haben die herrschenden Schichten auch in Oesterreich die Arbeiter niedergeworfen, um ihre Vorteile und Profite zu vergrössern und für alle Zeiten zu sichern.

Da fängt die Geschichte an, denn ohne den 12. Februar 1934 hätte es den 12. Februar 1938 niemals geben können!

Wenn Schuschnigg kapitulieren musste, so ist die heutige Lage das Ergebnis dieser antidemokratischen Klassenpolitik, ist sie das Werk der austrofaschistischen Diktatur. Dann aber ist

der Sturz dieses Regimes, die Ueberwindung des heutigen Kurses der einzige Weg, die letzte und zwingende Bedingung für die Rettung Oesterreichs! Was wir seit dem Februar 1934 immer wieder gesagt haben, ist heute erst recht wahr und unbestreitbar: Nicht das Kompromiss des österreichischen Halbfaschismus mit dem braunen Vollfaschismus, sondern **nur der freiheitliche, der radikale demokratische Vernichtungskampf gegen jeden Faschismus, zu dem nur die Arbeiterschaft heute entschlossen und befähigt ist, kann Oesterreich vor Hitler schützen.**

Die Arbeiter haben von **Schuschnigg** nicht erwartet, dass er nun diesen Weg beschreiten wird. Aber tausende Oesterreicher sagten sich vor seiner Rede: Wenn er wirklich nur dem Zwang Hitlers gewichen ist und Oesterreich nicht kampflos preisgeben will, dann muss er nun — nicht aus Liebe zu den Arbeitern, sondern wegen seiner eigenen politischen Bedrängnis — auch der sozialistisch eingestellten Arbeiterschaft **dieselben politischen Rechte einräumen, die er den Nazi zugestanden hat;** nun muss er gegen die Nazi im Staatsapparat, in der VF, gegen den von Berchtesgaden erzeugten Naziauftrieb im ganzen Land und gegen den Einfluss der Nazipresse unbedingt ein Gegengewicht schaffen. Er muss nun endlich den Massen die immer wieder geforderte Bewegungsfreiheit, der Betriebsarbeiterschaft jene Rechte geben, die es ihr ermöglichen, sich dem Nazidruck entgegenzuwerfen; er muss nun freie Wahlen im Gewerkschaftsbund, Gesinnungsfreiheit für die Arbeiter und als Gegengewicht gegen die Nazipresse ein brauchbares Mass an Pressefreiheit für die Arbeiterschaft zugestehen.

Aber Schuschnigg will nicht — oder er ist bereits in einem solchen Masse der Gefangene der Nazi, dass er nicht kann, selbst wenn er wollte. **Forderungen** der Arbeiter, belehrt er diejenigen, die etwas anderes erwartet haben in seiner Rede, **kann er grundsätzlich nicht beachten.** Er will die autoritäre Diktatur aufrecht erhalten, er will den Arbeitern die im Februar geraubten Freiheitsrechte nicht zurückgeben. Er hat sich durch seine Kompromisse mit den Nazi seinen eigenen Rückzug abgeschnitten. Von Schuschnigg etwas zu erwarten, ist törichte Verblendung. Er wird auf seinem antidemokratischen, autoritären Weg weiterschreiten, selbst wenn Oesterreich dabei zugrunde geht.

Das ist die nackte Wahrheit; das ist **der wahre Kern der Schuschnigg-Rede.** Alles andere sind Phrasen. Mit vaterländischen Treuebekenntnissen ist der braunen List, dem nationalsozialistischen Gift und der hitlerischen Gewalt nicht zu begegnen. Das ist nur möglich durch die Entfesselung eines politischen Massenwiderstandes, den nur eine freie, von den autoritären Ketten befreite Arbeiterbewegung in einem rücksichtslosen antifaschistischen Kampfe erzeugen kann.

Nicht halbe Faschisten, sondern nur ganze, freiheitlich gesinnte Männer, nur eine entschlossene und organisierte Arbeitermasse ist den Braunen noch gewachsen!

Daher müssen die Arbeiter den Agenten des Regimes und anderen politischen Wirrköpfen, die ihnen jetzt jeden Tag sagen, dass nun alles auf den politischen „Einsatz" der Arbeiter ankommt, dass die Arbeiter nun nicht mehr länger abseits stehen dürfen, dass sie nun das Regime gegen die Nazi bedingungslos unterstützen müssen, eine **klare Antwort** geben:

Seit die Arbeiter eine politisch selbständig handelnde Kraft sind, sind sie immer zum politischen Einsatz bereit. Es ist nicht die Frage, ob sie bereit sind, es ist die Frage, **für wen und für was sie sich politisch einsetzen.** Die Arbeiter haben in diesen Tagen auf hunderterlei Weise gezeigt, dass sie bereit sind, Oester-

reich gegen den braunen Faschismus zu verteidigen — aber nie und nimmer sind sie bereit zum Einsatz für das autoritäre Schmarotzer-, Ausbeutungs- und Unterdrückungsregime; niemals sind sie bereit zur Unterstützung der vaterländischen Katastrophenpolitik, denn auch ihr stärkster Einsatz ist nutzlos, wenn er auf der Linie der bisherigen Regimepolitik erfolgt.

Da die Unabhängigkeit Oesterreichs nur gerettet werden kann durch die Wiederherstellung der Freiheitsrechte für die Arbeiterschaft, kann und wird der Einsatz der Arbeiter für Oesterreich nur ein Einsatz für die innere Freiheit sein!

Man lädt die Arbeiter zum legalen politischen Einsatz innerhalb der bestehenden Organisationen ein. Man will auf diesem Boden die ganzen politischen Kräfte der Arbeiterschaft mobilisieren. Das ist ein lächerliches Bemühen.

Der legale Einsatz der Arbeiter kann immer nur so gross sein wie das Mass gewerkschaftlicher und politischer Freiheit, das die Arbeiterklasse besitzt.

Besitzt die Arbeiterklasse keinerlei Rechte und Freiheiten, so kann es keinen politischen Einsatz der Arbeiter geben.

Jedes Stück Freiheit, das die Arbeiterklasse erhält, wird begleitet sein von einem ebenso grossen Einsatz der Arbeiter für die Unabhängigkeit.

Ohne innere **Freiheit** gibt es keinen Massenkampf für die Unabhängigkeit.

Die Arbeiter haben besser als die vaterländischen Tam-Tam-Oesterreicher den tragischen Ernst der Stunde begriffen; sie allein haben sich von der Schuschnigg-Rede nicht benebeln, von vaterländischen Kraftworten nicht berauschen und von der allgemeinen Panik der Nutzniesser der heutigen Diktatur nicht um ihre politische Besinnung bringen lassen. Die Arbeiter allein haben ein klares — das einzigmögliche **Programm der Rettung:**

Die Einleitung einer Politik, die den Arbeitern die Freiheit zurückgibt, die Nazi schrittweise aus den bereits eroberten Positionen verdrängt, die Aussenpolitik radikal auf die Zusammenarbeit mit den demokratischen Mächten einstellt, d. h. die so rasch als möglich den autoritären Kurs beseitigt und an die Stelle des heutigen Regimes eine von den freiheitlich gesinnten Massen in Stadt und Land und ihren freien Organisationen gestützte Kampfregierung gegen den Faschismus setzt!

Nicht der „deutsche Friede", der ein „Gewaltfriede" ist, sondern eine volle politische Umkehr und ein systematischer Kampf gegen die Nazi bietet noch eine Sicherung. **Alles andere ist Betrug an der Arbeiterschaft, Beschwindelung des Volkes, die von den Sozialisten niemals unterstützt, sondern stets entlarvt wird, wer immer sie verübt.**

Wir sagen nicht, dass Oesterreich verloren ist — wir sagen nur, dass es mit den vaterländisch-autoritären Methoden nicht mehr gerettet werden kann.

Wir sagen nicht, dass die Nazi unbedingt siegen müssen — wir sagen nur, dass die Politik Schuschniggs diesen Sieg nicht aufhalten kann.

Wir sagen nicht, die Erhaltung der Unabhängigkeit Oesterreichs sei unmöglich — wir sagen nur, dass sie auf autoritärer Basis unmöglich ist.

Arbeiter! Genossen!

Vertraut in dieser kritischen Zeit auf die sozialistische Partei, die in der allgemeinen Kopflosigkeit allein einen klaren politischen Weg zeigt, der weder resignierte Teilnahmslosigkeit noch blindes Hineintreiben in eine Katastrophe für die Arbeiter bedeuten darf. Schleudert der unfähigen autoritären Gesellschaft, die Euch heute um Unterstützung anwinselt, unsere Parolen entgegen:

Keine Unterstützung des autoritären Kurses — Kampf den halbfaschistischen Schrittmachern des braunen Vollfaschismus!

Keine Unterstützung der politisch nutzlosen und wirkungslosen Arbeit in der SAG, solange nicht auch für die Arbeiterschaft innerhalb der VF das Recht des offenen Bekenntnisses zu ihrer Gesinnung ausgesprochen ist.

Aktivster Kampf in den Betrieben für die volle Autonomie des Gewerkschaftsbundes; fordert den Einsatz der organisatorischen Kraft des Gewerkschaftsbundes gegen die Gleichschaltungspolitik!

Fordert den Hinauswurf aller Ueberläufer, Verräter und Polizeispitzel aus den legalen Organisationen, wenn man Euch zur Mitarbeit einlädt; verlangt, dass an allen diesen Stellen Männer des Vertrauens der Arbeiter gelangen u. zw. auf dem einzigen Weg, den es dafür gibt: Durch freie Wahlen! Verlangt, dass die Presse des Gewerkschaftsbundes gegen die Gleichschaltungspolitik schreibt; unterschreibt nur Kundgebungen für die Unabhängigkeit, wenn keine Huldigungen für die autoritären Verderber Oesterreichs enthalten sind. Fordert in jedem solchen Falle, dass die Bedingung der Unabhängigkeit — die Freiheit für die Arbeiter — ausgesprochen wird!

Bereitet jetzt schon in den Betrieben die Abwehr der Massnahmen vor, die der braune Innenminister im Einvernehmen mit seinen reichsdeutschen Auftraggebern plant: Lasst keinen Vertrauensmann, der sich energisch für die Unabhängigkeit und innere Freiheit einsetzt, ohne Gegenwehr aus dem Betrieb verhaften!

Demonstriert, wo es Gelegenheit gibt, gegen die Nazikundgebungen ohne die vaterländischen Parolen: Gegen das Geschrei „Heil Hitler!" und „Heil Schuschnigg" nur den Ruf: „Freiheit". Mögen die anderen ihn verfälschen, indem sie ihn in ihr vaterländisches Lärmen einmengen. Im Munde der Arbeiter hat der Ruf „Freiheit" dennoch seine wahre politische Bedeutung.

Schluß mit der autoritären Gleichschaltungspolitik!

Nieder mit dem braunen Arbeitermord und der hitlerischen Kriegspolitik!

Nieder mit dem Faschismus!

Freiheit!

Das Zentralkomitee der Revolutionären Sozialisten Oesterreichs

Der Beschluss der illegalen Parteikonferenz der Revolutionären Sozialisten Oesterreichs.

Am 10.März tagte in Wien eine Parteikonferenz der Revolutionären Sozialisten Oesterreichs, die folgenden Aufruf, der in hunderttausenden Exemplaren verbreitet wurde, beschlossen hat:

Arbeiter ! Genossen !

Die von Schuschnigg diktierte Form der Volksabstimmung stellt Euch vor die Wahl, entweder mit einem "Ja" zu stimmen oder den Hitlerfaschismus zur Macht zu verhelfen. Ein Sieg Hitlers ist nicht nur blutige Unterdrückung und grenzenlose Ausbeutung der österreichischen Arbeiter, sondern bedeutet auch eine Niederlage der Arbeiter in der ganzen Welt und eine Festigung der unmenschlichen Diktatur, die der Nationalfaschismus über die deutschen Arbeiter aufgerichtet hat.

Die österreichische Arbeiterschaft darf daher am Sonntag nicht "Nein" stimmen, weil sie dadurch den Hitlerfaschismus begünstigt. Sie kann an diesem Tag dem autoritären Regime nicht heimzahlen, was dieses an der Arbeiterklasse Oesterreichs im Februar 1934 und seither verbrochen hat; sie würde sich damit in ein noch grösseres Verderben stürzen.

Der 13.März ist nicht der Tag der Abrechnung der Arbeiter mit den Austrofaschisten, -

der 13.März ist für sie nur ein Tag der Bekundung ihrer fanatischen Feindschaft gegen den Hitlerfaschismus.

Darum muss die Arbeiterschaft am Sonntag, den 13.März mit "JA" stimmen.

Die Ja-Stimme des österreichischen Arbeiters, der keine andere Wahl hat, ist keine Stimme für das autoritäre Regime und Schuschnigg, sonder sie ist eine Stimme gegen Hitler und die Gleichschaltung.

Der Februarkampf und das opfervolle Ringen in den vier Jahren der Illegalität haben der Welt gezeigt, wie die Arbeiterschaft zu

diesem Regime steht. Daran wird sich durch die Abstimmung am Sonntag nichts ändern - auch nicht durch die paar Zugeständnisse, die das Regime den Arbeitern in seiner heutigen Bedrängnis machen muss.

Die Abstimmung wird das Schicksal Oesterreichs nicht entscheiden. Schuschnigg kann sie mit Hilfe der Arbeiter gewinnen, aber Oesterreich ist dennoch verloren, wenn die Arbeiterklasse ihren Kampf um die volle politische und gewerkschaftliche Freiheit nicht mit verstärkter Wucht fortsetzt. Nicht ein Abstimmungsschwindel, nicht die am Sonntag abgegebenen Stimmzettel, sondern nur ein radikaler, freiheitlicher Vernichtungskampf gegen den Nationalfaschismus kann die Unabhängigkeit Oesterreichs retten.

Darum Schluss mit der autoritären Katastrophenpolitik !
Nieder mit dem Hitlerfaschismus !
Freiheit !

Ein festes Bollwerk gegen Krisenstürme u. Spekulation

Ein sicheres Fundament für ehrliche Arbeit, Fleiß und Streben,

das ist die deutsche Volkswirtschaft!

Wir danken dem Führer

weil alle Zechen in den deutschen Bergbaugebieten wieder arbeiten,

weil die Hochöfen in den Stätten deutscher Schwerindustrie glühen,

weil Verkehr und Handel auf Schienensträngen, Kanälen und Autobahnen lebensvoll pulsen,

weil alle Schaffenden frei von Parteigezänk, Gewerkschaftsdemagogie und Arbeitgeberdünkel, eins sind in Pflichterfüllung der Volksgemeinschaft gegenüber.

1932

Ein ohnmächtiges, durch Haß und Mißgunst zerrissenes Deutschland; die industrielle Erzeugung um 3 bis 4 Jahrzehnte zurückgeworfen; Verelendung des Handwerks, des Handels und Kleingewerbes; Arbeiterschaft in bitterster Not; verfallende Häuser, schlechte Straßen; Schuldknechtschaft des ganzen deutschen Volkes internationaler Hochfinanz gegenüber.

1938

Das neue große Deutschland, ein einziges geschlossenes Wirtschaftsgebiet von Tilsit bis Aachen, von Hamburg bis nach Wien; die deutsche Industrie in höchster Blüte wie nie zuvor; das Handwerk voll beschäftigt mit wachsenden Umsätzen; Handel und Warenverkehr in stetem Wachsen; keine Arbeitslosigkeit mehr; unaufhaltsamer Aufstieg.

Deutsches Volk, denk daran am 10. April!

Ganz Deutschland stimmt mit Ja!

Erscheint vierzehntäglich | Prix : 4 Francs | Paraît tous les 15 Jours

DER SOZIALISTISCHE KAMPF

LA LUTTE SOCIALISTE

Begründet von OTTO BAUER

No 14

Redaktion und Verwaltung : PARIS-IX, 20, AVENUE TRUDAINE
Téléphone : TRUdaine 59-36
Chèques Postaux : Frankreich : Jean Herrmann, Paris C. 1760-93.
Bezugsbedingungen : 1 Jahr 95 francs, ½ Jahr 50 francs, ¼ Jahr 25 francs

3. Dezember 1938

INHALT :

Gustav Richter : Die illegale Partei
Josef Herbst : Die Sowjetunion und die neue Lage in Europa
Georg Wieser : Die Zukunft des Kapitalismus
Glossen : Deutschland und Frankreich — Der französische Generalstreik — Die Internationale und die Emigranten — Ein Dolchstoss gegen den Führer — Ein Sieg der Einheit? — Kolonialsegen
Paul Sering : Das Ende der Volksfront
Klaus Bühler : Deutsch-englisches Zusammenspiel
Peter Roberts : Der Schwindel des Faschismus
Otto Wild : Warum Judenhatz?
Meinungen
Berichte aus Oesterreich : Die Judenhatz — Nach den Pogromtagen — Das Regime und die Bauern
Bücher

GUSTAV RICHTER :

Die illegale Partei

„Fast alle grossen Bewegungen, die den Staat, die Kirche, die Gesellschaft umgewälzt haben, haben Perioden durchlaufen müssen, in denen sie von der Staatsgewalt als staatsgefährlich geächtet waren, in denen ihre Organisationen von der Staatsgewalt aufgelöst wurden und ihre Propaganda von der Staatsgewalt verboten war; Perioden, in denen sie nur illegal, nur in der Auflehnung gegen die Gesetze des Staates ihre Organisationen aufrechterhalten, ihre Propaganda fortsetzen konnten."

Mit diesem Satze beginnt das Buch „Die illegale Partei", das von der Redaktion des „Sozialistischen Kampf" aus dem Nachlass Otto Bauers herausgegeben wird und soeben erscheint. Es ist die erste umfangreiche und gründliche Untersuchung und Darstellung des Wesens, der Aufgaben und der Probleme der illegalen Arbeiterbewegung unter dem Faschismus. Aus der ursprünglichen Absicht, in einigen Artikeln die für das praktische Verhalten der illegalen österreichischen Arbeiterbewegung wichtige Frage ihres Verhältnisses zu den legalen Arbeiterorganisationen des autoritären Regimes zu behandeln, ist ein umfangreiches Unterrichtswerk über die Arbeiterbewegung unter dem Faschismus geworden. Das Buch ist die erste Verarbeitung der Erfahrungen von zwölf Jahren italienischer, fünf Jahren deutscher und vier Jahren österreichischer Illegalität. Es ist entstanden aus der ununterbrochenen Beschäftigung mit den Organisationsfragen der illegalen Bewegung, dem ständigen Kontakt mit illegalen Funktionären aus Oesterreich, Deutschland und Italien, der umfassenden Kenntnis der gesamten illegalen Literatur und dem Studium der Geschichte und der Probleme der illegalen Bewegungen in der Vergangenheit; zu einem beträchtlichen Teil ist das Buch die Frucht der zahllosen Diskussionen, die Otto Bauer seit 1933 mit führenden Genossen der deutschen sozialistischen Gruppe „Neu Beginnen" und seit 1934 mit den führenden Genossen der österreichischen RS über die Organisationsproblemen und die Fragen der ideologischen Neuorientierung der Arbeiterbewegung hatte.

Es ist kaum möglich, auf einigen Spalten auch nur eine Andeutung über den reichen Inhalt dieses Buches zu geben. Gleich im ersten der sechs Kapitel, das unter dem Titel „Illegale Parteien einst und jetzt" darstellt, welche Rolle die Illegalität in den grossen gesellschaftlichen Bewegungen in der Vergangenheit spielte, wird das Thema des Buches auf die richtige Ebene gehoben und die geschichtliche Bedeutung der behandelten Fragen dem Leser eindrucksvoll vorgestellt. Der Illegalität der Arbeiterbewegung unter dem Faschismus sind in vielen Ländern schon früher lange Perioden der Illegalität vorausgegangen; nicht nur in Russland, sondern auch in England; nicht nur die revolutionären politischen Bewegungen, sondern auch die keineswegs umstürzlerisch eingestellten englischen Gewerkschaften haben mehr als zwei Jahrzehnte lang ihren Kampf illegal führen müssen. Vor der Arbeiterbewegung legten grosse nationale Bewegungen und vor ihnen grosse geistige und religiöse Strömungen den Weg von der Verfolgung zur Freiheit, von der Illegalität zur Macht zurück. Darum

Geheime Staatspolizei
Geheimes Staatspolizeiamt

II D Haft Nr. H. 8562.

Berlin SW 11, den 5.1. 1940
Prinz-Albrecht-Straße 8 [redacted]

In Haft vom 22. August 1939
bis 18. März 1940

Schutzhaftbefehl

Vor- und Zuname: Franz Heigelmayr

Geburtstag und -Ort: 22.5.95 zu Wien

Beruf: Krankenkassenangestellter

Familienstand: Verheiratet

Staatsangehörigkeit: R.D.

Religion: altkatholisch

Rasse (bei Nichtariern anzugeben):

Wohnort und Wohnung: Wien V, Margaretengürtel 126/II/IV/18

wird in Schutzhaft genommen.

Gründe:

Er — ~~sie~~ — gefährdet nach dem Ergebnis der staatspolizeilichen Feststellungen durch sein — ~~ihr~~ — Verhalten den Bestand und die Sicherheit des Volkes und Staates, indem er ~~sie~~ der Betätigung für die RS. und damit der Vorbereitung zum Hochverrat dringend verdächtig ist.

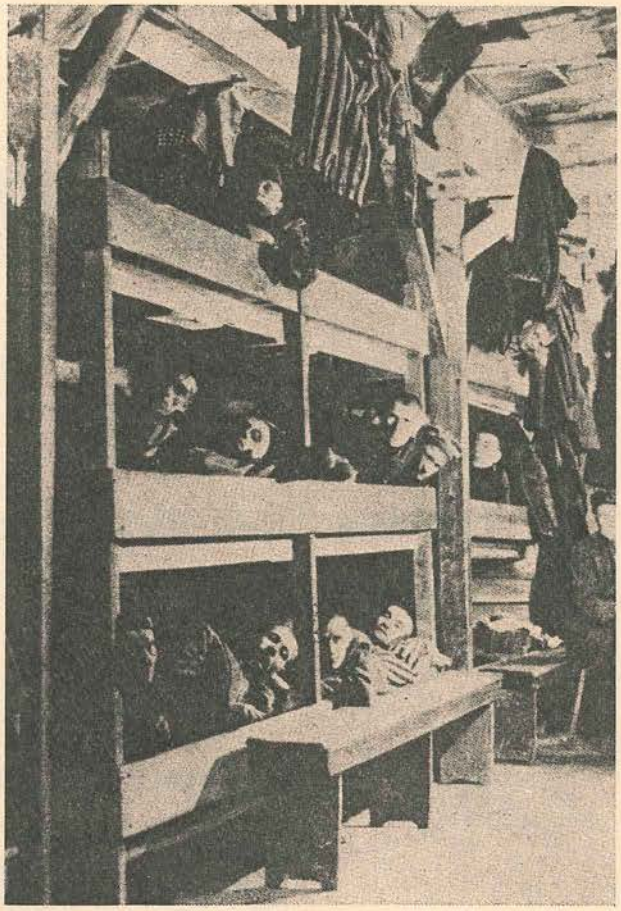
gez.: Heydrich.

Geheime Staatspolizei Geheimes Staatspolizeiamt 45

Beglaubigt:
Jantos
Kanzleiangestellte.

J.

G.St. Nr. 101 a



Kundmachung.

Die am 31. Juli 1942 vom Volksgerichtshof wegen Vorbereitung zum Hochverrat zum Tode und zum dauernden Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilten

Albin Kaiser,

47 Jahre alt, aus Voitsberg,

Johann Jandl,

39 Jahre alt, aus Tregist,

Karl Kilzer,

56 Jahre alt, aus Graz,

sind heute hingerichtet worden.

Berlin, den 30. September 1942.

Der Oberreichsanwalt beim Volksgerichtshof.

Der Oberstaatsanwalt beim
Landgericht Wien
7 AR 25/42

Wien 64, am 6. Oktober 1942
Landesgerichtsstraße Nr. 11
Fernruf: A 27-500

Sachbearbeiter beim OLG. Wien
Eingel. am 6. Okt. 1942
Wg. Nr. ____ Beilage ____ Akt

Durch den Herrn
Generalstaatsanwalt
in W i e n

durch den Herrn
Oberreichsanwalt beim
Volksgerichtshof
in B e r l i n

zu 7 J 93/42

an den Herrn
Reichsminister der Justi
B e r l i n W 8.,
Wilhelmstraße 65.

zu IV g 10 a 194/42 g

Betrifft: Vollstreckung des Todesurteiles an
Albin K a i s e r,
Johann J a n d l und
Karl K i l s e r.
Verfügung des Oberreichsanwalts vom 23.9.1942 - 7 J 93/42. -

Anlagen: Die Urschrift des Erlaßes des RJM. vom 17.9.1942,
der Vollstreckungsauftrag des RJM. vom 19.9.1942,
1 Urteilsabdruck,
6 Stück der Öffentlichen Bekanntmachung,
1 Berichtsdurchschlag für den Herrn Oberreichsanwalt beim Volksgerichtshof.

Die Todesurteile wurden am 30.9.1942 vollstreckt, u.zw. an Albin Kaiser um 18 Uhr 50', an Johann Jandl um 18 Uhr 54' und an Karl Kilser um 18 Uhr 42'.

Vom Zeitpunkt der Übergabe der Verurteilten an den Scharfrichter bis zur Vollzugsmeldung durch diesen verstrichen 8 bis 12 Sekunden.

Die Vollstreckungen verliefen ohne Besonderheiten.

Die Ortspolizeibehörden in Voitsberg, Trofaiach und Graz sind ersucht worden, die Öffentlichen Bekanntmachung, von der 6 Stück anliegen, öffentlich anschlagen zu lassen.

Gez. I. StA. Dr. Jaeger.

Beglaubigt!
Mulka
als Justiz angest.

Gesehen,
Wien, am 7. Okt. 1942
Der Generalstaatsanwalt
Gez. Dr. [illegible]

Beglaubigt!
[illegible]
Justizangestellte

Bekanntmachung

Die am 16. Dezember 1942 vom Volksgerichtshof wegen Vorbereitung zum Hochverrat zum Tode und zum dauernden Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte Verurteilten

Hedwig Urach,

32 Jahre alt,

Wladimir Zoul,

28 Jahre alt, und

Franz Tesarik,

31 Jahre alt,

sämtlich aus Wien, sind heute hingerichtet worden.

Berlin, den 17. Mai 1943.

Der Oberreichsanwalt beim Volksgerichtshof

Der Oberstaatsanwalt beim Landgericht Wien

Wien 64, am 24. Oktober 1942
Landesgerichtsstraße Nr. 11
Fernruf: A 27-5-60

7 AR 24/42

An
Frau Rosa Ganzger

Fohnsdorf
Hauptstraße 36

Zu Ihrem Schreiben vom 9.10.1942 werden Sie verständigt, daß über den Leichnam Ihres Gatten verfügt wurde.

Auf den Inhalt Ihrer Eingabe näher einzugehen, bin ich nicht in der Lage.

gez. Dr. Furler

Der Oberstaatsanwalt beim Landgericht Wien

Beglaubigt:
Justizangestellte

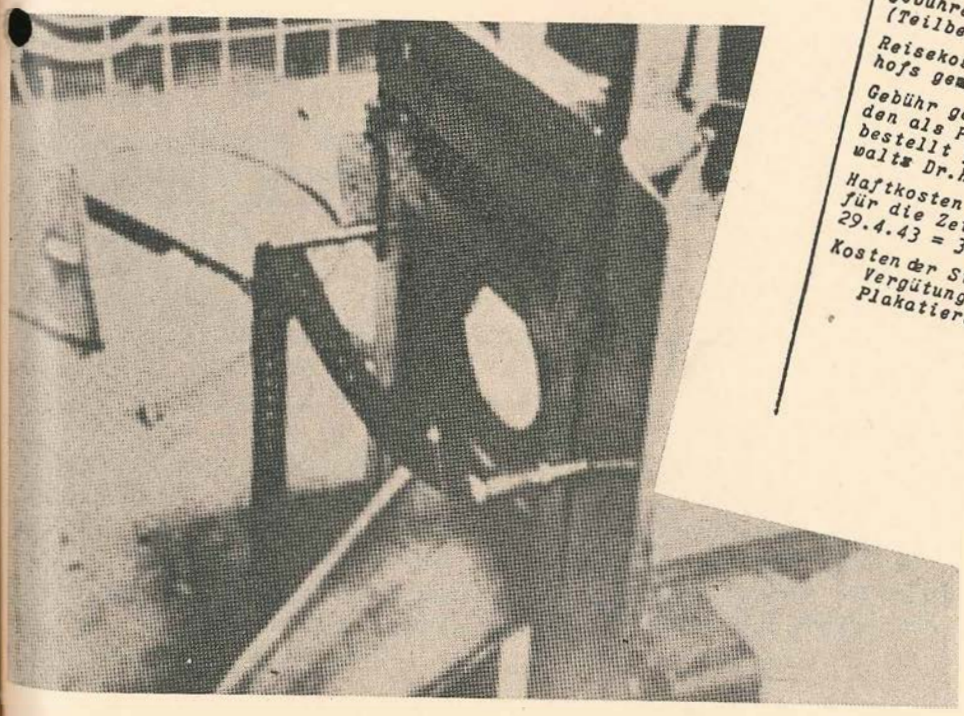
Reichsanwaltschaft
Beim Volksgerichtshof
— Einsatzgruppenstaffel —
Geschäftsnummer: 7 J 193/43.

Kostenrechnung

in der Strafsache Herbrich und Andere gegen

Lfd. Nr.	Gegenstand des Kostenansatzes und Hinweis auf die angewandte Vorschrift	Wert des Gegenstandes RM	Es sind zu zahlen RM	Rf
1	2	3	4	
A	Gebühr gemäß §§ 49,52 d. GKG für Todesstrafe		300.-	
B	bare Auslagen:			
	Zeugen- u. Sachverständigengebühren gemäß § 72,4 d. GKG. (Teilbetrag)		18.80	
	Reisekosten des Volksgerichtshofs gemäß § 72,5 d. GKG. (Anteil)		223.68	
	Gebühr gemäß § 72,6 d. GKG. für den als Pflichtverteidiger bestellt gewesenen Rechtsanwalts Dr. Hoffmann in Wien		122.40	
	Haftkosten gemäß § 72,9 d. GKG. für die Zeit vom 11.4.42 bis 29.4.43 = 383 Tage zu 1,50 RM =		574.50	
	Kosten der Strafvollstreckung: Vergütung -120.-) Plakatierung 42,05)		162,05	
	Zusammen:		1401,43	

Diese grauenhaften Dokumente, ausgewählt aus einer unfaßbar großen Anzahl, zeigen die ganze Brutalität und Barbarei des Hitlerfaschismus mit besonderer Eindringlichkeit. Auch darf der Zynismus niemals vergessen werden, mit dem Leute wie Schirach ihre Mordtaten noch in Papierform kleideten.



Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei

Gauleitung Wien

Der Gauleiter

Todesurteil
Geheim

An die
Kanzlei des Führers der NSDAP.,
Hauptamt für Gnadensachen,
in Berlin W 8,
Voss- Straße No. 4.

Unser Zeichen: GS.45782/Be. Ihr Zeichen:

Wien, den 14. April 1944.
1/4, Josephs-Bürckel-Ring 3, Gauhaus
Fernsprecher R 50-5-0

Betrifft: Dr.jur.Jakob Franz Kastelic,
geb. zu Wien am 4.1.1897,
Wien 89., Trogergasse No.3/14.

Ich übermittle anschliessend zwei Gnadengesuche, das eine der Anna Kastelic als Schwester und das andere der Anna Kastelic als Mutter des vom Volksgerichtshof 2. Senat in der Hauptver- ~~4-2-1944 (7 (8) J 203/41 - 2 H 168/44) zum Tode~~ ~~beiden~~

Ich sehe keine Veranlassung, den erbetenen Gnadenerweis zu befürworten, wenn ich mir auch voll bewußt bin, wie schwer durch die Vollstreckung des Urteiles vor allem die 84-jährige kranke Mutter des Verurteilten und seine beiden Buben im Alter von 5½ und 3½ Jahren, die erst im Jänner 1941 ihre Mutter verloren haben, getroffen werden.-

Heil Hitler !

Abirel

ARBEITER UND BAUERN!

GEWERBETREIBENDE, ANGESTELLTE, MÄNNER UND FRAUEN DER INTELLIGENZ-BERUFE!

STUDENTEN UND ARBEITERJUGEND!

Es ist eine verzweifelte Lage, eine verzweifelt ernste Stunde, in der wir öffentlich euch beschwören und aufrufen. Es ist eine Schicksalsstunde unseres Volkes und es ist bereits die letzte Minute dieser Stunde, die abläuft und die uns unserem Schicksal gnadenlos ausliefern wird, wenn wir nicht doch noch schnell und entschlossen, mit all unseren Kräften und mit all unserer Leidenschaft beweisen, dass wir nichts gemein haben mit den ungeheuerlichen Verbrechen, mit den unmenschlichen Morden und Ausrottungen, die der Nationalsozialismus in unserem Namen an uns benachbarten europäischen Völkern begeht und begangen hat. Wir müssen endlich uns frei machen von der blutigen Herrschaft der Nazi-Faschisten; wir müssen endlich zeigen, dass wir ein Volk von Menschen sind und uns mit anderen Menschen-Völkern verstehen und mit ihnen zusammenleben können, wenn nicht das Unheil über uns hereinbrechen soll, wenn nicht die ganze unermesslich blutige Schuld der Hitler, Himmler, Kaltenbrunner, Frank und all der anderen Kriegsverbrecher und Völkermörder an unserem von Göbbels Propaganda hinters Licht geführten und betäubten Volk getilgt werden soll.

A r b e i t e r !

Wir rufen euch! Euch, die ihr im Begeisterungstaumel vergangener Jahre nie ganz euer realistisches Denken verlernt habt, weil ihr an den geleisteten Arbeitsstunden und dem empfangenen Wochenlohn alle Naziphrasen als Lügen nachweisen konntet; weil euch die Sklaverei in den Betrieben und die Zwabgsanstalt der Deutschen Arbeitsfront den Schwindel von der "Freiheit des deutschen Arbeiters" erkennen liess. Euch, Arbeiter, rufen wir zum aktiven Kampf gegen die brutalste Klassenherrschaft, die ihr euch je gefallen lassen musstet. Der passive Widerstand genügt nicht emhr. Seit Jahren tobt an allen Fronten ein mörderischer, erbitterter Krieg gegen die nazifaschistische Tyrannei. Es ist höchste Zeit, dass er auch an der inneren Front beginnt!
Erinnert euch an die Kämpfe vergangener Jahrzehnte! Werdet euch eurer Macht bewusst ! Die Nazis sind verloren, wenn sie eure Mitarbeit verlieren.

B a u e r n !

Euch rufen wir, die ihr seit je von allen Mächtigen missbraucht, ausgenützt und betrogen wurdet ! Haben nicht auch die Nazi euch die Ohren vollgeschwätzt mit Phrasen vom "deutschen Bauer auf deutscher Scholle" ? Und mussten nicht viele von euch im fremden, geraubten Land, als Eindringlinge auf enteigneten Gütern die Erde bestellen ? Vom Adel der Bauern-Arbeit haben sie gesprochen und das Recht auf den Ertrag eurer Arbeit haben sie euch genommen ! Werkzeuge und Maschinen könnt ihr nirgends erhalten, aber eure Söhne werden als Krüppel aus diesem Krieg zurückkommen, unfähig den Boden zu bearbeiten.

Bauern, wir appelieren an euer Gewissen: die Arbeiter bieten euch zum gemeinsamen Kampfe die Hand. Eine Hand, die gleich rauh und mit den selben Schwielen bedeckt ist wie die eure. Blickt nach Jugoslawien, wo ein durch das Bündnis der Arbeiter und Bauern geeintes Volk sich seit drei Jahren gegen alle faschistischen Vernichtungsversuche im Partisanenkampf siegreich behauptet. Auch ihr werdet im Bunde mit der Arbeiterschaft unüberwindlich sein !

Gewerbetreibende! Angestellte, Männer und Frauen der Intelligenzberufe!

Wir rufen euch alle, die ihr den sogenannten Mittelstand bildet ! Gross ist die Verantwortung, die euch aus eurer sozialen Stellung, aus eurer politischen und geistigen Bildung erwächst. Zahlreich sind die Verbreiter und führenden Propagandisten des faschistischen Ideen-Mistes in euren Reihen. Wohl haben die meisten von euch längst den nazistischen Volksbetrug mit seinen Lügen-Phrasen durchschaut und erkannt, dass sie für die imperialistischen Ziele des deutschen Monopolkapitals geopfert wurden - für den Raub fremder Bodenschätze und Industrieanlagen, für die Gewinnung und Beherrschung neuer Absatzmärkte und fremdvölkischer Arbeitssklaven, während sie für das Lebensrecht des deutschen Volkes, für deutsche Ehre und Weltgeltung zu kämpfen glaubten. Viele, deren Tatkraft unterm Gestapo-Terror gelähmt blieb, haben sich ihre antifaschistische Gesinnung von Anbeginn bewahrt.

Nun aber gilt es danach zu handeln, wenn nicht die letzte Chance zur Rettung unseres Volkes versäumt werden soll. Tausend Möglichkeiten des Kampfes befinden sich in euren Händen. Nützt sie unerschrocken und schonungslos, bis die wie ein Alpdruck auf unserem Volke lastende Nazibestie vernichtet ist.

Jugend !

An dich richtet sich unser nächster Ruf. Die braunen Schurken bemühen sich mit allen verfügbaren Mitteln, dich zu beeinflussen und dich zu gewinnen: von der Werbetrommel der Hitler-Jugend bis zu den Universitäten ! Deine Unerfahrenheit, deine Begeisterungsfähigkeit und dein Opferwille werden zu den schändlichsten und menschenunwürdigsten Zwecken ausgenützt. Dein Leben zehrt sich in Arbeit und Kampf für einen unheilvollen Krieg und eine trübe Zukunft auf.

Ihr jungen Menschen, blickt doch hinüber über die Wände, die man an den Reichsgrenzen für euch aufgerichtet hat und ihr werdet überall eine revolutionäre und zukunftsfrohe Jugend unter flatternden Fahnen für Freiheit, Fortschritt, Demokratie und Sozialismus marschieren und kämpfen sehen. Auch euch zeigt der Verlauf der geschichtlichen Ereignisse, dass die Nazi-Ideologie, die menschenfeindlichste Gesinnung, die je existiert hat, am Widerstand der empörten Völker zusammenbricht. Schliesst euch den fortschrittlichen, lebensbejahenden Kräften an, mutig und einsatzbereit, denn es ist eure Welt, um die der Kampf geht !

Männer und Frauen,

Jungen und Mädels, ihr alle, ob ihr in der Uniform steckt oder in der Arbeitskluft, ob ihr euch als Deutsche fühlt oder als Österreicher, was immer euer Beruf, euer Name, eure politische Herkunft - soweit an euren Fingern noch nicht das Blut der Unschuld klebt - mit aller Eindringlichkeit und Leidenschaft, mit dem ganzen Verantwortungsgefühl, das uns in dieser entscheidenden Stunde beseelt, rufen wir euch zum antifaschistischen Kampf !

Arbeiter ! Besetzt die Betriebe und arganisiert Streiks ! Vernichtet Nazi-Spione ! Bildet bewaffnete Stosstrupps in den Städten und Partisanengruppen in den Bergen !

Ihr Bauern ! Haltet die Ernte zurück ! Lasst eure Söhne nicht als Soldaten im Hitler-Dienst sterben, sondern schickt sie in die Berge und Wälder

Helft den tapferen Partisanen! Schützt sie vor Spitzeln und Polizei !

Ihr Angehörigen des Mittelstandes ! Nehmt die Verbindung auf zu den illegalen Kadern der Arbeiterbewegung ! Bildet selbst illegale Aktionsgruppen ! Beteiligt euch am antifaschistischen Partisanen- und Freiheitskampf !

Jugend ! Dein Platz ist in der vordersten Reihe der revolutionären Aktivisten !

Berghoch ist die Schuld, die die Nazi-Banditen unserem Volk aufgebürdet haben. Keiner darf sich schuldlos fühlen, der untätig das Treiben dieser Verbrecher duldet. Keiner, der kalt geblieben ist, während die Menschheit ihre Sklavenketten sprengte, wird, wenn einst die Sonne der Freiheit wieder scheint, ihre wärmenden Strahlen freien und offenen Blickes geniessen können.

Die Welt ist im Aufstand gegen den Faschismus. Mit roten flammenden Buchstaben steht das Wort "Kampf" in der Zeit. Keiner kann und darf sich vor ihm drücken !

Denkt an die Millionen junger Menschenleben, die von den demokratischen Völkern noch immer für die Zertrümmerung des Nazi-Joches geopfert werden müssen ! Fühlt ihr nicht ihre vorwurfsvoll auf euch gerichteten Blicke ?

Denkt an die Millionen eures eigenen Volkes, die täglich in den Zuchthäusern und Konzentrationslagern gemartert und zu Tode geschunden werden ! Denkt an die Tausenden, deren Leben unter dem Mordbeil endigte ! Es waren Menschen wie ihr, eure Brüder und Schwestern, eure Väter, Söhne und Freunde.

Rächt sie doch endlich !

Entfacht den Volkssturm: aber anders als es die Nazi dachten !

Claubt nicht länger an die Allmacht der Gestapo / Fürchtet nicht die Mordkommandos des SD ! Denn sie zittern vor eurem empörten Widerstand.

Erhebt euch gegen den verfluchten Terror und gebt nicht nach im unermüdlichen gnadenlosen Kampf gegen die Barbarei des braunen Depotismus, bis dieses Schandmal aus dem Andenken unseres Volkes vertilgt ist !

V o l k s t e h a u f !

Ende Oktober 1944 Revolutionäre Sozialisten Österreichs

Genosse ! Es ist deine kämpferische Pflicht,diesen Aufruf zu verbreiten. Schreibe ihn ab, mit der Hand oder mit der Maschine und schicke ihn an dir bekannte Antifaschisten !

AN DIE ÖSTERREICHISCHEN ARBEITER !

Sieben Jahre lang haben wir in einem lahmen, kritiklosen Dämmerzustand dem Treiben der Nazis in unserem Heimatland zugesehen, haben diesen Vernichtern unserer Freiheit gedankenlos zugejubelt und den Boden geebnet.- Nur wenige unter uns hatten damals den Mut und die Unbefangenheit, sich die einzig möglichen Folgen der nationalsozialistischen Politik zu vergegenwärtigen und ihr Verhalten danach einzurichten. Dabei waren die österreichischen Arbeiter unter den HAUPTLEIDTRAGENDEN der skrupellosen und verbrecherischen, geradezu antisozialen Methoden der Nazi. Die Arbeitslosigkeit wurde freilich von den Nazis beseitigt, dafür aber ein gigantisches System der Arbeitssklaverei aufgerichtet, sodass der österreichische Arbeiter sich oft genug nach den Zuständen der sogenannten "blutigen Systemzeit" mit ihrer durch und durch humanen und gut durchgebildeten Sozial- und Arbeitslosenversicherung zurückgesehnt haben dürfte.

Als einziges Geschenk haben uns die Nazi schliesslich den neuen Weltkrieg beschert, der an Grausamkeit und Unmenschlichkeit alle bisherigen Kriege in den Schatten stellt. Die grösste Gemeinheit der NS-Politik bleibt aber doch, uns friedliches und an der preussischen Eroberungspolitik völlig uninteressiertes Land in derart unverantwortlicher Weise in den Krieg hineingerissen zu haben. Warum z.B. hat Österreich und besonders Wien heute derart unter den alliierten Bombenangriffen zu leiden ? Weil die N a z i es für gut befunden haben, ihre Kleinindustrie aus dem Altreich nach Österreich zu verlegen und teilweise sogar in Privathäusern unterzubringen. Dabei werden kriegswichtige Betriebe, Ämter u.dgl. mit Vorliebe in unmittelbare Nähe von Kulturdenkmälern, Kirchen, Krankenhäusern etc.verlegt, ja diese selbst sogar zur Beherbergung von Munitionslagern, Rüstungswerkstätten etc. herangezogen, sodass sich niemand wundern darf, wenn durch die Bombenangriffe gerade diese Objekte in Mitleidenschaft gezogen werden und die Wohnhäuser der jeweiligen Stadtbezirke, in denen die Kleinindustrie vorzugsweise gedeiht, unter der Feindeinwirkung zu leiden haben. In neuester Zeit sollen sogar die Luftschutzstollen und Katakomben mit Munition gefüllt worden sein. Benzindepots sollen in einzelnen meist privaten Kellern untergebracht werden! Ja, wir wissen, dass unmittelbar neben dem Lainzer Krankenhaus - dort wo die Luftschächte aus der Erde ragen - Dynamit in den Kellern eingelagert ist. Angesichts dieser Tatsachen dürfen die bisher in Wien verursachten Bombenschäden niemanden in Erstaunen versetzen!

Um alledem die Krone aufzusetzen, wollen die Nazi-Kriegsverbrecher Wien als BOLLWERK GEGEN DEN SÜDOSTEN Haus für Haus und Strasse für Strasse verteidigen und so der sicheren Zerstörung überantworten.

Österreichische Arbeiter! Diese Zustände sind zu unerträglich und zu unwürdig, als dass ihr heute in letzter Stunde es euch noch leisten könnt, untätig und teilnahmslos zuzusehen!

Wir haben nicht das geringste Interesse daran, als Bollwerk für den preussischen Imperialismus oder für die Verlängerung des Lebens einiger Nazi-Verbrecher herzuhalten. Es ist daher e u r e P f l i c h t, endlich zum aktiven Kampf gegen die Unterdrücker und wahren Feinde unseres Landes zu schreiten.

Flugblatt von Friedrich Wildgans (Der Berhofbauer) 1945

WIEN

ist zum Verteidigungsbereich erklärt worden.

Frauen und Kindern wird empfohlen, die Stadt zu verlassen.

Der Reichsverteidigungs-Kommisar.

Wien, am 2. April 1945

Österreicher ! Österreicherinnen !

Die Moskauer Deklaration verspricht unserem Vaterland Freiheit und Unabhängigkeit. Aber sie fordert von uns den Einsatz im Kampf gegen unsere Unterdrücker. Die Welt blickt auf uns!

Österreicher ! Österreicherinnen !

Sehen wir auf das mutige Beispiel unserer Nachbarn, denken wir an die Freiheitshelden unserer Geschichte und schliessen wir uns zusammen zu einer antifaschistischen Einheitsfront.

Österreicher ! Österreicherinnen !

Die Antifaschistische Partei Österreichs ist der Sammelpunkt aller aufrechten Patrioten ganz gleich welcher Weltanschauung. Sie hat sich die Aufgabe gestellt, eine österreichische Widerstandsorganisation nach dem Vorbild der jugoslavischen Partisanen ins Leben zu rufen.

Österreicher ! Österreicherinnen !

Folgt den Weisungen der APOe und erwartet ihren Ruf zu den Waffen. Die APOe kämpft für ein freies unabhängiges demokratisches Österreich !

Gez. Messenhauser Gez. Münichreither

Flugblatt der Antifaschistischen Partei Österreichs (APOe) (Gruppe Otto Ernst, Andreas und Otto Horn) November 1943

Erklärung der Sowjetregierung über Oesterreich

Die Rote Armee schlägt und verfolgt die faschistischen Truppen, betrat dabei österreichischen Boden und belagerte die Hauptstadt Österreichs — Wien.

Im Gegensatz zu den Deutschen in Deutschland setzt die österreichische Bevölkerung der Evakuierung, die die Deutschen durchführen, Widerstand entgegen, bleibt an ihren Plätzen und begegnet der Roten Armee gastfreundlich als der Befreierin Österreichs vom Joch der Hitleristen.

Die sowjetische Regierung verfolgt nicht das Ziel des Erwerbs irgendeines Teiles österreichischen Bodens oder der Veränderung der Gesellschaftsordnung Österreichs. Die Sowjetregierung steht auf dem Boden der Moskauer Deklaration der Verbündeten über die Unabhängigkeit Österreichs. Sie wird diese Deklaration verwirklichen. Sie wird zur Liquidierung des Regimes der deutsch-faschistischen Okkupanten und zur Wiederherstellung der demokratischen Zustände und Institutionen beitragen.

Das Oberkommando der Roten Armee hat den sowjetischen Truppen den Befehl erteilt, der Bevölkerung Österreichs in dieser Sache Beistand zu leisten.

An die Bevölkerung Österreichs

Die Rote Armee verfolgt die deutsch-faschistischen Truppen und ist in Österreich einmarschiert. Die Rote Armee hat den Boden Österreichs betreten, nicht um österreichisches Gebiet zu erobern. Ihr Ziel ist ausschliesslich die Zerschlagung der feindlichen deutsch-faschistischen Truppen und die Befreiung Österreichs von deutscher Abhängigkeit.

Die Rote Armee steht auf dem Boden der Moskauer Deklaration der verbündeten Mächte vom Oktober 1943 über die Unabhängigkeit Österreichs. Die Rote Armee wird dazu beitragen, dass in Österreich die Zustände wiederhergestellt werden, die bis zum Jahre 1938 in Österreich bestanden hatten.

Die Moskauer Deklaration der Regierungen der Sowjetunion, Grossbritanniens und der USA erklärte, dass sie ihrem Wunsch Ausdruck geben, „ein freies und unabhängiges Österreich wiederhergestellt zu sehen und dadurch dem österreichischen Volk selbst... die Möglichkeit zu geben, diejenige politische und wirtschaftliche Sicherheit zu finden, die die einzige Grundlage eines dauerhaften Friedens ist." Zu gleicher Zeit heisst es in dieser Deklaration: „Österreich wird jedoch darauf aufmerksam gemacht, dass es für die Beteiligung am Kriege auf seiten Hitlerdeutschlands die Verantwortung trägt, der es nicht entgehen kann, und dass bei der endgültigen Regelung unvermeidlich sein eigener Beitrag zu seiner Befreiung berücksichtigt werden wird."

Entsprechend dem Wortlaut dieser Deklaration kämpft die Rote Armee gegen die deutschen Okkupanten, aber nicht gegen die Bevölkerung Österreichs.

Die Rote Armee kam nach Österreich nicht als Eroberungsarmee, sondern als Befreiungsarmee.

Bürger und Bürgerinnen Österreichs!

Unterstützt auf jede mögliche Weise die Truppen der Roten Armee, die auf österreichischem Boden operieren!

Bleibt an Euren Arbeits- und Wohnstätten! Setzt Eure friedliche Arbeit fort! Unterstützt die Rote Armee bei der Aufrechterhaltung der Ordnung und der Sicherung der normalen Arbeit der Industrie-, Handels- und Kommunalbetriebe sowie sonstiger Unternehmungen!

Beobachtet gewissenhaft die vom Oberkommando der Roten Armee festgelegte militärische Ordnung! Vollführt alle Befehle und Anordnungen des Oberkommandos der Roten Armee, hervorgerufen durch die Notwendigkeit, Österreich möglich bald von den deutsch-faschistischen Truppen vollständig und restlos zu säubern, ebenso von allen Behörden, Einrichtungen und Agenten des Hitlerregimes.

Unterstützt die Rote Armee bei der Dingfestmachung von Hitleragenten, Provokateuren, Spionen, Schädlingen und aller der Elemente, die die rascheste Säuberung Österreichs von den Deutschen verhindern und den Massnahmen der Roten Armee entgegenarbeiten.

Den Hitlerkreaturen und ihren Agenten ist kein Wort zu glauben!

Alle persönlichen Rechte und Eigentumsrechte österreichischer Staatsbürger, privater Gesellschaften und Vereine und das ihnen zugehörige Privateigentum bleiben unangetastet.

Bis zur Errichtung österreichischer Behörden auf demokratischem Wege durch das österreichische Volk selbst üben die Funktionen der zivilen Gewalt die von den Ortskommandanten der Roten Armee ernannten provisorischen Bürgermeister. Die provisorischen Bürgermeister werden der lokalen Bevölkerung entnommen.

Alle Industrie-, Handels-, Kommunal- und sonstigen Unternehmungen haben ihre normale Arbeit fortzusetzen.

Die nationalsozialistische Partei (NSDAP) wird aufgelöst. Die einfachen Mitglieder der nationalsozialistischen Partei werden nicht verfolgt, wenn sie sich den Sowjettruppen gegenüber loyal verhalten.

Die friedliche Bevölkerung Österreichs **hat nichts zu fürchten!**

Arbeiter und Gewerbetreibende! Geht an Eure Werkbänke in den Fabriken und in Eure Werkstätten!

Bauern und Bäuerinnen! Setzt fort Eure Frühjahrsaussaat und Eure landwirtschaftlichen Arbeiten!

Händler und Unternehmer! Angehörige der freien Berufe! Geht ruhig wieder Eurer normalen Arbeit nach!

Angestellte der Handels-, Industrie- und Kommunalbetriebe! Sichert die normale Weiterarbeit Eurer Betriebe!

Geistliche und Gläubige! Ihr könnt ungestört Eure religiösen Riten und Gebräuche ausüben!

Österreicher!

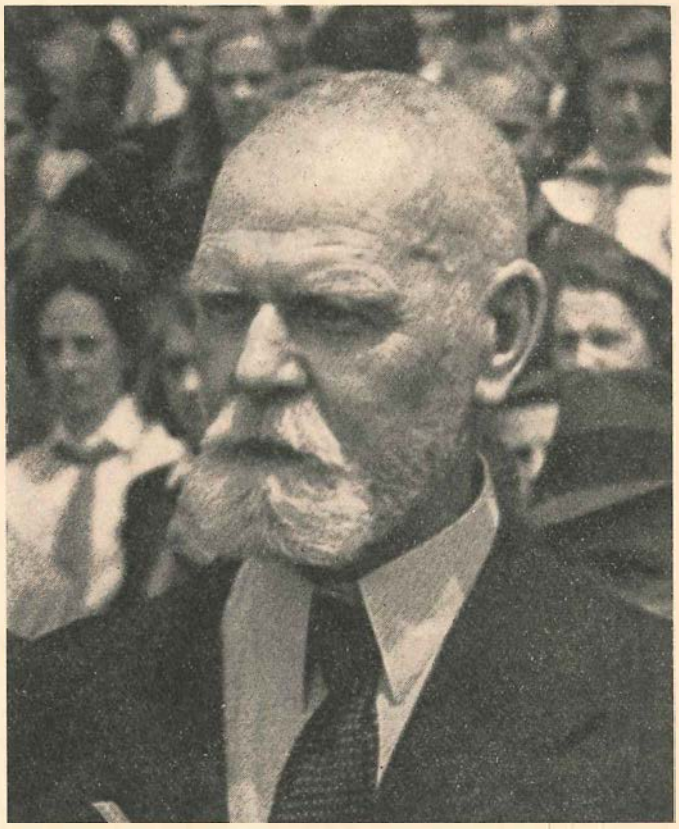
Hitlerdeutschland hat den Krieg verloren und nichts kann es vor der völligen Zerschlagung retten. Die Stunde der Befreiung Österreichs vom deutschen Joch ist da.

Unterstützt, wo und wie Ihr nur könnt, die Rote Armee bei der Zerschlagung und Vernichtung der Hitlertruppen. Tragt durch eigene Leistung bei zur Befreiung Österreichs. Ihr werdet dadurch die volle Befreiung Österreichs beschleunigen, die Wiederherstellung seiner Freiheit und Unabhängigkeit.

Der Befehlshaber der Truppen der 3. Ukrainischen Front, Marschall der Sowjetunion

F. TOLBUCHIN.

4.4.45.



ПРИКАЗ № 3

Объявляю о назначении
временным бургомистром г. Вены
генерала в отставке
Теодора Кёрнер,
временными вице-бургомистрами
Леопольда Куншак
и
Карла Штейнгардт.

Военный комендант города Вены
генерал-майор БЛАГОДАТОВ

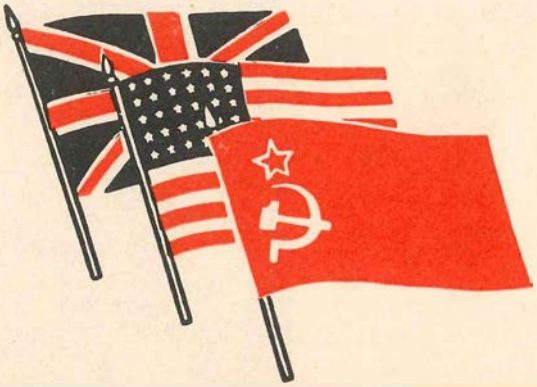
18. апреля 1945. г.
г. Вена.

BEFEHL Nr. 3

Ich mache kund, daß zum provisorischen Bürgermeister der Stadt Wien
General i. R.
Theodor Körner
und zu provisorischen stellvertretenden Bürgermeistern die Herren
Leopold Kunschak
und
Karl Steinhardt
bestellt sind.

Der Militärkommandant der Stadt Wien
Generalmajor BLAGODATOW

Wien, 18. April 1945.



Deklaration über Österreich

Vom 19. bis zum 30. Oktober 1943 tagte in Moskau eine Konferenz der Aussenminister G. HULL — Vereinigte Staaten von Amerika, A. EDEN — Grossbritannien und W. M. MOLOTOW — Sowjetunion. In völliger Einmütigkeit wurden die Massnahmen besprochen, die ergriffen werden sollen, um den Krieg gegen Deutschland und seine Trabanten in Europa abzukürzen. Zu diesem Zweck wurden, unter Mitwirkung der Kriegssachverständigen der Generalstäbe der drei Mächte, Beschlüsse gefasst über bereits in Vorbereitung befindliche Kriegsoperationen. Die Konferenz veröffentlichte u. a. folgendes Dokument:

Die Regierungen Grossbritanniens, der Sowjetunion nnd der Vereinigten Staaten von Amerika kamen darin überein, dass Österreich, das erste freie Land, das der Hitlerschen Aggression zum Opfer gefallen ist, von der deutschen Herrschaft befreit werden muss.

Sie betrachten den Anschluss, der Österreich am 15. März 1938 von Deutschland aufgezwungen worden ist, als null und nichtig.

Sie betrachten sich in keiner Weise gebunden durch irgendwelche Veränderungen, die nach diesem Zeitpunkt in Österreich vorgenommen wurden. Sie geben ihrem Wunsch Ausdruck, ein freies und unabhängiges Österreich wiederhergestellt zu sehen und dadurch dem österreichischen Volk selbst, ebenso wie anderen benachbarten Staaten, vor denen ähnliche Probleme stehen werden, die Möglichkeit zu geben, diejenige politische und wirtschaftliche Sicherheit zu finden, die die einzige Grundlage eines dauerhaften Friedens ist.

Österreich wird jedoch darauf aufmerksam gemacht, dass es für die Beteiligung am Kriege auf seiten Hitlerdeutschlands die Verantwortung trägt, der es nicht entgehen kann, und dass bei der endgültigen Regelung unvermeidlich sein eigener Beitrag zu seiner Befreiung berücksichtigt werden wird.

Österreichische Zeitung

Folge 1 NACHRICHTEN 21. April 1945

Aus dem Sowjetinformationsbüro

Bericht vom 20. April

Die Zentralgruppe unserer Truppen führte die Offensivkämpfe westlich des Flusses Oder und des Flusses Neiße. Im Ergebnis dieser Kämpfe besetzten unsere Truppen die Städte Bad Freienwalde, Wriezen, Swelow, Lebus, Klitten, Niski, Spremberg, Hoyerswerda und erreichten die Städte Kamenz und Bautzen (in Richtung Dresden).

Südwestlich und südlich Ratibor haben die Truppen der 4. Ukrainischen Front den Widerstand des Feindes gebrochen und folgende Orte besetzt: Komarow, Mockre, Lasze, Chabitschow, Pischt, Kreizenort, Neuderfeld, Olsa.

In Österreich, nördlich Wien, setzten die Truppen der 2. Ukrainischen Front die Offensive fort und besetzten im Kampf die Orte: Alt-Höflein, Hinzersdorf, Erdberg, Wetzelsdorf, Ameis, Staatz, Wultendorf, Frattingsdorf, Poysdorf, Niederleis, Steinbach und die Eisenbahnstationen Schletz, Niederleis.

Im Laufe des 19. April wurden an allen Frontabschnitten 129 Panzer vernichtet.

In Luftkämpfen und durch die Flak wurden 140 feindliche Flugzeuge abgeschossen.

Auslandsnachrichten

Die Kriegshandlungen in Westeuropa

London, 20. April. Im Bericht des Stabes des Oberkommandos der Expeditionsarmee der Alliierten heißt es, daß die Deutschen im Raum Lüneburg östlich vom Fluß Aller eine Niederlage erlitten haben. Fast der gesamte nordöstliche Teil Hollands ist befreit. Die deutschen Gegenangriffe nordöstlich von Braunschweig sind zum Stehen gebracht. Die Stadt Halle ist vom Feinde gesäubert, Leipzig fast gesäubert. Die Truppen der Alliierten befinden sich im Raum von Chemnitz. Nürnberg ist vollkommen eingekesselt. Im Gebiet zwischen Heilbronn und Nürnberg haben die Alliierten in 24 Stunden 8101 Gefangene eingebracht, darunter drei Generale und ein Geleitzug mit Truppen weiblicher Hilfseinheiten.

London, 20. April. Im Bericht des Stabes der Alliierten am Mittelmeerkriegsschauplatz heißt es, daß die englischen Truppen der 8. Armee den Feind aus dem Korridor bei Argenta zurückgedrängt haben. Die schnell vorstoßenden Truppen der Alliierten besetzten die Orte Consadolo und Benviniante und stehen an den Vororten von Portomaggiore.

Östlich Bologna haben die neuseeländischen und indischen Truppen den Cadernakanal erreicht.

Südlich Bologna haben die Truppen der 5. Armee die Höhe Monte Pisiliano besetzt und erreichten die Vororte der Stadt Pianoro, 8 Meilen südlich Bologna.

Газета издается Политуправлением фронта для населения Австрии.

Preis 10 Pfennig

Preis 10 Pfennig

Neues Oesterreich

Organ der demokratischen Einigung

Folge 1 | Montag, 23. April 1945 | 1. Jahrgang

Österreicher!

Zum erstenmal seit sieben Jahren dürft Ihr nun wieder in aller Öffentlichkeit mit diesem uns allen so teuren Namen angesprochen werden. Die von Millionen Menschen unseres Vaterlandes so lange und so heiß ersehnte Stunde der Befreiung von der nazistischen Zwingherrschaft ist gekommen.

Durch den siegreichen Vormarsch der Roten Armee ist ein großer Teil unserer geliebten Heimat den nazistischen Unterdrückern bereits entrissen; die Befreiung des restlichen Gebietes nimmt ihren Fortgang. Wir dürfen wieder Österreicher sein! Und d a ß wir es sind, darauf kommt nun alles an.

Denn jetzt geht es darum, aus dem unermeßlichen Leid und dem namenlosen Unglück, das der Nazismus über unser österreichisches Volk und Land gebracht hat, den Weg in eine bessere Zukunft zu beschreiten. Das aber ist nur möglich, wenn alle heimattreuen und freiheitliebenden Österreicher einträchtig zusammenstehen und mit vereinten Kräften an den Wiederaufbau herangehen.

Auf einem Trümmerfeld von gigantischen Ausmaßen soll diese Neugestaltung sich vollziehen. Jeder Österreicher und vor allem jeder Wiener weiß, was es bedeutet, unter den gegebenen Verhältnissen unsere Ernährung zu sichern, die Verkehrsmittel wieder in Gang zu setzen, die Wohnungsfrage zu lösen, Licht, Gas- und Wasserleitung in Ordnung zu bringen, Gewerbe, Industrie und Handel aktionsfähig zu machen, Gesundheits- und Wohlfahrtswesen wieder aufzubauen, das gesamte Schul- und Unterrichtswesen auf neue Grundlagen zu stellen. Und damit sind ja nur einige der allerdringlichsten Probleme aufgezählt.

Es sind ungeheure Aufgaben, die wir zu meistern haben. Wir w e r d e n sie lösen, wenn die Einheit des Volkes, deren Grundlagen schon im gemeinsamen Widerstand gegen den Naziterror geschaffen wurden, jetzt auf jede Weise gefördert und gefestigt wird. Das österreichische Volk will leben! Die Kräfte, die genügt haben, die Befreiung Wiens so rasch zu ermöglichen, rechtfertigen die Zuversicht, daß wir stark genug sind, aus eigener Kraft unser weiteres Schicksal als selbständiger Staat zu gestalten. Mag das riesige Aufbauwerk, vor dem wir nun stehen, noch so schwierig sein, es w i r d gelingen, wenn alle antifaschistischen, demokratischen und patriotischen Österreicher ohne Unterschied der Partei und Weltanschauung einträchtig zusammenstehen. Jetzt gilt es, nicht das Trennende, sondern das Einigende voranzustellen!

In der Wiener Stadtverwaltung haben sich Vertreter aller demokratischen Parteien zu einer verheißungsvollen Arbeitsgemeinschaft zusammengefunden. In der Herausgeberschaft und Redaktion dieser ersten im befreiten Österreich erscheinenden Tageszeitung hat sich der gleiche Zusammenschluß vollzogen. Endlich kann in Österreich wieder eine Zeitung erscheinen, die nicht das Werkzeug gleichgeschalteter Lüge, sondern das Sprachrohr demokratischer Wahrheit ist. Diese Zeitung ist zugleich ein Ausdruck des Zusammenwirkens aller demokratischen Kräfte unseres gemeinsamen Vaterlandes.

So sollen und müssen alle Schichten und Richtungen unseres österreichischen Volkes zusammenstehen, um auf gemeinsamem Wege und in gemeinsamen Bemühungen zu dem zu gelangen, was der Name dieser Zeitung besagt: z u e i n e m n e u e n Ö s t e r r e i c h.

Die Herausgeberschaft:

Universitätsprofessor Dr. Leopold A r z t, Generaldirektor Ing. Ernst C z e i j a, Ing. F i g l, Ernst F i s c h e r, Monsgr. Jakob F r i e d, Paul H ö r b i g e r, Minister a. D. Ing. Franz S c h u m y, Stadtrat Paul S p e i s e r

Die Redaktion:

Chefredakteur: Ernst F i s c h e r

Stellvertretende Chefredakteure: Paul D e u t s c h, Dr. Leopold H u s i n s k y

Redakteure: Oskar Maurus F o n t a n a, Dr. Hugo G l a s e r, Karl H e i n z, Franz K a r m e l, Wilhelm O b r a n s k y

Mit vereinten Kräften

Wien ist wieder frei, nach sieben Schreckensjahren der deutschen Okkupation. Die Rote Armee hat die Naziherrschaft hinweggefegt. Aus Bombenkellern und Katakomben, aus einem Abgrund von Blut und Tränen tritt das Volk, um wieder frei zu atmen und seinen eigenen österreichischen Staat aufzurichten.

Es ist ein geschichtlicher Augenblick, der von uns höchste Bewährung erfordert. Die deutschen Kriegsverbrecher haben einen Trümmerhaufen zurückgelassen. Planmäßig haben sie Wien zerstört, diese Weltuntergangster. Mit ihren geübten Verbrecherhänden haben sie den Stephansdom und viele andere geheiligte Denkmäler unserer Kultur und Geschichte vernichtet. Vor ihrem Abzug haben sie die Vorratslager aufgebrochen und der Plünderung preisgegeben, Getreidespeicher und Magazine in Brand gesteckt, die Ausrüstung der Feuerwehr weggeschleppt und alles getan, um ein Chaos heraufzubeschwören. Es war ihre Rache an Wien, dieser eigenwilligen Stadt, die Hitler immer gehaßt hat, weil sie menschlich ist, demokratisch in ihrer Gesinnung, europäisch in ihren Traditionen. Ruinen und Gräber klagen das Deutschland Hitlers an, das Deutschland der Herrschsucht, des Größenwahns und der Kriegsfurie.

Wir stehen vor ungeheuren Schwierigkeiten, vor beispiellosen Aufgaben. Alles ist zerrüttet, verwüstet, aus den Fugen gegangen. Industrie, Landwirtschaft, Verkehrswesen, die elementarsten Grundlagen des Lebens, wurden mit preußischer Gründlichkeit ruiniert. Gesprengte Brücken und Bahnanlagen, zerstörte Betriebe, zerbombte Wohnungen und hinter allem das Gespenst des Hungers, das danken wir dem „Anschluß" an die Raubtierhöhle Hitler-Deutschland. Die Adolf-Hitler-Straße hat in die größte Katastrophe aller Zeiten geführt. Jetzt heißt es: Heraus aus der Katastrophe! Jetzt heißt es: Mit vereinten Kräften ans Werk, um Österreich wieder aufzubauen! Nur die gemeinsamen Anstrengungen aller Österreicher, die ihre Heimat lieben, nur die gesammelten Volksenergien können die riesigen Aufgaben bewältigen. Die Einheit des Volkes ist höchste Notwendigkeit.

Diese Einheit, aus dem Widerstand gegen die deutschen Unterdrücker hervorgegangen, muß und wird sich immer fester zusammenfügen. In allen Volksschichten haben sich bedeutsame Veränderungen vollzogen. Aus leidvollster Erfahrung haben wir alle gelernt. In der geheimen Freiheitsbewegung, in den Gefängnissen und Konzentrationslagern sind die Anhänger verschiedener Weltanschauungen, Katholiken, Sozialdemokraten, Kommunisten, bürgerliche Demokraten, einander menschlich nahe gekommen. In der aufrüttelnden Erkenntnis, wie schutzbedürftig der Boden der menschlichen Gesittung ist, wie knapp unter der Kulturschicht „der Drachen alte Brut" auf Lauer liegt, um rasend hervorzubrechen, in dieser aufrüttelnden Erkenntnis finden sich alle Kräfte zusammen, die das Menschentum gegen die Bestialität verteidigen. Unser Volk braucht diese neue Einheit — nicht mechanische „Gleichschaltung", nicht unaufrichtige Koalitionen, sondern eine feste und dauerhafte Einheit der Ar-

Arbeiter-Zeitung

Organ der österreichischen Sozialisten.

Nr. 1 Jahrgang 1945

Wir kommen wieder...

Nun ist es endlich wieder so weit! Die in den Februartagen des Jahres 1934 verkündete Parole, « Wir kommen wieder », ist neuerlich zur Wahrheit geworden. Unsere « **Arbeiter-Zeitung** », das unerschrockene Kampfblatt der sozialistischen Arbeiterbewegung Oesterreichs, erscheint wieder, und zwar im gleichem kleinen und liebgewordenen Format der **Illegalität**. Was unsere « Arbeiter-Zeitung » in der Vergangenheit war, wird sie auch in Zukunft sein. Ihre Zeilen sollen der **Freiheit und der Wahrheit** dienen, sie sollen dienen der Sammlung zum **Widerstand und zum Kampf** gegen jenes fluchbeladene und verbrecherische Regime, das so **ungeheueres Leid** über Oesterreich und die Welt gebracht hat.

Den ungezählten Opfern dieses namenlosen Leides gilt unser erstes Wort. Wir gedenken in Ehrfurcht all jener Männer und Frauen, die in Kerkern und Konzentrationslagern schmachten, oder die den Einsatz für die Freiheit ihres Volkes mit ihrem Leben zu bezahlen hatten. All diesen Kämpfern gilt unser Gruss. Wir gedenken auch all jener Oesterreicher, die ferne der Heimat auf den Schlachtfeldern verblutet sind und noch verbluten müssen, für eine Sache, die **nie Oesterreichs Sache war und ist.** So unerschüttert und so treu die « Arbeiter-Zeitung » zur sozialistischen Idee auch in aller Zukunft stehen wird, und so sehr wir überzeugt sind, dass die ungeheueren Aufgaben der Nachkriegszeit nur im sozialistischen Sinn und nur im genossenschaftlichem Geist eine vernünftige Lösung finden werden können, so liegt die Hauptaufgabe der Stunde doch vor allem darin, alle **wahren Kräfte** zu sammeln, um **Oesterreich** vom **Nazijoch zu befreien.**

Nach dem feierlich bekundeten Willen der **Alliierten Nationen,** soll unser Oesterreich wieder **frei und selbständig** werden, doch dürfen wir nicht übersehen, dass wir hierzu selbst **unseren Beitrag** zu leisten haben. Soll unser Wien und sollen die anderen österreichischen Städte nicht ganz zerstört und Oesterreich nicht zum Schauplatz wilder Schlachten werden, dann gilt es sich auf die eigene Kraft zu besinnen, es gilt zu handeln. Unser Wien, darf nicht zu einem zweiten Budapest werden. Durch tägliche Akte des **Widerstandes und der Sabotage** müssen wir unseren Tyrannen das Bewusstsein einhämmern, dass sie in Oesterreich auf **einem Vulkan** leben.

Hört daher unseren Mahnruf:

Sammelt Euch allerorts zum Widerstand!

Bildet in allen Werkstätten und Betrieben Zellen einer neuen, freien gewerkschaftlichen Organisation, und trachtet überall, durch euere **Passivresistenz** bei der Arbeit, die Produktion zu sabotieren. Zehntausende von uns haben sich schon lange zum Widerstand vereint. Sie haben sich mit anderen freiheitsliebenden Menschen zu einer **überparteilichen Widerstandsbewegung** zusammengeschlossen, die einzig und allein der Befreiung Oesterreichs dienen will. Diese Organisation gilt es zu stärken, mit ihr, die den **Namen O — 5 trägt,** müsst ihr, soweit dies nicht schon geschehen ist, die Verbindung aufnehmen und bereit sein, deren Ruf zu folgen.

Denkt daran, dass die Vorbedingung zur Schaffung eines neuen, freien und selbständigen Oesterreich die Niederregierung des Nazismus ist, und dass das neue Oesterreich erfüllt sein soll, von dem Gedanken einer sozialen Gerechtigkeit. **Vorwärts, Genossen, lasst uns an der Spitze der Kämpfer marschieren!**

1934 - 1945

Der SOZIALISTISCHE KÄMPFER

ORGAN DES BUNDES SOZIALISTISCHER FREIHEITSKÄMPFER UND OPFER DES FASCHISMUS

Nr. 1 | MAI 1949 | 50 Groschen

1934 — 1945

Keine Partei in Österreich zählt so viele Freiheitskämpfer in ihren Reihen wie die sozialistische. Gewaltig groß ist die Zahl der Frauen und Männer, die in der Zeit zwischen 1934 und 1938 für ihre Gesinnung in den Gefängnissen und Anhaltelagern des austrofaschistischen Regimes schmachteten. Aber unendlich größer waren unsere Opfer in den Jahren 1938 bis 1945, den sieben Jahren des Nationalsozialismus.

Wo ist die andere Partei in Österreich, die auf soviel Idealismus und Opfermut zurückblicken kann wie unsere Partei? Ist es nicht kennzeichnend für die Zusammensetzung unserer Partei, daß beispielsweise unter den 380 Delegierten des Parteitages vom Jahre 1946 nicht weniger als 244 Genossinnen und Genossen mit mehr als 3178 Monaten Freiheitsentzug bestraft gewesen sind? Die sozialistischen Kämpfer für Freiheit und Recht sind in den ersten zwei Jahren der Republik mit Leidensgefährten anderer Überzeugung in einer Organisation gestanden. Aber durch die bekannten Quertreibereien ist uns das Beisammenbleiben in dem ehemaligen „Bund der politisch Verfolgten" schließlich verleidet und dann unmöglich gemacht worden.

Darum haben sich die sozialistischen Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus nunmehr in einer einheitlichen großen sozialistischen Organisation zusammengefunden. „Der sozialistische Kämpfer" wird das Sprachrohr dieser gewichtigen Organisation sein, des „Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus". Er wird immer, wo es notwendig ist, die Stimme jener Frauen und Männer sein, die sich im Kampf um die Freiheit Österreichs besonders verdient gemacht haben, er wird und er soll für Recht, Gerechtigkeit und wahre Demokratie eintreten. „Der sozialistische Kämpfer" wird aber auch die berechtigten wirtschaftlichen Forderungen der Opfer des Faschismus vertreten.

Daß dem „Sozialistischen Kämpfer" bei der Erfüllung seiner Aufgaben der größte Erfolg beschieden sei, ist unser aller Wunsch.

Schärf

7

Mitarbeiter:
Herbert Exenberger
Josef Hindels
Rudolfine Muhr
Rudolf Trimmel

Eigentümer, Herausgeber und Verleger: Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus. Verantwortlicher Redakteur: Robert Blau. Für den Anzeigenteil verantwortlich: Alfred Billmaier. Alle: Wien 1, Löwelstraße 18. Telephon 63 27 31. Druck: Druck- und Verlagsanstalt „Vorwärts" AG, Wien V, Rechte Wienzeile 97.

P. b. b. Erscheinungsort Wien Verlagspostamt Wien 1010

Hr.
NEBL Alfred
Franckstr.10
4020 Linz